



Landshuter Umweltmesse™
24. - 26. März 2017
Eintritt frei!
täglich von 10 bis 18 Uhr
www.Umweltmesse.LA

BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Vormerken!
16. März 2017

Ministerin Aigner kündigt neue Förderprogramme an:

Bayerns Tourismus mehr als ein Aushängeschild

Die Branche betont ihre gesamtwirtschaftliche Bedeutung
Trotz Rekordzahlen auch Forderungen an die Politik

Bayern hat sich auch 2016 wieder als Tourismusstandort bestens behauptet. Der Freistaat war und ist das mit Abstand beliebteste Reiseziel in Deutschland. Zum fünften Mal in Folge, so berichtete Bayerns Tourismusministerin Ilse Aigner, die offiziell den Titel Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie führt, gab es Rekord bei Gästeankünften und -übernachtungen. Damit es bei der schon langjährigen Aufwärtsentwicklung bleibt, will der Freistaat den Tourismus in den kommenden Jahren mit Sonderprogrammen fördern, teilte die Ministerin in der „Jahrespressekonferenz Tourismus“ mit.

Positive Bilanzen zogen bei dieser Gelegenheit auch die Bayern Marketing GmbH (by.TM), der Bayerische Heilbäderverband und der Bayerische Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA. Neben den Erfolgsmeldungen wurden aber auch Wünsche der Branche vor allem an die Politik geäußert.

Stabiler Wachstumskurs

Die Zahl der Gästeankünfte nahm im Vergleich zum Vorjahr um 3,5 % auf 35,4 Mio. zu, die Zahl der Gästeübernachtungen stieg um 3,1 % auf 90,8 Mio., wodurch erstmals die Marke von 90 Mio. überschritten wurde. Dieses Ergebnis würdigte die Ministerin als „etwas ganz Besonders“. Der Tourismus, seit Jahren auf einem stabilen Wachstumskurs, sei aber für Bayern nicht nur ein Aushängeschild, sondern auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, hob Aigner hervor. Reisende gäben nämlich jährlich mehr als 31 Mrd. Euro in Bayern aus. Über 560.000 Beschäftigte lebten vollständig vom Tourismus. Der Freistaat trage 18,5 % zur touristischen Wertschöpfung in Deutschland bei. Ganz wichtig sei, dass das Wachstum im Tourismus Stadt und Land zugute kommen.

Das hat entscheidend dazu beigetragen, dass sich alle vier Tourismusregionen im Freistaat „sehr gut“ entwickelt haben. Franken hat bei den Ankünften sein bestes Jahresergebnis erzielt und dabei im 10-Jahres-Vergleich um 27,1 %

auf 1,91 Mio. zugelegt. Zugleich stiegen die Übernachtungen um 19 % auf 3,22 Mio. In Ostbayern (Oberpfalz und Niederbayern) hat sich vor allem die Oberpfalz mit einem Plus von 5,1 % bei den Ankünften und von 5,9 % bei den Übernachtungen gegenüber dem Vorjahr sehr positiv entwickelt, Niederbayern brachte es auf + 24 % bei den Ankünften und + 11,9 % bei den Übernachtungen. Insgesamt legten in Ostbayern im 10-Jahresvergleich die Ankünfte um 20,8 % auf gut 883.150 zu und die Übernachtungen um 3,5 % auf 583.749. Die dritte Region (das Allgäu und Bayerische Schwaben) verzeichnete bei den Ankünften über die zehn Jahre hinweg ein Plus von 45,2 % auf 1,61 Mio. bei den Ankünften und von 23,7 % auf 2,98 Mio. bei den Übernachtungen. Oberbayern schnitt im 10-

Jahres-Vergleich am besten ab mit 4,63 Mio. Ankünften (+ 40,1 %) und 7,77 Mio. Übernachtungen (+ 25,6 %).

Vielfältige Angebote

Das Wachstum im Bayern-tourismus basiert, so Aigner, auf vielfältigen Angeboten. Der Städtetourismus nahm um 2,0 % bei Ankünften und 1,6 % bei den Übernachtungen zu. Überdurchschnittliche Zuwächse verzeichnete auch der Campingtourismus. Wichtige Beiträge lieferten die Hotellerie sowie die Vorsorge- und Reha-Kliniken. So gab es bei den Heilbädern ein Plus von 5,4 % bei den Ankünften und von

3,6 % bei den Übernachtungen. Dies beweise, dass Gesundheits-tourismus im Trend liege.

Die Ministerin verschwiegen nicht, dass die schrecklichen Terrorereignisse in München, Ansbach und Würzburg Auswirkungen auf den Tourismus hatten. Es habe aber zum Glück nur kurzfristige Rückgänge gegeben, die im Jahresverlauf kompensiert werden konnten. Festzuhalten bleibe aber, dass Sicherheit ein entscheidender Faktor in der Tourismuswirtschaft sei.

Sonderprogramme

Um auch für die Zukunft gut gewappnet zu sein, kündigte Aigner die Sonderprogramme „Premiumoffensive Tourismus“ und „Almwirtschaft und Berggasthöfe“ an. Das Herzstück im Bayern-tourismus seien die mehr als 39.500 gastgewerblichen Betriebe, die einen Jahresumsatz von 15,8 Mrd. Euro erwirtschafteten und über 400.000 Menschen beschäftigten. Um sie bei Investitionen zur Qualitätssteigerung (Umbau, (Fortsetzung auf Seite 4)

Pressekonferenz des Bayerischen Städtetags:

Nein zu gymnasialem Mischmodell

Für eine rasche Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium hat sich der Bayerische Städtetag in München ausgesprochen. Bei einer Pressekonferenz wies der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs OB Ulrich Maly darauf hin, dass für die Sachaufwandsträger rasch Planungssicherheit hergestellt werden müsse. Mischmodellen von acht- und neunjährigem Gymnasium erteilte er eine klare Absage.

„Die Bürgermeister sind des Hin und Her überdrüssig“, erklärte der Verbandsvorsitzende. Die

Kommunen benötigten Klarheit über die Laufzeit des Gymnasiums. Der Vorstand des Bayeri-

5. Kommunalforum Alpenraum:

Gemeinsam statt einsam

Vielfältige Möglichkeiten kommunaler Zusammenarbeit erörtern Experten am 16. März beim 5. Kommunalforum Alpenraum im Lindner-Innovationszentrum in Kundl in Tirol. In einer Talkrunde werden Repräsentanten der kommunalen Spitzenverbände aus Bayern, Tirol und Südtirol zum Tagungsthema Stellung nehmen.

Aktuelle Herausforderungen können Kommunen im Alpenraum nicht länger als Einzelkämpfer meistern. Kreative Zusammenarbeit ist angesagt – auch und gerade auch über Ländergrenzen hinweg.

Nach der Begrüßung durch den Hausherrn, Mag. Hermann Lindner, wird Tirols Landesrat Johannes Tratter in das Thema der grenzüberschreitenden Tagung einführen. Die anschließende Keynote spricht Prof. Dr. Peter Filzmaier vom Wiener Institut für Strategieanalysen (ISA). Der Wissenschaftler wird unter anderem aufzeigen, wie eine Kooperation von Gemeinden langfristig geplant werden kann – und wo es Gemeinsamkeiten oder Widersprüche gibt.

Im zweiten Vortrag stehen erfolgreiche Wege in der Daseinsvorsorge im Mittelpunkt. Gerlinde Rogatsch (Humanocare) erörtert private Partnerschaften im Gesundheits- und Sozialbereich. Nach den folgenden Thementischen diskutieren Spitzenvertreter der Kommunalverbände darüber, wie die Gemeinden effizienter zusammenarbeiten können.

Für die Vertreter bayerischer Kommunen ist die Teilnahme erneut kostenlos. Informationen und Anmeldung: <http://www.kommunalforum-alpenraum.eu>

gen Menschen auch noch Zeit zum Leben lässt.“

Stichwort Wohnungsbau: Da sich in stark verdichteten Räumen die Mobilisierung von Bauland schwierig gestaltet, schlägt der Städtetag vor, dass Landwirte zeitlich befristet eine steuerliche Ermäßigung für Grundstücksveräußerungen an Kommunen erhalten: Erzielt ein Landwirt Einnahmen aus landwirtschaftlicher Tätigkeit aufgrund einer Veräußerung von Grundstücken an die Gemeinde, müssten die Reinvestitionsmöglichkeiten (laut Parat-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Bayerischer Gemeindetag:

Licht und Schatten

Der Ministerrat hat vor kurzem beschlossen, Gesichtsverhüllung in wichtigen Bereichen des täglichen Lebens zu verbieten. Damit werde ein klares Bekenntnis zum freiheitlich demokratischen Werteverständnis gesetzt, hob Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl in München hervor.

Die Gesichtsverhüllung wird in den Bereichen Öffentlicher Dienst, Hochschulen, Schulen, Kindergärten, im Bereich der allgemeinen Sicherheit und Ordnung sowie bei Wahlen verboten. Dieses Burka-Verbot für besonders sensible Bereiche des öffentlichen Lebens und des Kindeswohls hat der Ministerrat beschlossen, um schnell und rechtssicher ein Burka-Verbot im bayerischen Landesrecht zu verankern. Der Ministerrat bekräftigte, dass die verfassungsrechtliche Diskussion um ein vollständiges Burka-Verbot im öffentlichen Raum noch nicht abgeschlossen ist.

Selbstverständnis eines freiheitlichen Gesellschaftssystems

„Wer in unserer Gesellschaft in der öffentlichen Verwaltung Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger erbringt, muss selbst erkennbar sein und sich im wahrsten Sinne des Wortes in die Augen blicken lassen. Dies gilt ganz besonders auch für Erzieherinnen und Lehrerinnen in Kindertageseinrichtungen und Schulen. Eine selbstgewählte oder angeordnete Abschottung mittels verschleiender Kleidung entspricht nicht unserem Selbstverständnis als freiheitliches Gesellschaftssystem. Und auch wer ein Wahllokal betritt, sollte dies mit ‚offenem Visier‘ tun. Hier ist es wichtig, eine Identifikation als wahlberechtigte Wählerin zu ermöglichen“, unterstrich Brandl.

Eine klare Absage erteilt der Bayerische Ge-

meindetag hingegen Reformplänen des Bundesverbands deutscher Banken. Dieser arbeitet derzeit an einer Reform seiner freiwilligen Einlagensicherung. Ziel ist es, den Schutz des Einlagensicherungsfonds vor allem auf private Kunden zu konzentrieren. Während sich für die Privatkunden von Banken nichts ändern soll, ist beabsichtigt, Bund, Länder und Kommunen nicht mehr dem Schutz des freiwilligen Einlagensicherungsfonds zu unterstellen.

Wie Präsident Brandl feststellte, „haben die Bürgerinnen und Bürger in unseren Gemeinden und Städten ein berechtigtes Interesse daran, dass das Geld ihrer Kommune, das letztlich das Geld der Steuerzahler ist, genauso sicher ist wie das von Privatkunden. Es kann nicht sein, dass das Geld futsch ist, wenn die Bank pleitegeht. Die Bürgerinnen und Bürger haben dieses Geld schließlich durch Zahlung von Steuern, Gebühren und Beiträgen gemeinsam aufgebracht und müssen darauf vertrauen dürfen, dass es der Kämmerer der Stadt oder Gemeinde sicher anlegt. Die Pläne des Bankenverbands sind ein Schlag ins Gesicht der Bürgerinnen und Bürger.“

Brandl wies darauf hin, dass die Begründung des Bankenverbands, Kommunen könnten vom Einlagensicherungsfonds deswegen ausgenommen werden, weil sie „als professionelle Investoren in der Regel die notwendigen Kenntnisse hätten, um Risiken einschätzen zu können“, jedenfalls so pauschal nicht zutreffend. In der Vergangenheit hätten gerade Banken nicht wenigen Kommunen riskante Geldgeschäfte empfohlen, die so manchen Kämmerer überfordert hätten. Der Gemeindetagschef forderte daher, die Kommunen den Privatkunden gleichzustellen. Für diese bleibt der Schutz der freiwilligen Einlagensicherung auch künftig bestehen. DK

Kompliziert und zu teuer

Nach Malys Auffassung „waren die Ideen für flexible Lösungen alle gut gemeint, sind aber zu kompliziert und zu teuer“. Die Kommunen als Sachaufwandsträger dürften nicht mit unterschiedlichen Gymnasialmodellen im Stich gelassen werden. Dies würde schwer organisierbare Parallelstrukturen in der Gymnasiallandschaft schaffen. Zudem könnten Konkurrenzsituationen zwischen Gymnasien entstehen. Benötigt würden verlässliche Strukturen in der Schullandschaft.

Der Städtetagschef verwies zudem auf Gespräche mit Wirtschaftsvertretern, denen die Berufseinstiegsstellen nach G8 und dem teilweisen Wegfall von Wehrpflicht und Zivildienst zu jung seien. Zur Gestaltung des reformierten G9 meinte er: „Ich wünsche mir einen Lehrplan, der jun-



„Alle reden vom Wetter, aber keiner tut etwas dagegen“, meint unsere Vorzimmerperle gemeinsam mit Karl Valentin, während sich ihr Chef auf das Frühlingsfest einstimmt und die Menschen für achtsamen Umgang mit der Natur sensibilisieren möchte. S. 15

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Söder zieht Bilanz nach zwei Jahren Behördenverlagerung:

Erfolgreich Arbeit zu den Menschen bringen

Zwei Jahre nach dem offiziellen Start der größten Regionalisierung von Behörden und staatlichen Einrichtungen der letzten Jahrzehnte zieht Finanz- und Heimatminister Söder zufrieden Zwischenbilanz: „Wir sind mit der Umsetzung der Behördenverlagerung voll auf Kurs. In ganz Bayern wird engagiert und motiviert gearbeitet. Bei allen Projekten wurde das Flächenmanagementverfahren gestartet. In allen Regierungsbezirken haben 26 Behörden und staatliche Einrichtungen in den ersten beiden Jahren ihren Dienstbetrieb aufgenommen; das sind mehr als 40 % der Verlagerungsprojekte.“

Der Staatsbetrieb Immobilien Freistaat Bayern (IMBY) hat in den letzten beiden Jahren auf Hochtouren gearbeitet um eine passende Unterbringung für die Behörden zu finden. Bei allen Verlagerungsprojekten wurde das Flächenmanagementverfahren bereits eingeleitet. Davon sind fast 90 % jedenfalls temporär abgeschlossen. Die Projekte konnten entweder in bereits vorhandenen staatlichen Immobilien, in Anmietungen vor Ort, in einem zu errichtenden Neubau oder einer noch zu erwerbenden Immobilie untergebracht werden. Um einen zügigen Personalaufbau vor Ort zu ermöglichen wurde bei einigen Verlagerungsprojekten

auf eine Zwischenunterbringung zurückgegriffen.

Ende 2016 waren bereits rund 340 Personen an den neuen Zielorten angekommen, davon rund 170 Beschäftigte, 170 Studierende. Die Staatsregierung steht zum Personalrahmenkonzept: Es gibt keine Zwangsversetzung an die neuen Zielorte. Der Personalaufbau erfolgt überwiegend durch Neueinstellungen von Beschäftigten aus der Region und unter Berücksichtigung der vorliegenden Versetzungswünsche. Die altersbedingte Fluktuation unterstützt den Verlagerungsprozess. Bislang liegen mehr als 300 Versetzungswünsche in die Zielregionen vor. Auch das Interesse von außen ist enorm – rund 1.900

Bewerbungen und Interessensbekundungen sind eingegangen. „Das beweist, dass die Staatsregierung Wort hält und wir die Verlagerungen gemeinsam mit den Menschen umsetzen, damit diese in ihrer Heimat wohnen und arbeiten können. Attraktive Arbeitsplätze sind ein entscheidender Faktor, damit junge Menschen in ihrer Heimat bleiben können,“ so Söder. „Wir wollen keine „Hauruck-Aktionen“, sondern einen organischen Verlagerungsprozess. Deshalb sieht das Konzept auch einen Zeitrahmen bis 2025 vor,“ erinnert der Finanzminister. Die Umsetzung der Verlagerungen erfolgt durch die einzelnen Fachressorts.

Ausblick

Söder gab auch einen Ausblick auf die kommenden Jahre. Zusätzlich zu den bereits gestarteten Maßnahmen werden 2017 und 2018 voraussichtlich weitere 19 Behörden ihren Dienstbetrieb mit rund 200 Beschäftigten und 260 Studierenden aufnehmen. Der

Personalaufbau an den bereits eingerichteten Behördenstandorten wird mit rund 220 Beschäftigten sukzessive fortgesetzt. Die Zielregionen werden damit in Summe um 420 Arbeitsplätze gestärkt. Bis Ende 2018 werden 45 Behörden und Einrichtungen und damit rund 75 % der Projekte gestartet sein. Mehr als 1.000 Personen werden an den Zielorten tätig sein. Zum endgültigen Abschluss kommen sollen bis Ende 2018 mindestens elf Projekte mit knapp 160 Beschäftigten und 430 Studierenden.

Das Konzept „Regionalisierung von Verwaltung – Behördenverlagerungen 2015“ sieht insgesamt 64 Verlagerungsprojekte im Umfang von 3.155 Personen (2.225 Arbeits- und 930 Studienplätze) vor. Startschuss für diese größte Regionalisierung von Behörden und staatlichen Einrichtungen der letzten Jahrzehnte war im März 2015. Alle Regierungsbezirke profitieren davon. Für die neuen Behördenstandorte wurden vorrangig Regionen ausgewählt, die im Raum mit besonderem Handlungsbedarf liegen und nicht im Rahmen der Hochschulinitiativen bereits umfangreich gefördert werden. Konversionsgemeinden wurden ebenfalls berücksichtigt. Das ganze Konzept ist Bestandteil der Heimatstrategie der Bayerischen Staatsregierung. □

Wie gelingt Demokratieverziehung?

Hanns-Seidel-Stiftung, Bayerisches Kultusministerium und Bildungspakt Bayern führen gemeinsamen Bildungsdialog zur Demokratieverziehung von Flüchtlingen durch

Unter dem Titel „Flucht nach Bayern – Wie gelingt Demokratieverziehung?“ trafen sich zahlreiche Experten und Referenten zum Meinungs- und Informationsaustausch im Zentrum für politische Bildung der Hanns-Seidel-Stiftung im Kloster Banz. Ziel war die Entwicklung, Vertiefung und Umsetzung von Strategien, um schulische Demokratieverziehung bei Geflohenen erfolgreich zu gestalten und so letztendlich gelingende Integration zu ermöglichen.

Geflohenen Menschen unser Wertesystem zu vermitteln stellt eine enorme Herausforderung dar. Die meisten Flüchtlinge stammen nämlich aus Ländern mit gesellschaftlichen Normen und Wertevorstellungen, die teils ganz erheblich von den unseren abweichen. So sind meist nicht nur Sprache und Kultur fremd, sondern vor allem auch unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Neben dem Erlernen der deutschen Sprache ist die Verinnerlichung des hiesigen Wertefundaments und seiner Regeln für eine gelingende Integration unabdingbar.

Mit der enorm wichtigen Aufgabe, wie Demokratieverziehung in diesem Sinne für Geflüchtete in den Schulen erfolgreich gelingen kann, beschäftigte sich deshalb eine zweitägige Experten-Arbeitstagung im Kloster Banz. Durchgeführt wurde sie von der Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) in Kooperation mit dem Bayerischen Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst sowie dem Bildungspakt Bayern.

Fachvorträge, Erfahrungsberichte und Diskussionen sollten Erkenntnisse für die erfolgreiche praktische Demokratieverziehung im Schulalltag bringen. Und so letztendlich entscheidend zu einer gelingenden Integration von Geflohenen beitragen.

„Unser Wertefundament ist für alle hier Lebenden bindend. Die-

se Grundwerte sind vor allem die Würde des Menschen, der Schutz von Leben und Gesundheit, die Gleichberechtigung der Geschlechter, der gegenseitige Respekt, die Achtung der Mitmenschen und die Toleranz gegenüber Andersdenkenden. Nur wenn unsere Werte vermittelt und auch von den geflohenen Menschen, die hier bleiben wollen, verinnerlicht werden, wird ihre Integration erfolgreich sein“, sagte Gastgeberin und Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung, Prof. Ursula Männle.

Zu den Teilnehmern zählten renommierte Persönlichkeiten wie der ehemalige Professor von Harvard und Göttingen für internationale Beziehungen, Dr. Bassam Tibi, der stellvertretende vhw-Hauptgeschäftsführer Dr. Christof Prechtel, der Direktor der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Dr. Harald Parigger, der Bildungssekretär des DGB, Mario Patuzzi und der Vorstandsvorsitzende des Kolping-Bildungswerks Bayern, Axel Möller. Auch das Staatsministerium war hochrangig mit Ministerialdirigent German Denenberg vertreten, ebenso wie der weitere Kooperationspartner, der Bildungspakt Bayern mit seinem Geschäftsführer Ralf Kaulfuß. Pädagogen und Geflohenen, die derzeit Schulen besuchen, berichteten über ihre täglichen Erfahrungen und trugen so zum Erkenntnisgewinn bei. □

Arbeitskreis Migration und Integration der CSU:

Keine Toleranz den Intoleranten

„Der AK MIG steht für Respekt, Freiheit, Offenheit und Toleranz. Wir verstehen uns als Brückenbauer zwischen den unterschiedlichen Kulturen und Religionen und tun alles in unserer Macht stehende dafür, dass Bayern auch weiterhin das Land der gelingenden Integration bleibt“, erklärte der Landesvorsitzende des Arbeitskreises Integration und Migration (AK MIG) der CSU, Ozan Iyibas, anlässlich einer Klausurtagung seines Verbands.

Integration sei in Bayern eine Erfolgsgeschichte. Dies könne künftig nur funktionieren, wenn alle an einem Strang ziehen und die gleichen Wertevorstellungen teilen. „Leider sind zunehmend Entwicklungen zu beobachten, die unserem Wertekanon widersprechen“, bedauerte Iyibas.

Der Landesvorstand des AK MIG sah sich daher gezwungen, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Landesvorstand des Arbeitskreises Migration und Integration stellt klar, dass eine Mitgliedschaft in oder anderweitige aktive Unterstützung von folgenden Organisationen und Gruppierungen mit einer Mitgliedschaft im Arbeitskreis Migration und Integration unvereinbar ist:

- Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland (ADÜTDF), Verband der türkischen Kulturvereine in Europa (ATB), Union der türkisch-islamischen Kulturvereine in Europa (ATIB), Idealisten-Jugend (Ülkücü Gençlik), Turkos MC, MHP und deren jeweilige Untergliederungen und Mitgliedsvereine sowie weitere die Ideologie der sog. „Grauen Wölfe“ unterstützende oder mit diesen verbundene Gruppierungen und Vereinigungen;

- „Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e.V.“ (IGMG), İsmail Ağa Cemaati (IAC), Saadet Partisi (SP), Erbakan-Stiftung sowie weitere die Ideologie der Millî

Görüş unterstützende oder mit dieser verbundene Gruppierungen und Vereinigungen;

- Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD);
- Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DİTİB) und dieser zugehörige Mitgliedsvereine;

- Gülen-Bewegung;
- Die als Veranstalterin von türkischen Demonstrationen 2016 aufgetretene und angeblich mit der AKP verbundene AYTK (Europäisches Neue-Türken-Komitee – Avrupa Yeni Türkler Komitesi);

- Die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), deren Jugendorganisationen „Civanên Azad“ und „Komalên Civan“, AZADİ e.V. Rechtshilfefonds für Kurden und Kurden in Deutschland, Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland e.V. (NAV-DEM) und ihre Mitgliedsvereine;
- Syrische YPG;
- Die Einheit.“

In unserem Arbeitskreis sind Nationalisten genauso wenig erwünscht, wie Menschen, die ausländische Innenpolitik auf deutschem Boden betreiben“, so der Landesvorsitzende. Der AK MIG ist weltoffen und tolerant. Um seine Arbeit im Sinne der gelingenden Integration weiterbetreiben zu können, müsse aber ganz unmissverständlich gelten: keine Toleranz den Intoleranten! □

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter Pfister
97534 Waigolshausen
am 10.3.

Bürgermeister Hans Reichhart
89343 Jettingen-Scheppach
am 11.3.

Bürgermeister Franz Erhart
87484 Nesselwang
am 15.3.

Bürgermeister Josef Reiser
84048 Mainburg
am 19.3.

Bürgermeister Alfred Grözinger
87748 Fellheim
am 22.3.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Helga Schmidt-Neder
97828 Marktheidenfeld
am 18.3.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Hammer
92699 Irchenrieth
am 15.3.

Bürgermeisterin
Friederike Sonnemann
95679 Waldershof
am 19.3.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hubert Oberhauser
82544 Egling
am 12.3.

Bürgermeister Robert Strobel
89335 Ichenhausen
am 18.3.

Bürgermeister Johann Stich
87674 Ruderatshofen
am 18.3.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Huber
84036 Kumhausen
am 9.3.

Bürgermeister Udo Dauer
96260 Weismain
am 16.3.

Bürgermeister Rainer Mayer
97215 Weigenheim
am 21.3.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister
Andreas Steppenberger
85072 Eichstätt
am 14.3.

Bürgermeister Peter Kraus
97503 Gädheim
am 15.3.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Nein zu gymnasialem ...

(Fortsetzung von Seite 1)

graph 6b Einkommensteuerertrag ES(G) erweitert werden und befristete Steuervergünstigungen gewährt werden.

Darüber hinaus muss Maly zufolge ein Grundfreibetrag zweckgebunden für Grundstücksveräußerungen an Städte und Gemeinden und deren kommunale Wohnungsunternehmen für den Mietwohnungsbau geschaffen werden, der das Baugrundstück für das mehrgeschossige Wohnhaus und die erforderliche Infrastruktur, Ausgleichsflächen für Natur- und Landschaftsschutz sowie für den Flächenenerwerb zum Hochwasserschutz umfasst. Die steuerlichen Begünstigungen sollten nur befristet gewährt und bei anhaltendem Bedarf verlängert werden. Der Bayerische Städtetag hat die Staatsregierung gebeten, dieses Anliegen gegenüber dem Bund zu unterstützen.

Flächen für den Wohnungsbau mobilisieren

Maly: „Wir müssen alles, was an geeigneten Flächen zur Verfügung steht, für den Wohnungsbau mobilisieren.“ Bund, Freistaat und Kommunen müssten ihren Grundstücksbestand nach geeigneten Bauplätzen durchsuchen und Baulücken systematisch erfassen; dazu gehörten auch Grundstücke wie ehemalige Kasernengelände und Militärfelder der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) und Flächen der Immobilien Freistaat Bayern (IMBY). Möglicherweise seien dabei neue Wege zu gehen, weil bestehende Instrumente wie etwa das Baugebot nicht wirksam sind.

Folgende Instrumente können nach Ansicht des Städtetags eine Verbesserung bringen: Erweiterung der Vorkaufsrechte im Baugesetzbuch für Flächenbevorzugungen, um neue Quartiere entwickeln zu können; stärkere Berücksichtigung sozialer und struktureller Belange bei der Veräußerung von Konversionsliegenschaften durch die BImA; Gleichstellung von Gemeinden bei der Genehmigungsfreistellung im Grundstücksverkehrsgesetz mit Bund und Freistaat sowie Harmonisierung des Vollzugs des Artenschutzes.

Wie der Verbandschef erläuterte, seien an vielen Orten die Eigentümer derzeit nicht bereit, un-

bebaute Grundstücke zu verkaufen. Die Gründe sind laut Maly vielfältig: „Teils werden Grundstücke für die Nachkommenschaft vorgehalten. Teils werden Grundstücke wegen des überhitzten Immobilienmarkts mit rasant steigenden Preisen als Spekulationsobjekte in Erwartung eines höheren Gewinns zurück gehalten. Teils fehlt es wegen der derzeitigen Niedrigzinsphase an Möglichkeiten, den Erlösen Wert anderweitig sicher zu anzulegen. Teils hemmt die Steuer, die auf den Verkaufserlös anfällt, den Willen zum Verkauf eines Grundstücks. Besonders Landwirte zeigen sich zurückhaltend beim Verkauf nicht mehr benötigter Flächen, weil dadurch hohe Steuern ausgelöst werden. Dies gilt im städtischen Umland ebenso wie im Stadtkern. Beispielsweise befinden sich im Stadtgebiet Nürnberg viele nicht mehr bewirtschaftete Hofstellen, die man überwiegend wegen des befürchteten Steueranfalls nicht verkauft.“

Gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen

Beim weiteren Thema Integrationskosten rief Maly den Freistaat dazu auf, die Kommunen nicht im Stich zu lassen. Schließlich schulterten sie zuverlässig ihren Anteil bei der Unterbringung und Integration von Menschen auf der Flucht. Ohne die kommunalen Leistungen hätten Bund und Land in den vergangenen Jahren die Herausforderungen von Zuwanderung und Integration nicht meistern können.

„Bayerns Kommunen haben sich darauf verlassen, dass der Staat sie bei den Kosten nicht im Stich lässt. Er muss dauerhaft zeigen, wie er die Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen finanziell gestaltet“, betonte der Vorsitzende und ergänzte: „Integration geschieht in den Städten und Gemeinden. Wenn Integration funktionieren soll, sind weniger der Bund und die Länder gefordert, sondern an erster Stelle die Kommunen. Da die Kommunen ihre Integrationsaufgaben in Krippen, Kindergärten, Kindertagesstätten, Schulen, Musikschulen, Volkshochschulen, Kultureinrichtungen, Ehrenamt und Sportstätten erfüllen, müssen sich Bund und Länder an

den aufgewendeten Kosten stärker beteiligen.“

Wie Maly deutlich machte, „erkennen wir die Leistungen des Freistaats an, verweisen aber auf eine Tatsache: Trotz der staatlichen Leistungen bleiben hohe Belastungen für die kommunalen Haushalte. Wir werden weiterhin hartnäckig die kalte Kommunalisierung von Integrationskosten kritisieren. Der Freistaat muss die Kommunen angemessen an seinem Teil der Bundesmittel von 6 Milliarden Euro beteiligen. Wenn die Kommunen ihre vielfältigen Aufgaben erfüllen sollen, sind sie auf die Mittel von Bund und Freistaat angewiesen.“

Bei Verhandlungen der kommunalen Spitzenverbände mit der Staatsregierung im Dezember 2016 konnte Maly zufolge eine erste Linderung erreicht werden: Die bayerischen Bezirke erhalten für 2017 und 2018 eine Entlastung von insgesamt 112 Millionen Euro für die bislang vom Freistaat nicht erstatteten Nettoausgaben für unbegleitete junge volljährige Flüchtlinge in der wirtschaftlichen Jugendhilfe. Mitte 2017 soll eine Bestandsaufnahme zur Kostenentwicklung stattfinden. Damit beteiligt sich der Freistaat Bayern an den Kosten der Jugendhilfe für unbegleitete junge Flüchtlinge, die volljährig geworden sind und weiteren Betreuungsbedarf haben.

Nach den Worten des Städtetagsvorsitzenden „ist dies eine nur halbwegs befriedigende Lösung. Das ist besser als nichts, hilft den Kommunen aber nicht dauerhaft weiter: Denn der Freistaat ist trotz dieser Finanzspritze nach wie vor das einzige Bundesland, das die Kosten der Jugendhilfe für Flüchtlinge teilweise kommunalisiert: Dies geschieht über die Bezirksumlage, die kreisfreie Städte und Landkreise bezahlen; die kreisangehörigen Städte und Gemeinden sind über die Kreisumlage betroffen.“

Die Bezirke seien aufgrund der Entlastung, die der Freistaat inzwischen für 2017 und 2018 zugestanden hat, angehalten, nicht an der Umlageschraube weiter nach oben zu drehen, so Maly. Entlastungen der Bezirkshaushalte und Steigerungen der Umlagekraft sollten Spielraum für eine Senkung der Umlagesätze bei Bezirken und Landkreisen eröffnen. **DK**



Bundesminister Dr. Gerd Müller (Mitte) trug sich im Historischen Rathaus im Beisein von CSU-Ortsvorsitzendem und Drittem Bürgermeister Gottfried Hänsel (links daneben) und Zweitem Bürgermeister Hans Rosskopf (rechts) sowie Iris Drexler mit Bürgermeister Dr. Martin Drexler, MdB Ulrich Lange und Landrat Stefan Rößle (v. l.) ins Goldene Buch der Stadt Wemding ein. Bild: DK

Flucht und Migration:

Perspektiven vor Ort schaffen

Informationsbesuch von Bundesentwicklungshilfeminister Dr. Gerd Müller

Wemding, Landkreis Donau-Ries. Über die hoch komplexen Zusammenhänge aktueller Entwicklungszusammenarbeit berichtete der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller auf Einladung des CSU-Fraktionsvorsitzenden im Kreistag Donau-Ries, MdB Ulrich Lange und des CSU-Ortsvorsitzenden Gottfried Hänsel im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung im nordschwäbischen Wemding. Zuvor hatte Müller sich bei einer Begegnung mit Vertretern der örtlichen Realschule über das laufende Schulprojekt „Flüchtlinge gestern und heute“ informiert und sich im Anschluss in das Goldene Buch der Stadt eingetragen.

Bei dem Schulkonzept handelt es sich um ein über Erasmus PLUS gefördertes Austauschprojekt, an dem neben der Wemding Anton-Jaumann-Realschule Partnerschulen in Rom und Liepaja/Lettland eingebunden sind. Das Projekt ist auf zwei Jahre angelegt und behandelt im aktuellen Schuljahr „Flüchtlinge gestern“. Dafür wird von der Wemding Schule die Flüchtlingssituation in der Wemding Nachkriegszeit betrachtet. Schüler forschen in ihrer Familie nach Eindrücken und persönlichen Erfahrungen aus dieser Zeit und berichten darüber. Weiterhin werden Zeitzeugen befragt, die als lokalpolitisch Handelnde mit der Situation in Wemding befasst waren. Für 2018 ist eine große Abschlussveranstaltung in Liepaja geplant.

Im vollbesetzten Saal der Gaststätte „Zur Wallfahrt“ stellten

Wemdings Rathauschef Dr. Martin Drexler und MdB Ulrich Lange zunächst das Engagement des Wemding Helferkreises „Wir für Euch“ heraus. Dieser biete Sprachkurse an, kümmere sich um regelmäßige und soziale Kontakte der Asylanten und unterstütze sie bei Behördengängen oder der medizinischen Versorgung. Beide Politiker dankten allen Bürgern für Spenden und persönliche Unterstützung. Auch die Stadtverwaltung tue viel für die neuen Mitbürger.

Probleme machen nicht an nationalen Grenzen Halt

Bundesminister Müller wies darauf hin, dass die Probleme der Gegenwart nicht an nationalen Grenzen Halt machten. Konflikte in anderen Ländern gefährdeten auch die Sicherheit in Deutsch-

land. Wer Sicherheit will, müsse sich um weltweiten Frieden bemühen. Entwicklungszusammenarbeit helfe, Krisen zu verhindern und Konflikte zu bewältigen.

Migrationskrise apokalyptischen Ausmaßes befürchtet

Es sei im Sinne aller, so Müller, Afrika nicht mit seinen Problemen allein zu lassen. Wäre dies allerdings der Fall und setze Europa ausschließlich auf eigene wirtschaftliche Vorteile, werde dies dort eine Migrationskrise „apokalyptischen Ausmaßes“ nach sich ziehen. Werde allerdings nachhaltig investiert, so sei eine Trendwende in Afrika möglich, denn 90 Prozent der Menschen wollten in ihrer Heimat bleiben.

Engagiert warb Gerd Müller für einen „Marshallplan für Afrika“. Da der beste Schutz vor künftigen Flüchtlingsströmen ein Wirtschaftsboom in Afrika sei, müsse man „Reformchampions“ auf dem schwarzen Kontinent durch noch größere Unterstützung belohnen. Die Neuorientierung der deutschen Entwicklung (Fortsetzung auf Seite 4)

KOMMUNAL 4.0:

Effizientere Wasserwirtschaft

Erster Fachkongress zur Digitalisierung kommunaler Infrastrukturen

Mit ihrem Technologieprogramm Smart Service Welt erprobt und fördert das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie digitale Entwicklungen für die kommunale Wasserwirtschaft. Zum hochinteressanten Fachkongress KOMMUNAL 4.0 kamen auf Einladung der Stadt Schwäbisch Gmünd und ihrem Co-Veranstalter Teilnehmer aus Kommunen, Wissenschaft und Wirtschaft. Die Kommune in Baden-Württemberg war als assoziiertes Projektpartner gemeinsam mit dem Projektkoordinator HST Systemtechnik GmbH & Co. KG Gastgeber der Veranstaltung.

In seiner Begrüßung betonte Erster Bürgermeister Dr. Joachim Bläse die Bedeutung der digitalen Möglichkeiten für die Stadt Schwäbisch Gmünd, insbesondere für die lokale Wasserwirtschaft durch die Teilnahme an KOMMUNAL 4.0. Nachdem die Hochschule Aalen in Kooperation mit der Hochschule für Gestaltung am Standort Schwäbisch Gmünd zum Wintersemester 2015/2016 den Studiengang „Internet der Dinge“ eingerichtet hat, ist die Teilnahme am Projekt KOMMUNAL 4.0 ein weiterer Meilenstein in Richtung digitaler Zukunft für die Stadt im Remstal.

Prorektor Professor Ulrich Schendzielorz von der Hochschule für Gestaltung führte als Moderator durch die Tagung und Prof. Dr.-Ing. Markus Weinberger von

der Hochschule Aalen zeigte in seinem Eröffnungsvortrag, was in der digitalen Welt alles möglich ist. Anschließend stellte Günter Müller-Czygan von der HST Systemtechnik GmbH & Co. KG in seiner Funktion als Projektleiter das Vorhaben KOMMUNAL 4.0 vor.

Effizientere und sicherere Planung, Bau und Betrieb

Egal ob es um smarte, also intelligente Maschinen geht oder die Vernetzung wasserwirtschaftlicher Anlagen oder ganzer Kanalinfrastruktursysteme, die Verschmelzung von Maschinen und IT ist in der kommunalen Wasserwirtschaft schon weit fortgeschritten. KOMMUNAL 4.0 sorgt als nächste Entwicklungs-

runde dafür, dass Kommunen mit den Möglichkeiten webbasierter Daten- und Serviceplattformen ihre wasserwirtschaftlichen Systeme effizienter und sicherer planen, bauen und betreiben können.

Drei ausgewählte Entwicklungsschwerpunkte wurden dem Fachpublikum vorgestellt. Von den Stadtwerken Schwäbisch Gmünd berichtete Frieder Steinhilber über die webtechnische Verknüpfung eines abgelegenen und stromlos betriebenen Hochbehälters zur Wasserversorgung. Uwe Siemann und David Storhas von den Entsorgungsbetrieben Siegen stellten anschließend die Erprobung eines neuartigen Managementtools zur Erfassung und Analyse verschiedenartiger Informationen vor, um eine bessere Vorhersage treffen zu können, wann welche Sinkkästen im nächsten Starkregenfall verstopfen und volllaufen können.

Einfluss von Starkregen

Im dritten Praxisvortrag drehte sich alles um die Einflüsse von Starkregen auf den Betrieb von

GZ Kolumne Georg Huber

Liebe Leserinnen und Leser,

„Die Europäische Union befindet sich – zumindest teilweise – in einer Krise.“ Dieses für jeden proeuropäisch eingestellten Politiker und Bürger schockierende Zitat stammt vom Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker. Während seiner Rede zur Lage der Union im September 2016 hat es einer der wesentlichen Führungspolitiker der EU nicht an deutlichen Worten zu aktuellen Herausforderungen hinsichtlich des Gemeinschaftssinnes fehlen lassen.

In welcher Form wirkt sich die aktuell herausfordernde Lage der EU aus auf die Mitgliedsstaaten, auf Deutschland, auf die Bundesländer, auf die Länder, und letztendlich auf die Regierungsbezirke und Kommunen? Nicht nur in meiner Arbeit als Präsident der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) wird immer wieder deutlich: Die Kommunen sind ein wichtiger Baustein des europäischen Gebäudes. Warum ist das so und wie können wir im kommunalen Bereich die EU wieder stärken, wieder at-



und abstraktes Gebilde erscheint, dessen Vorteile für den Einzelnen nicht erkennbar sind. Wie nun können wir als Kommunalpolitikerinnen und -politiker unseren Beitrag zu einer Stärkung der EU leisten? In den Anfängen der Europäischen Gemeinschaft waren es die kommunalen Partnerschaften, die den Bürgerinnen und Bürgern die Vision eines friedlichen Europas näherbrachten. In Zeiten zahlreicher Krisen in Europa gilt es, diese Partnerschaften wieder aktiver als ein Instru-

ment kommunaler Europeintegration einzusetzen. Im Landkreis Mühldorf gibt es dazu beispielsweise ein erst kürzlich von der nationalen Agentur für EU-Programme im Schulbereich ausgezeichnetes Projekt am Waldkraiburger Gymnasium. Unter dem Motto „There's something new under the sun“ hat das Gymnasium beim Projekt „Erasmus+“ mit Schulen aus weiteren EU-Ländern zusammengearbeitet. Dabei haben die beteiligten Schülerinnen und Schüler neue Kulturen und Mentalitäten kennengelernt und Kontakte zu anderen Jugendlichen geknüpft, Freundschaften und weitere Austausche sind entstanden. Selbstverständlich gibt es auch an weiteren Schulen im Landkreis Austausche und Projekte, die das Zusammenwachsen der Menschen – insbesondere junger Menschen – in Europa vorantreiben. Durch diese praktische Netzwerkarbeit wird die europäische Idee nicht nur im Kopf, sondern mit dem Herzen gelebt und den Bürgerinnen und Bürgern näher gebracht. Begegnung ist die Basis für das Kennenlernen, das Verstehen und das Tolerieren des Anderen und des Andersseins. Sie ist gewissermaßen der Humus, auf dem das Zusammenwachsen von Nationen und Völkern nur gelingen kann. Diese Idee sollte auch auf kommunaler Ebene in Form von Städtepartnerschaften, etc., wieder verstärkt erfolgen, die Kommunen stärker als Mittler zwischen der Union und den Menschen wirken und sich noch mehr als bisher auf nationaler und europäischer Ebene in kommunalrelevanten Europathemen einbringen.

Die Partnerschaftsbewegung wird heute mitunter etwas mitleidig belächelt, als etwas Gestriges und vor dem Hintergrund weltumspannender Kommunikation und Mobilität antiquiert angesehen. Dem ist entschieden zu widersprechen. Zugegeben, manche Kommunalpartnerschaften tun sich schwer, sich in ihren Inhalten und Formaten neuen Gegebenheiten anzupassen, aber das macht die Grundidee nicht obsolet. Wir merken gerade heute, wie sehr sich die Mitgliedsstaaten in der EU entfremden und ein Ton um sich greift, den man eigentlich schon als für immer überwunden hielt. Völkerverständigung – so deplatziert und altmodisch der Begriff im Europa der EU aufgrund des erreichten Integrationsniveaus klingen mag – ist offensichtlich etwas, das permanent gepflegt werden muss. Kommunale Partnerschaften oder Schüleraustausche sind hierfür der richtige Ort. Wir sollten uns die Mühe machen, dieses Instrument wieder aktiver als eine Möglichkeit kommunaler Europeintegration einzusetzen, um die Lust, Neugierde und den Einsatz für Europa wieder zu stärken und voranzutreiben.

Ihr Georg Huber
Landrat des Landkreises Mühldorf am Inn

Die Bedeutung der Kommunen für die europäische Integration

traktiver und greifbarer machen? Dazu müssen wir einen Blick in die Geschichte der EU werfen. Vor 60 Jahren, am 25. März 1957, unterzeichneten Vertreter Belgiens, der Niederlande, Luxemburgs, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs und Italiens die „Römischen Verträge“: den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und den Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG). Damit war der Grundstein für die europäische Einigung gelegt. Heute, 60 Jahre später, reden wir von der Europäischen Union und die Veränderung in der Bezeichnung ist keinesfalls bloße Kosmetik. Sie markiert eine Entwicklung im Prozess der europäischen Einigung, die über die ursprüngliche Zielsetzung einer stärkeren Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Bereich hinausgeht: Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die Zusammenarbeit der Innen- und Justizpolitik, die Stärkung des Europäischen Parlaments, die Unterstützung der sozialpolitischen Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten und vieles mehr: Es galt insbesondere, den Bürgerinnen und Bürgern ein friedliches und soziales Europa zu schenken, einen gemeinsamen europäischen Binnenmarkt zu schaffen, den Klimaschutz gemeinsam zielführend voranzutreiben oder das Reisen, Wohnen, und Arbeiten deutlich zu erleichtern. Es gilt also, diese ursprünglichen Werte der Europäischen Union den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort erlebbar zu machen. Die Vorteile der EU müssen wieder verstärkt greifbar gemacht und vermittelt werden. Die Bürgerinnen und Bürger sollen „Lust“ auf die EU und ihre Werte verspüren, damit sie sich für sie einsetzen. Das funktioniert nicht, wenn die Europäische Union als kompliziertes, undurchdringliches Institutionsgeflecht

Kanalnetzabschnitten. Horst Geiger von der Großen Kreisstadt Öhringen berichtete über ein besonderes Regenereignis im Mai 2016, bei dem sein Team dank der Prognosedaten des Niederschlagsdatenportals NiRA.web die stattfindende Landesgartenschau Baden-Württemberg vor einem Hochwasserschaden bewahren konnte.

Kommunen können im Verein KOMMUNAL 4.0 mitarbeiten

Im Pilotprojekt von KOMMUNAL 4.0 werden digitale Niederschlagsdaten mit den Steuerungen wasserwirtschaftlicher Bauwerke verknüpft, damit Maßnahmen zum Hochwasserschutz auch automatisch erfolgen können. Zum Abschluss der Veranstaltung referierte Nico Suchold vom ifak Institut für Automation und Kommunikation aus Magdeburg zum Thema IT-Sicherheit mit Blick auf das IT-Sicherheitsgesetz für kritische Infrastrukturen. Im Mittelpunkt stand das sogenannte ISMS (Informations-Sicherheits-Management-System), auf dessen Basis kommunale Verant-

wortliche ihre notwendige IT-Sicherheit analysieren und organisieren können.

Am Vorabend des ersten Fachkongresses wurde auf Einladung von Oberbürgermeister Richard Arnold im historischen Barocksaal des Schwäbisch Gmündener Rathauses der Verein KOMMUNAL 4.0 e.V. gegründet. Der Verein dient der Weiterführung von Ideen und Konzepten aus dem

Vorhaben KOMMUNAL 4.0, der Vernetzung von Fachleuten und Interessierten und wird spezielle Angebote zur Aus- und Weiterbildung rund um das Thema Digitalisierung in der kommunalen Wasserwirtschaft anbieten. Kommunen, Hochschulen und Unternehmen, die an einer Mitgliedschaft interessiert sind, melden sich beim Vereinsvorstand unter www.kommunal4null.de. □



Gründungsmitglieder KOMMUNAL 4.0 e.V. Hintere Reihe v.l.: Peter Honsel (Schatzmeister), Hans-Peter Boos (Beirat), Richard Ernst, Uwe Siemann, Daniel Storhas, Martin Penka. Vordere Reihe v.l.: Michael Schlichenmaier, Günter Müller-Czygan (Erster Vorsitzender), Rainer Steffens (Beirat). □

Perspektiven vor Ort ...

(Fortsetzung von Seite 3)
lungszusammenarbeit fußt Müller zufolge auf Konditionierung, Kampf gegen Korruption, Konzentration und Kooperation.

Eckpunkteprogramm

Konkret lauten die Eckpunkte wie folgt:

1. Wir brauchen jetzt einen neuen Zukunftsvertrag mit Afrika. Bis zum Jahr 2050 wird sich die Bevölkerung Afrikas auf dann 20 Prozent der Weltbevölkerung verdoppeln. Die Sicherstellung der Ernährung, der Zugang zu Energie, Ressourcenschutz und Arbeitsplätze für Hunderte von Millionen junger Afrikaner sind gewaltige Herausforderungen, aber auch Chancen. Gerade die europäischen Staaten können mit Wissen, Innovation, moderner Technik und direkter Teilhabe zur Bewältigung der gewaltigen Herausforderungen beitragen.

2. Afrika braucht afrikanische Lösungen. Die Staaten Afrikas haben mit der Gründung der Afrikanischen Union (AU) und der neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (NEPAD) ermutigende Zeichen für einen Neuanfang gesetzt. Mit der Agenda 2063 der AU beschreiben Reformpolitiker den eigenen Weg Afrikas. Deutschland und Europa müssen die afrikanischen Staaten beim Wort nehmen und die Zusammenarbeit in einer neuen Dimension und Qualität gestalten. Die jahrzehntelange Geber-Nehmer-Mentalität gilt es abzulösen – durch eine partnerschaftliche und wirtschaftliche Kooperation, die auf Eigeninitiative und Eigenverantwortung setzt.

3. Vorfahrt für Jobs und Chancen für die Jugend. Afrikas Jugend muss eine Zukunft in Afrika haben. Das Durchschnittsalter auf dem Kontinent beträgt 18 Jahre. Bald werden mehr als 2 Milliarden Menschen dort leben. Dafür werden jedes Jahr 20 Millionen neue Jobs benötigt – in Städten und in ländlichen Gebieten. Die Entwicklung wirtschaftlicher Strukturen und die Schaffung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze ist die zentrale Herausforderung. Afrikas Jugend braucht zugleich einen Austausch mit Europa. Europa braucht ein Konzept, das legale Wege der Migration ermöglicht und irreguläre Migration und Schleusertum bekämpft.

4. Investitionen für unternehmerische Entfaltung. Jobs schafft auf Dauer und im erforderlichen Umfang nicht der Staat, sondern die private Wirtschaft. Deshalb braucht Afrika weniger Subventionen und mehr private Investitionen. Dafür müssen förderliche Rahmenbedingungen vor Ort, aber auch neue Instrumente zur Mobilisierung und Sicherung von Investitionen geschaffen werden. Ergänzt werden sie durch Vorschläge für Steueranreize für Unternehmen, neue Anlageformen wie beispielsweise Afrikafonds und Infrastrukturleihen.

5. Wertschöpfung statt Ausbeutung. Afrika muss mehr sein, als der Kontinent der Rohstoffe. Motor des Marshallplans ist eine neue Wirtschaftspolitik, deren Schwerpunkte die Diversifizierung der Wirtschaft, der Aufbau von Produktionsketten, die gezielte Förderung von Landwirtschaft sowie kleinen und mittleren Unternehmen, die Aufwertung des Handwerks und damit die Schaffung eines neuen Mittelstands sind. Europa muss dies mit einer Stärkung des Zugangs zum EU-Binnenmarkt und dem Abbau bestehender Handelshemmnisse unterstützen.

6. Politische Rahmenbedingungen fördern und fordern. Rechtsstaatlichkeit, politische Teilhabe von Männern und Frau-

en sowie eine effiziente Verwaltung frei von Korruption sind Grundlage für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Nicht nur die Eliten eines Landes sollen vom wirtschaftlichen Aufschwung profitieren, sondern alle. Dies gilt es zu fördern und täglich einzufordern.

7. Reformpartnerschaften statt Gießkannenprinzip. Mit der Agenda 2063 haben sich die Mitglieder der Afrikanischen Union zu konkreten Reformen bekannt. Wir nehmen Afrika beim Wort und werden die Entwicklungszusammenarbeit in Zukunft besonders mit den Partnern intensivieren, die diese Reformen für gute Regierungsführung, den Schutz der Menschenrechte und wirtschaftliche Entwicklung umsetzen.

8. Ein gerechter globaler Ordnungsrahmen. Reformen in Afrika müssen durch Reformen in Europa und auf globaler Ebene ergänzt werden: Dazu zählen insbesondere ein gerechter Handel, der Kampf gegen illegale Finanzströme und der Stopp von Waffenlieferungen in Krisengebiete. Neue Formen der politischen Kooperation erfordern auch eine Stärkung der Zusammenarbeit europäischer und afrikanischer Institutionen: ein ständiger Sitz der afrikanischen Staaten im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sowie eine Aufwertung in allen internationalen Organisationen und Verhandlungen wie zum Beispiel bei der Welthandelsorganisation (WTO).

9. Staatliche Entwicklungsgelder (ODA) alleine sind nicht die Lösung. Mit öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit ist sehr viel erreicht worden. Für die Bewältigung von Herausforderungen einer neuen Dimension reicht dies nicht aus. Stattdessen sollen diese Mittel zukünftig stärker Antreiber und Förderer privater Investitionen sein. Die afrikanischen Staaten müssen darüber hinaus deutlich mehr Eigenmittel – zum Beispiel ein höheres Steueraufkommen – mobilisieren.

10. Wir lassen niemanden zurück. Deutschland steht zu seiner Mitverantwortung gegenüber den am wenigsten entwickelten Ländern. Der Marshallplan behält die Grundbedürfnisse der Menschen im Blick: Ernährungssicherung, Wasser, Energie, Infrastruktur, Digitalisierung, Gesundheitsversorgung und Zugang zu Bildung – insbesondere für Frauen und Mädchen. Die Chancen und Herausforderungen der Verstärkung müssen ebenso berücksichtigt werden, wie das Heben der Potentiale der ländlichen Entwicklung und der Landwirtschaft.

Perspektiven in den Herkunftsländern stärken

Die Perspektiven in den Herkunftsländern stärken will Müller auch beim Wiederaufbau der vormaligen und aktuellen Kriegsgebiete im Irak, in Afghanistan oder in Syrien. „10 von 10 Menschen mit denen ich in Flüchtlingscamps im Irak sprach, wollen in ihrer Region bleiben“, hob der Minister hervor. Durch die Beschäftigungsoffensive „Cash for Work“ in Nahost könnten Iraker beispielsweise ihre Dörfer wiederaufbauen und in ihre Heimat zurückkehren. 2016 habe das Programm insgesamt etwa 56.000 Menschen in Arbeit gebracht; insgesamt hätten 280.000 Menschen davon profitiert.

Förderung für kommunale Partnerschaften

Da kommunale Partner- und Patenschaften wichtige Bausteine zur Verbesserung der Gesamtlage für die Menschen seien, sollen diese gefördert werden. Bereits heute engagieren sich laut Müller 400 deutsche Kommunen in

kommunalen Partnerschaften weltweit. „Wir wollen daraus 1.000 Partnerschaften machen – und haben die Förderung in diesem Jahr deshalb auf 14 Millionen Euro verdoppelt.“

Der Landkreis macht mit

Auch Landrat Stefan Rößle, der im Jahr 2015 mit der Herausforderung konfrontiert war, zeitweise 2.000 Asylsuchende allein im Landkreis Donau-Ries vorübergehend oder längerfristig unterzubringen, will sich nach eigenem Bekunden dieses Themas annehmen. Man könne und dürfe sich nicht aus der Verantwortung stellen. Auch die Kommunen könnten dazu beitragen, dass die Welt ein Stück weit besser wird, meinte der Landkreischef. Konkret will Rößle örtliche Projekte im afrikanischen Burkina Faso oder in Afghanistan unterstützen.

Über Josef Keller aus Gendingen habe das Landratsamt bereits Kontakte nach Burkina Faso. Mit seinem privaten Spendenprojekt hat Keller mittlerweile fast 30.000 Euro gesammelt und damit ein Waisenhaus vor Ort errichten können. Es sei vorstellbar, dieses Engagement im Zuge von Patenschaften und anderen Kooperationsmodellen auszuweiten, beispielsweise beim Schulbau.

Seit über 20 Jahren lebt der gebürtige Afghane Navid Hamid, Mitarbeiter in der Behörde des

Landrates, in Nördlingen. Gemeinsam mit seinem Vater hat er persönliche Kontakte nach Kabul und kennt die Probleme – wie den Mangel an Kühlhäusern – vor Ort. Auch zu dem gebürtigen Bäumenheimer Gerolf Dechentreiter, der in der afghanischen Hauptstadt ein Krankenhaus betreibt, wurden bereits Kontakte hergestellt.

Für Stefan Rößle ist es vorstellbar, beide Projekte mittels Sachspenden oder qua Einrichtung von Spendenkonten zu unterstützen. Damit soll erreicht werden, dass gut gemeinte Gelder nicht mehr in korrupten Kanälen örtlicher Machthaber verschwanden, wie dies in der Vergangenheit häufig genug der Fall war.

Win-win-Situation

Im Zentrum der von Rößle und Müller angedachten Kommunalpartnerschaften stehen u. a. die Schwerpunkte Klimaschutz und Nachhaltigkeit, Stabilisierung von Flüchtlingsaufnahme-Kommunen in Nahost sowie Fluchtursachenminderung in Nordwestafrika. Um entwicklungspolitisch motivierte Kommunen in ihrem Engagement zu unterstützen, wurde ein neues Beratungs- und Förderangebot geschaffen. Diese Art von Partnerschaft kann sich nach Überzeugung der beiden Politiker zu einer klaren Win-win-Situation entwickeln. **DK**

Bayerns Tourismus mehr ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Modernisierung, Schaffung von Barrierefreiheit, Verbesserungen im Wellness- und Kinderspielbereich sowie bei der Informations- und Kommunikationstechnik) zu unterstützen, gibt es über 5 Jahre ein Förderprogramm. Im laufenden Jahr werden 5 Mio. Euro bereitgestellt, nächstes Jahr 10 Mio. Euro. Für die gewerblich betriebenen Almwirtschaften und Berggasthöfe stehen in diesem Jahr 500.000 Euro bereit. Außerdem sind nach Ramsau mit Schleiching und Sachrang zwei weitere Bergsteigerdörfer ausgewählt, die heuer mit 90.000 Euro unterstützt werden sollen.

Germany Travel Mart

Besonders stolz ist man in Bayern darauf, dass es gelungen ist, in diesem Jahr den „Germany Travel Mart“ (GTM) nach Bayern zu holen, der von der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT) jährlich an wechselnden Orten veranstaltet wird. Dieses Mal gibt es vom 7. bis 9. Mai 2017 in Nürnberg die Möglichkeit, „Deutschland mit klarem Fokus auf Bayern weltweit zu präsentieren und zu vermarkten“. Gastgeber ist die Bayern Tourism Marketing GmbH. **Martin Spantig, Geschäftsführer**

Handwerk verzeichnet Rekordjahr

Pressekonferenz zur Internationalen Handwerksmesse in München

Auf ein Jahr der Rekorde blickt das deutsche Handwerk zurück. Wie der Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks Holger Schwannecke im Vorfeld der Internationalen Handwerksmesse in München vor der Presse betonte, „zeigten Umfragen 2016 ein besseres konjunkturelles Stimmungsbild als jemals zuvor und das Geschäftsklima im Handwerk erreichte ein neues Allzeithoch.“

Die wirtschaftliche Entwicklung des Handwerks war 2016 noch einmal deutlich besser als in der Gesamtwirtschaft. „Wir gehen davon aus, dass die Umsätze im Handwerk um insgesamt 3,5 Prozent gewachsen sind, während das deutsche BIP um ebenfalls gute 1,9 Prozent zulegen konnte“, machte Schwannecke deutlich. Noch besser hätte das Ergebnis allerdings sein können, „wenn der Engpass bei den Fachkräften nicht wäre.“ Gut seien die Geschäfte insbesondere in den Bau- und Ausbaugewerken, aber auch die Lebensmittel- und Kfz-Handwerke profitierten von der guten Einkommensentwicklung der Verbraucher.

Umsatzplus auch 2017

Für 2017 erwartet das Handwerk, dass sich seine gute wirtschaftliche Lage erneut bestätigen wird, „auch wenn unsere Betriebe nicht mehr ganz so dynamisch wachsen werden“, urteilte der ZDH-Generalsekretär. 2017 werde mit einem Umsatzwachstum von etwa 2,5 Prozent gerechnet.

„Unser Handwerk hat nur dann Zukunft, wenn es uns gelingt, junge Leute von einer Ausbildung, einer Karriere im Handwerk zu überzeugen. Das gesamte deutsche Handwerk hat mit seiner Imagekampagne vor einigen Jahren schon einen Imagewandel herbeiführen können. Allerdings glauben leider immer noch zu viele Eltern, dass ihre Kinder ohne Abitur und Studium keine echte berufliche Perspektive haben“, führte Franz Xaver Peteranderl, Präsident des Bayerischen Handwerksrates und Aufsichtsratsvorsitzender der GHM Gesellschaft für Handwerksmessen mbH, aus.

Dass dies nicht stimmt, habe kürzlich wieder eine Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft bewiesen. Diese komme nämlich zu dem Ergebnis, dass beruflich qualifizierte im Berufsleben hinsichtlich Personalverantwortung, Entwicklungschancen und Bezahlung auf Augenhöhe mit Kol-

legen rangieren, die den akademischen Weg gegangen sind.

„Wir müssen daher neben den Jugendlichen vor allem auch die Eltern davon überzeugen, warum die Berufsausbildung eine sehr gute Alternative ist“, so Peteranderl. „Dafür habe der Freistaat im vorletzten Jahr gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium und den IHKs die Kampagne „Elternstolz“ gestartet. Die Kampagne komme gut an und habe, zusammen mit der Nachwuchskampagne „Macher gesucht!“ des bayerischen Handwerks, im letzten Ausbildungsjahr auch zu einem leichten Plus von 1,5 Prozent bei den abgeschlossenen Lehrverträgen geführt.

Auch die Ausbildung von Jugendlichen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen mussten, könne einen kleinen Beitrag zur Bewältigung der Nachwuchsprobleme leisten, fuhr der BHT-Präsident fort. Das bayerische Handwerk liefere bereits einen großen Beitrag zur Integration dieser Jugendlichen: Aktuell seien bayernweit über 1.500 Jugendliche mit einem Fluchthintergrund in Ausbildung.

Klare Linie bei der Integration von Flüchtlingen

Peteranderl zeigte sich sicher, „dass es noch deutlich mehr werden, wenn eine klare Linie bei der Integration von Flüchtlingen in den bayerischen Arbeitsmarkt herrscht. Dass die Ausländerbehörden von Landkreis zu Landkreis unterschiedlich über die Arbeits- und Ausbildungsurlaubnis von Asylbewerbern urteilen, verunsichert unsere Betriebe. Es ist daher unbedingt erforderlich, die Richtlinien einheitlich umzusetzen. Außerdem muss das BAMF die Asylverfahren endlich zügiger abschließen. Schließlich müssen auch die jungen Leute wissen, woran sie sind.“

Dem Handwerk leuchte ein, dass der Staat seine Integrationsbemühungen auf Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive fokussie-

ren will. „Allerdings müssen sich unsere Betriebe dann auch darauf verlassen können, dass ein erteilter Bleibestatus für die drei Jahre bis zum Abschluss der Lehre und die anschließenden zwei Jahre, die dem Sammeln von Berufserfahrung dienen, auch Bestand hat“, hob Peteranderl hervor.

Als erneut wichtiges Thema auf der IHM bezeichnete der Präsident die Digitalisierung bzw. Handwerk 4.0., wobei sich heuer alles um die Digitalisierung am Bau drehe. Heute liefen die meisten Prozesse auf den Baustellen noch weitgehend analog ab. Die Anforderungen an unsere Gebäude stiegen aber kontinuierlich und die Komplexität in Planung und Ausführung nehme stetig zu. Dass dies erhebliche Probleme verursachen kann, zeigten Großprojekte wie der neue Flughafen in Berlin. Daher setze man in Deutschland große Erwartungen in digitale Technologien und Methoden, um die Fehler auf Baustellen zu reduzieren.

Neue Märkte

Darüber hinaus verwies Peteranderl auf den Gemeinschaftsstand der bayerischen Handwerkskammern mit einem breit gefächerten Beratungsangebot. Außenwirtschaftsberater informierten über neue Märkte für das Handwerk, gaben Tipps zur Markterschließung und Auftragsabwicklung im Ausland sowie zum Export. Zudem zeigten Betriebsberater auf, worauf es bei der Gründung und der Sicherung eines Betriebes sowie bei der Betriebsnachfolge ankomme.

Auch stellten Umwelt-, Technik- und Innovationsberater Energiesparkonzepte und -potenziale vor und berieten zu Arbeitssicherheit, Produktsicherheit und technischen Regeln. Ausbildungsberater stünden Unternehmern und Lehrlingen sowie deren Eltern mit Rat und Tat für Fragen rund um die Ausbildung im Handwerk zur Seite. Weiterbildungsberater informierten über das breite Bildungsangebot der Handwerkskammern, das u. a. Betriebswirtschaft, Recht, Energie und Technik umfasst. Außerdem präsentierten innovative Handwerksunternehmen ihre neuesten Entwicklungen. **DK**

der Bayern Tourism Marketing GmbH (by.TM) wies darauf hin, dass die UN-Generalversammlung das Jahr 2017 zum internationalen Jahr des nachhaltigen Tourismus erklärt habe. Dieses Prinzip sei schon lange fester Bestandteil der Marketingarbeit der by.TM unter der Dachmarke „Bayern – traditionell anders“. Unter dem Anspruch Nachhaltigkeit setze man sich für bayerische Bräuche, Traditionen, Lebensweisen und Kulturlandschaften ein. Nicht umsonst sei Bayern die beliebteste Urlaubsdestination in Deutschland.

Über ein Plus von 5,4 % bei den Ankünften auf 5,4 Mio. und von 3,6 % bei den Übernachtungen auf 23,5 Mio. konnte Klaus Holetschek, Vorsitzender des Verbandes Bayerischer Heilbäder e.V., berichten. Unter den 12 Top-Destinationen Bayerns seien allein acht Heilbäder und Kurorte. Dies sei nicht zuletzt auch kräftigen Investitionen und Innovationen zu verdanken. Im Berichtsjahr habe die Branche in ihre touristische Zukunft 100 Mio. Euro investiert, in den vergangenen drei Jahren mehr als 200 Mio. Euro für Sanierung und Erweiterung von Bädern und Anlagen, aber auch in Neubauten sowie in Rad- und Wanderwege. Als Investoren hob Holetschek besonders Bad Alexandersbad, Bad Staffelstein, Bad Tölz und Bad Reichenhall hervor. Vor erheblichen Investitionen stünden Obersdorf und Bad Griesbach wegen Thermenanlagen. Neue Angebote gebe es in Bad Aibling (Burnout-Prävention), Bad Bocklet (Ernährungsprävention), Bad Füssing (OnkotrainKur als onkologische Anschlussbehandlung) und Bad Hindelang (Allergiebehandlung).

Zusammen mit der Ludwig-Maximilians-Universität München entwickelten der Verband und der Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienstleistungen ein Präventionsangebot für Pflegekräfte. Diese Maßnahme wird von der Staatsregierung gefördert. Die Heilbäder und Kurorte leiden noch immer unter dem Strukturwandel durch die Gesundheitsreform. Die Zahl der Kuren sei von ehemals 900.000 auf jetzt etwa 40.000 zurückgegangen.

Angela Inselkammer, neue Präsidentin des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOG) pries die Leistungsfähigkeit der bayerischen Hotellerie und Gastronomie. In den 39.500 gastgewerblichen Betrieben arbeiten nach ihren Angaben über 400.000 Erwerbstätige, somit also jeder 20. Erwerbstätige in Bayern. Hinzu kommen 10.000 Azubis. Das bedeutet, dass jeder 10. Azubi in Bayern seine Ausbildung in dieser Branche findet, die insgesamt 16 Mrd. Euro im Jahr umsetzt. Davon fließen etwa 10 Mrd. Euro oder 60 % direkt den Vorleistungen zu, die dem Gastgewerbe zuzuordnen sind. Dazu zählte Inselkammer u.a. das Handwerk, Bäcker, Taxifahrer, Steuerberater, Marketingagenturen, Energieversorger und im besonderen Maße den Groß- und Einzelhandel. Von den erwähnten 10 Mrd. Euro wiederum wandern 30 % in die Löhne der Vorleistungsbetriebe, so dass „nochmals 150.000 Menschen in Bayern letztlich ihr Auskommen durch die Hotel- und Gaststättenbranche finden“.

Wo die Wirtschaft sterbe, sterbe auch irgendwann der Ort. Deshalb müsse man um den Erhalt der Wirtschaft kämpfen. Eine gute und berechtigte Möglichkeit sei, den Mehrwertsteuersatz zu reduzieren. Auf alle Lebensmittel sollte es einen einheitlichen Umsatzsteuersatz von 7 % geben. Auch sei dringend notwendig, die Bürokratie zurückzustutzen und das Arbeitszeitgesetz müsse der Lebenswirklichkeit angepasst werden. **dhg.**

Klimaschutzpolitik:

European Energy Award für sechs bayerische Kommunen

Bei einem Festakt in Kempten hat der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller, den European Energy Award (eea) an die bayerischen Kommunen Durach (Oberallgäu), Haldenwang (Oberallgäu), Kammerstein (Mittelfranken, Landkreis Roth), Lindau und Neu-Ulm überreicht. Sie wurden für ihre vorbildliche Klimaschutzpolitik ausgezeichnet. Gastgeber Kempten erhielt als erste bayerische Stadt den European Energy Award in Gold.

Bereits 2012 war die Stadt Kempten mit dem eea ausgezeichnet worden, nachdem 60 Prozent aller möglichen Maßnahmen realisiert worden waren. Vier Jahre später sind es 78 Prozent – 75 Prozent sind für die Auszeichnung in Gold nötig. Der „Masterplan 100 % Klimaschutz“, den Kempten 2012 verabschiedet hatte, bildet den Rahmen für sämtliche Aktivitäten: seien es die Energieberatung und die Energieeffizienz-Angebote für Unternehmen, Kampagnen wie „Sanieren mit GRIPS“ für Hausbesitzer oder Initiativen zur Förderung der Radverkehrs.

Durch ein konsequentes kommunales Energiemanagement für die städtischen Liegenschaften konnte seit 2000 der Ausstoß von 8.000 Tonnen CO₂ vermieden werden. Städtische Neubauten werden nur noch im Passivhausstandard ausgeführt. Positiv auf die European Energy Award-Wertung wirkte sich auch die Fernwärmeversorgung zahlreicher Unternehmen und Haushalte durch den Zweckverband Abfallwirtschaft Kempten (ZAK) aus.

Gemeinde Durach

Die Gemeinde Durach konnte unter anderem mit seinem Hackschnitzel-Nahwärmenetz, den regen Aktivitäten des Energieteam, den Photovoltaikanlagen auf den gemeindeeigenen Dächern für den Eigenstromverbrauch sowie einem Punktekatalog für energieeffizientes Bauen im Neubaugebiet am Orogelände überzeugen.

In Haldenwang wird der Strombedarf bereits vollständig, der Wärmebedarf zu 29 Prozent aus erneuerbaren Energien gedeckt. Eine gemeindeeigene Photovoltaikanlage versorgt das Sportzentrum mit Strom. Durch das langjährige kommunale Ener-

giemanagement konnte der Energieverbrauch der kommunalen Liegenschaften und Anlagen spürbar gesenkt werden. Vorbildlich sind zudem das Versorgungskonzept mit seinen Dorfläden und die Ausrichtung eines jährigen Energietages mit Vortragsprogramm.

Stadt Lindau

Lindau wiederum überzeugte unter anderem mit dem klimafreundlichen Mobilitätskonzept „KliMo“, mit dem der motorisierte Individualverkehr auf der Insel reduziert werden soll. Im Rahmen eines integrierten Stadtentwicklungskonzepts wurde ein Wettbewerb für die zukünftige Bebauung der hinteren Insel durchgeführt; darüber hinaus verabschiedete man ein energiepolitisches Leitbild mit quantifizierbaren Zielen für die Stadt. Ebenfalls vorbildlich ist die enge Zusammenarbeit mit den benachbarten Gemeinden – auch grenzüberschreitend. Ein nachhaltiger Reiseführer rundet die vielen Aktivitäten ab.

Stadt Neu-Ulm

Erhebliche Fortschritte bei ihren Klimaschutzbemühungen kann auch die Stadt Neu-Ulm vorweisen. So wurde das Fernwärmenetz in der Innenstadt auf der Basis eines ganzheitlichen, raumbezogenen Wärmeversorgungskonzepts ausgebaut. Dank eines Holzgas-Heizwerks, das mit Material aus der Wald- und Landschaftspflege sowie mit Schwemmholz betrieben wird, können außerdem pro Jahr rund 40.000 Tonnen CO₂ eingespart werden. Seit vielen Jahren werden in Neu-Ulm städtische Dachflächen für die Energiegewinnung mittels Solar- und Photovoltaikanlagen genutzt.

Gemeinde Kammerstein

Die Gemeinde Kammerstein wurde im Jahr 2012 erstmals mit dem European Energy Award ausgezeichnet. In der Zwischenzeit ist am Rathausplatz ein Nahwärmenetz mit Hackschnitzelheizung errichtet worden, das die Kindertagesstätte, das Rathaus, den Bauhof, den Bürgersaal sowie das Feuerwehrhaus mit Wärme versorgt. Generell sind die Energiestandards für kommunale Gebäude und Anlagen in Kammerstein hoch. Auf gemeindeeigenen Gebäuden wurden ferner Photovoltaikanlagen installiert.

Als beispielhaft gilt das interkommunale Kläranlagenkonzept der Gemeinde Kammerstein. Mit weiteren Aktivitäten wie LED-Tausch, Thermografie-Aktion, Ausstellungen und Schul- und Kindergartenprojekten wird bei den Bürgern das Bewusstsein für Energie- und Klimaschutz-Themen geschärft. Ein Musterbeispiel ist auch der jährlich stattfindende Kammersteiner Waldmarkt mit ausschließlich regionalen Produkten.

Plädoyer für globale Energiewende

Bundesminister Dr. Gerd Müller forderte bei der Preisverleihung die Städte und Gemeinden in Deutschland zu einer noch stärkeren Zusammenarbeit mit Kommunen in Entwicklungsländern auf. „Gemeinsam können wir nachhaltige Entwicklung weltweit schaffen“, betonte Müller und ergänzte: „Wir brauchen eine globale Energiewende, mehr Strom aus erneuerbaren Energien. Deutschland hilft den Entwicklungsländern dabei, eigene Klimaschutzpläne zu entwickeln. Die deutschen Kommunen sind dabei unsere wichtigsten Partner, denn sie können alles, was wir in den Entwicklungsländern brauchen. Sie haben Know-how bei Energieeffizienz, Infrastruktur, Wasserversorgung, Sanitär und Abfallbeseitigung. Und vor allem die Erfahrung, die strategischen Ziele auch praktisch umzusetzen.“

Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen:

Runder Tisch treibt Klimaschutzkonzept voran

18 Vertreter von Umweltverbänden und der Forstwirtschaft haben kürzlich im Landratsamt in Bad Tölz erstmals an einem runden Tisch zum Thema „Nachhaltige Nutzung regionaler Energieholzpotentiale - Chancen und Risiken“ teilgenommen. Der runde Tisch wurde im Rahmen des Aktionsplans zur Umsetzung des integrierten Klimaschutzkonzeptes des Landkreises initiiert.

Der Plan beinhaltet die Maßnahme „Biomassepotentiale steigern“, deren Ziel es ist, nachhaltiges Energieholz mehr zu nutzen, um den Wärmebedarf im Landkreis zu einem größeren Anteil aus regenerativen Quellen zu decken. Derzeit werden noch ca. 81 Prozent der Wärme im Landkreis durch Öl und Gas erzeugt. Eingeladen dazu hatte der Klimaschutzbeauftragte des Landkreises, Andreas Süß.

Mögliche Konfliktfelder frühzeitig erkennen

Landrat Josef Niedermaier stellte die besonders gute Zusammenarbeit und gegenseitige Wertschätzung zwischen den Verbänden im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen heraus. Ein Baustein für eine gute Zusammenarbeit auch in der Zukunft sei der runde Tisch, ist Klimaschutzbeauftrag-

ter Andreas Süß überzeugt. Die Gespräche hier würden dazu beitragen, mögliche Konfliktfelder zwischen Naturschutz und Waldbewirtschaftung zum Thema Energieholzgewinnung frühzeitig zu erkennen.

Energieholz als wichtiger Baustein

Die Teilnehmer diskutierten bei der Veranstaltung über zahlreiche Themen: von der Baumartenzusammensetzung über die Wegeerschließung bis hin zu dem abnehmendem Wissen in vielen Bevölkerungsschichten über Waldbewirtschaftung bei gleichzeitig zunehmender Umweltsensibilisierung. Einig waren sich alle darin, dass Energieholz ein wichtiger Baustein der regionalen Wärmeversorgung werden müsse, um die ehrgeizigen Klimaziele des Landkreises erreichen zu können.

Für nachhaltige Waldbewirtschaftung

Intensiv diskutierten die Waldbesitzervereinigungen und die anerkannten Umweltverbände im Landkreis über die mögliche Nutzung der Holzpotentiale im Rahmen bestehender Vorschriften. Erwähnt wurden hier beispielsweise die zu verbleibenden Totholzrestmengen. Beide Seiten betonten jedoch, die nachhaltige Waldbewirtschaftung müsse stets oberste Priorität haben. Nun sollen Maßnahmen entwickelt werden, durch die der Rohstoff Holz im Landkreis besser genutzt werden kann. □



Strahlende Gesichter bei der Verleihung des European Energy Awards für bayerische Städte und Gemeinden. Unser Bild zeigt von links Josef Wölfl (1. Bürgermeister von Haldenwang), Walter Schnell (1. Bürgermeister von Kammerstein), Leonard Meyer (Bundesgeschäftsstelle European Energy Award), Reinhard Junginger (Stellvertreter von Neu-Ulms Oberbürgermeister Gerold Noerenberg), Martin Sambale (Geschäftsführer Energie- und Umweltzentrum Allgäu), Dr. Gerd Müller (Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), Thomas Kiechle (Oberbürgermeister der Stadt Kempten), Gerhard Hock (1. Bürgermeister von Durach) und Matthias Kaiser (Stadtrat in Lindau in Vertretung von Oberbürgermeister Dr. Gerhard Ecker).

Bild: eza!

Minister Müller verwies auf den erwartenden rasanten Anstieg bei der Nachfrage nach Energie vor allem in den Entwicklungsländern. Experten rechnen in den kommenden 15 Jahren mit einer Erhöhung um 50 Prozent. Denn 1,2 Milliarden Menschen weltweit haben heute noch keinen Zugang zu Energie. Energiemangel sei eines der größten Hemmnisse für wirtschaftliche Entwicklung, unterstrich Müller: „Deshalb müssen wir denen helfen, die heute Zugang zu Entwicklung und damit Energie brauchen. Das ist ein wichtiges Gebiet der neuen Partnerschaft

mit Afrika. Und dabei setzen wir auf die Wirtschaft und die Kommunen.“

Kommunale Klimapartnerschaften

Die deutsche Entwicklungspolitik fördert die kommunale Zusammenarbeit beim Klimaschutz über kommunale Klimapartnerschaften. Bereits 50 deutsche Kommunen beteiligen sich daran. So unterstützt das fränkische Würzburg in Mwanza (Tansania) die nachhaltige Energieversorgung über Photovoltaikanlagen. Oldenburg führte mit Buffalo

City (Südafrika) ein Modellprojekt zu einem energieeffizienten Verwaltungsgebäude durch. Partnerschaften gibt es aber auch in Lateinamerika: Die Region Hannover baut zum Beispiel mit Belén de los Andaquies (Kolumbien) ein Bildungs- und Qualifizierungszentrum für regenerative Energie und Klimaschutz.

Das Bundesentwicklungsministerium hat kommunale Klimapartnerschaften seit 2011 mit rund 14 Millionen Euro gefördert, davon rund vier Millionen Euro für Klimaprojekte. Das Ministerium führt das Programm 2017 fort. **DK**

Weniger Energie beim Beheizen, mehr fürs Anheizen.

Lassen auch Sie sich die Modernisierung der alten Heizungsanlagen in Ihrer Kommune mit bis zu 17,5% vom Staat fördern.

machts-effizient.de | Hotline: 0800 0115 000

DEUTSCHLAND

MACHT'S EFFIZIENT.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

CSU-Arbeitskreise Energiewende und Umwelt:

Empfehlungen zur Bundestagswahl

Gemeinsam mit dem Arbeitskreis für Umwelt und Landesentwicklung (AKU) hat der Arbeitskreis Energiewende (AKE) seine Empfehlungen für das CSU-Wahlprogramm zur Bundestagswahl vorgestellt. Darin wird ein klares Bekenntnis zur Energiewende abgelegt. Dabei müsse allerdings sichergestellt sein, „dass die zukünftige Energieversorgung gleichrangig sicher, sauber und bezahlbar ist und im Einklang von Mensch und Natur sowie technologieunabhängig, innovativ, marktwirtschaftlich, sozial und mit möglichst wenigen Eingriffen durch den Staat gestaltet wird“.

Darüber hinaus rufen AKE und AKU dazu auf, zur Umsetzung des Klimaschutzplans 2050 ein integriertes „Klima- und Energiekonzept 2030“ zu entwickeln, das die Ziele der definierten Handlungsfelder mit möglichst wenigen Staatseingriffen technologieunabhängig, kostenoptimal, marktwirtschaftlich und wirtschaftspolitisch sinnvoll erreicht. Der Ausstiegspfad aus der Kohleverstromung sollte im Konsens mit allen Akteuren definiert werden.

Auch plädieren die Arbeitskreise dafür, dass für die künftigen politischen Rahmenbedingungen der Energiewende in allen Sektoren (Strom, Wärme/Kälte, Mobilität) nicht Einzeltechnologien im Vordergrund stehen, sondern ein integriertes Gesamtsystem Energie möglichst marktwirtschaftlich, technologieunabhängig und innovationsoffen entstehen kann. „Dabei muss ein sinnvolles und kostenoptimales Zusammenspiel aus Dezentralität und Zentralität entstehen.“ Für den immer wichtiger werdenden Zubau von Energiespeichern sei zwar einerseits weitere Forschung und Entwicklung erforderlich, vielmehr seien jedoch wirksame Marktanreize zu entwickeln. Speicher dürfen außerdem gegenüber dem Netzausbau nicht benachteiligt sein.

Das EEG sollte grundsätzlich beibehalten bleiben, „da ein zielerfüllendes Vorschreiten der Energiewende ohne Förderungen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich ist und das EEG das geeignetste Instrument dazu ist“. Das EEG sollte marktwirtschaftliche Mechanismen weiterverfolgen. Bürgerenergieanlagen müssten weiter einen privilegierten Status mit ausreichenden Bagatellgrenzen haben.

„Wir fordern, dass Maßnahmen erarbeitet und umgesetzt werden, um den weiteren Anstieg der Strompreise zu dämpfen“, heißt es weiter. Um die überschüssigen Kosten zu finanzieren, schlagen AKE und AKU u. a. folgende Maßnahmen vor: Abschaffung der Stromsteuer und aufkommensneutral im Gegenzug sukzessiv steigende Abgaben auf fossile Brennstoffe und Energieträger, Absenkung der Liquiditätsreserve des EEG-Kontos, Reduzierung der Mehrwertsteuer auf 7 %, Kostenübernahme des Netzausbaus durch den Bund, Finanzierung der Industrieprivilegien durch den Bundeshaushalt (die besondere Ausgleichsregelung kommt einer Subvention gleich und ist deshalb durch den Bund zu leisten), für Energielieferanten verpflichtende Weitergabe der

Börsenstrompreise (zzgl. Kosten und Marge) an die Verbraucher sowie Reduzierung klimaschädlicher Subventionen des Bundes. Sollten diese Maßnahmen nicht möglich sein und/oder genannte Einzelmaßnahmen nicht ausreichen, sei über die Einführung eines Kostenstreckungsfonds nachzudenken.

Zur unterstützenden Finanzierung der Energiewende sollte nach Auffassung der Arbeitskreise ein nationaler Investitionsfonds mit einer garantierten festverzinslichen Rendite eingeführt werden, der allen Bürgerinnen und Bürgern offensteht. Dieser Fond sollte in initiale Infrastrukturprojekte der Energiewende, z.B. in Netzinfrastrukturen oder Speicher, investieren.

Versorgungslücken vermeiden

Wenn 2022 das letzte bayerische Kernkraftwerk abgeschaltet wird, darf es laut AKE und AKU keine Versorgungslücke geben: „Planungsverfahren und Bürokratie dürfen die Versorgungssicherheit nicht gefährden. Es muss sichergestellt werden, dass die HGÜ-Trassen nach Bayern so schnell wie möglich fertiggestellt werden, dass ca. 2 GW gesicherte Kraftwerkskapazität im Süden realisiert wird und zusätzlich erforderliche Kraftwerkskapazitäten absolut gesichert kontrahiert werden. Für die durch die HGÜ-Trassen Betroffenen (z.B. Land- und Forstwirte) muss ein fairer Ausgleich gefunden werden.“

Um die Verbraucher und Unternehmen in Bayern nicht weiter zu belasten, sei die einheitliche Strompreiszone innerhalb Deutschlands beizubehalten. Engpässe dürften nicht innerhalb von Gebotszonen preislich ausgeglichen werden, sondern jenseits der Gebotszone. Starre konventionelle Restlasten müssten möglichst schnell verringert werden, da sie die Kosten für Redispatch treiben und die mögliche Aufspaltung des Marktgebiets begünstigen.

Die Netze aller Spannungsebenen seien beschleunigt auszubauen und zu ertüchtigen, damit der Zubau an erneuerbaren Energieanlagen stärker voranschreiten kann. Bei allen künftigen Netzentwicklungsplänen seien die wirtschaftlich sinnvoll zu realisierenden Potenziale der dezentralen

Erzeugung, der Speicherung und der Sektorkopplung einzubeziehen. Generell sollte insbesondere der Ausbau der Übertragungsnetze durch den Bundeshaushalt bzw. eine staatliche Netzgesellschaft finanziert und betrieben werden, da es sich hierbei um eine Infrastrukturaufgabe handelt und diese als solche vom Staat zu tragen ist.

Ferner plädieren die Arbeitskreise dafür, die Wasserkraft in Bayern zu erhalten und auszubauen. So sollte z. B. bei der Sanierung von Querverbauungen geprüft werden, Wasserkraftwerke einzubauen, sofern nicht vorhanden. Die bestehenden Gesetze für eine stärkere Wasserkraftnutzung müssten auf den Prüfstand gestellt und ggf. angepasst werden, ohne den Natur- und Artenschutz zu gefährden. Die Wasserkraft benötige eine auskömmliche Vergütung. Diese lasse sich durch Grundlastfähigkeit und Systemdienlichkeit begründen. Für die Wasserkraft sollte es eigene Ausschreibungen im EEG geben.

Als wichtige Energiequellen müssten auch Bioenergie, Geothermie, Windenergie und Photovoltaik weiterhin Rahmenbedingungen haben, um ihre Potenziale in größtmöglichem Umfang (unter wirtschaftlichen und systemdienlichen Gesichtspunkten) voll ausschöpfen zu können, heißt es in dem Positionspapier.

Notwendig sei zudem eine nahezu vollständige Reduktion der Treibhausgas- und Luftschadstoffemissionen (außer, sie sind emissionsneutral) aus dem Mobilitätsbereich bis zum Jahr 2050. Der Ausstieg aus fossilen Energieträgern sollte technologieunabhängig sein und könne durch folgende Maßnahmen gelingen: Beschleunigte Bereitstellung von Infrastrukturen durch den Bund und die Wirtschaft, stufenweises Absenken der EU-Grenzwerte für Flottenemissionen, stufenweise steigende Abgaben auf fossile Treib- und Kraftstoffe, wirksame Kaufanreize und zu einem späteren Zeitpunkt ggf. die Einführung von Abwrackprämien oder Quoten für emissionsneutrale Fahrzeuge und Verkehrsmittel.

Darüber hinaus müsse das Ausbaitempo Erneuerbarer Wärme deutlich forciert und auf die Beschlüsse des Paris-Abkommens und des Klimaschutzplans 2050 angepasst werden, lautet eine weitere Forderung. „Die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung muss kommen, ohne dass dabei der Handwerkerbonus aufgegeben wird.“ Die Abgaben für Energie müssten sich stärker am Ziel der CO₂-Reduktion im Wärmemarkt ausrichten. **DK**



PWG-Geschäftsführer Martin Glink (rechts) erläutert Peißenbergs Bürgermeisterin Manuela Vanni (links) und den beiden Vertretern der PWG-Gesellschafter Norbert Schürmann, LEW-Vorstandsmitglied (2.v.r.) und Werner Dehmel, Geschäftsführer Bayernwerk Natur (2.v.l.), die Pläne zur Modernisierung der Heizzentrale. Bild: LEW / Timian Hopf

PWG investiert in klimafreundliche Wärmeversorgung

Die Peißenberger Wärmegesellschaft (PWG) setzt auch in Zukunft auf dezentrale und klimafreundliche Wärmeerzeugung. Dazu investiert die PWG rund 5 Millionen Euro in die Modernisierung ihrer Heizzentrale für das Peißenberger Fernwärmenetz.

Neu errichtet werden ein Blockheizkraftwerk (BHKW) mit einer elektrischen und thermischen Leistung von je 1,5 Megawatt und zwei gasbefeuerte Kessel mit einer Heizleistung von je 8 Megawatt. Das Modernisierungsprojekt ist bereits gestartet und soll im Frühsommer 2017 abgeschlossen sein. Die Inbetriebnahme der beiden neuen Heizkessel ist für April geplant, auch das BHKW soll bis zum Frühsommer 2017 Strom und Wärme liefern. Während die Wärme über die Fernwärmeleitungen direkt an die Haushalte in Peißenberg geliefert wird, speist die PWG den im BHKW erzeugten Strom in das öffentliche Netz ein.

Durch die Modernisierung steigt auch die Effizienz der Anlage: BHKW und Heizkessel sind auf den aktuellen Wärmever-

brauch abgestimmt und benötigen weniger Erdgas. „Damit können wir im Vergleich zum bisherigen Betrieb etwa 4.000 Tonnen CO₂ pro Jahr einsparen und leisten einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz“, erklärt PWG-Geschäftsführer Martin Glink.

Die beiden alten Heizkraftwerke haben seit Mitte der 1980er Jahre ihren Dienst verrichtet und sind seit dem Sommer außer Betrieb. Die Anlagen haben nicht mehr dem Stand der Technik entsprochen und waren außerdem zu groß dimensioniert, gemessen am heutigen Wärmebedarf der Kunden. Über den Winter sichert eine im letzten November installierte mobile Wärmeversorgung einen derzeit noch in Betrieb befindlichen Bestands-Heizkessel ab. Mit der neuen Anlage soll der Betrieb der Heizzentrale wirtschaftlich optimiert werden. **□**

Gemeinsam für mehr Klimaschutz im Oberland

Klimaschutzbeauftragte der Landkreise und Städte treffen sich in Penzberg

Es war tatsächlich etwas Besonderes, als sich zum ersten Mal alle Klimaschutzbeauftragten der Landkreise und Städte im Oberland in Penzberg trafen, um gemeinsame Schnittmengen zu besprechen und sich bei der Durchführung von Projekten gegenseitig zu unterstützen.

Im Rahmen des Interreg Alpenraumprojekts PEACE_Alps, an dem die Bürgerstiftung Energiewende Oberland seit 2015 beteiligt ist, steht die Bündelung von Maßnahmen zur Umsetzung von Klimaschutz- und Energienutzungsplänen im Vordergrund. Daher liegt nichts näher als die jeweiligen Zuständigen in der Region zu einem Treffen in die Geschäftsstelle nach Penzberg einzuladen. Finanziell unterstützt werden die Projektaktivitäten vom EU-Fonds für regionale Entwicklung.

Im Fokus des Treffens stand die Vorstellung und Diskussion des vom Konvent der Bürgermeister entwickelten Standards zur Fortschreibung der Energie- und CO₂-Bilanz für Landkreise und Kommunen. „Dieses Thema brennt uns allen unter den Nägeln“, bestätigt Veronika Halmbacher, Klimaschutzmanagerin des Landkreises Miesbach. Gemeinsam mit Ellen Esser, Koordinatorin des Projekts PEACE_Alps, stellte sie anhand der Energieverbräuche und -erzeugung im Landkreis Miesbach den Kolleginnen und Kollegen vor, wie das Tool verwendet werden kann.

Der Grundtenor zur präsentierten Vorgehensweise war positiv, und so wird sich die Gruppe im Ju-

li erneut treffen, um voraussichtlich im Herbst die erstellten Fortschrittsberichte den jeweiligen Gremien vorstellen zu können.

Stromsparen ist ein wichtiges Thema für Klimaschutzbeauftragte der Kommunen und Landkreise. Daher bereiteten Elisabeth Freundl (EWO) und Veronika Halmbacher (Landratsamt Miesbach) die Herangehensweise und Erfahrungswerte der Aktion „Fischbachau spart Strom“ und „Wir sparen Strom im Landkreis Miesbach“ auf.

Der Austausch zwischen den Klimaschutzbeauftragten wurde durch die Teilnehmer sehr begrüßt, denn in den Diskussionen wurde deutlich, dass viele Schnittmengen bestehen, diese auch gut erschlossen werden können und diese Treffen einen deutlichen Mehrwert für alle Beteiligten darstellen.

„Unser Ziel mit der Veranstaltung ist es den Klimaschutzbeauftragten im Oberland Erfahrungswerte an die Hand zu geben, so dass wir alle unsere Ziele in Bezug auf Klimaschutz und Energiewende bis zum Jahr 2035 zügig und effizient erreichen können“, schloss Josef Kellner, Vorstandsvorsitzender der Bürgerstiftung Energiewende Oberland die Veranstaltung. **□**



V. l.: Günter Rahm Geschäftsstellenleiter Litzendorf; Gisela Homann, 1. Bürgermeisterin Königfeld; Thomas Betz, 1. Bürgermeister Wattendorf; Roland Kauper, 1. Bürgermeister Scheßlitz; Hans Göller, 2. Bürgermeister Heiligenstadt; Landrat Johann Kalb; Ludwig Göhl, 1. Bürgermeister Stadelhofen; Michael Karman, 1. Bürgermeister Buttenheim. Bild: LRA Bamberg

Landkreis Bamberg zum Netzentwicklungsplan 2030:

„Gleiche Planung, gleiche Stellungnahme“

Ende Januar 2017 startete die Bundesnetzagentur die Konsultation des Netzentwicklungsplans 2030. Wie bereits im Netzentwicklungsplan 2025, der im Dezember 2015 vorgelegt wurde, sehen die aktuellen Planungen der Bundesnetzagentur weiterhin das Netzausbauprojekt P 44 mod. vor, das sich von Altenfeld über Schalkau und Würgau bis nach Ludersheim erstrecken würde.

Die P 44 mod. ist der alternative Planungsansatz zum ursprünglichen Netzausbauprojekt P 44 von Altenfeld über Schalkau nach Grafenheinfeld. Dies nahm Landrat Johann Kalb zum Anlass, die betroffenen Gemeinden kürzlich ins Landratsamt einzuladen, um ein gemeinsames Vorgehen abzustimmen.

„Der Landkreis Bamberg hat

sich bereits im Dezember 2015 deutlich gegen den weiteren Ausbau des Stromnetzes ausgesprochen und eine gemeinsame Stellungnahme mit den betroffenen Gemeinden unterzeichnet. Auch wenn sich im Vergleich zur Netzentwicklungsplanung von 2015 inhaltlich nichts verändert hat, ist es wichtig, dass wir alle zusammen unsere Haltung nochmals bekräftigen und in das aktuelle Konsultationsverfahren einbringen“, so Landrat Kalb.

Entsprechend unterzeichneten alle Gemeindevertreter zusammen mit Landratschef Kalb ihre gemeinsame Stellungnahme, in der sie sich deutlich gegen eine weitere Belastung mit zusätzlichen Ausbauprojekten des Stromnetzes im Landkreis wenden. **□**

Neues bayerisch-tschechisches Forschungsprojekt:

Startschuss für „CrossEnergy“

Zu einer gemeinsamen, grenzüberschreitenden Energieinfrastruktur in der Donau-Moldau Region soll ein neu gestartetes Forschungsprojekt beitragen. „CrossEnergy“ wurde von einem multidisziplinären Forschungsteam, bestehend aus OTH Regensburg, TH Deggendorf und der Westböhmisches Universität in Pilsen, die das Projekt leitet und mit zwei Fakultäten vertreten ist, erarbeitet.

Im Zuge des Projekts werden fortgeschrittene Softwaretools für die Planung und den Betrieb von elektrischen Netzwerken entwickelt, die unterschiedliche Informationen und Berechnungen liefern, um verschiedene Interessensgruppen wie Netzbetreiber, Stadtwerke, Behörden, politisch Verantwortlichen und die Bevölkerung bei ihren Entscheidungen zu unterstützen. Schwerpunkt des Projekts sind die regionalen Bedingungen in der Donau-Moldau-Region wie die Zusammenarbeit über die Grenze hinweg oder auch demographische, technologische und gesetzliche Entwicklungen in der Region.

Mit einer Gesamtsumme von knapp einer Million Euro wird das Forschungsprojekt über einen Zeitraum von drei Jahren vom „Programm zur grenzübergreifende Zusammenarbeit Freistaat Bayern - Tschechische Republik“ und dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) gefördert. Projektträger sind das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie und das Tschechische Staatsministerium für regionale Entwicklung. **DK**

Bayernwerk und Regierungen von Unterfranken und Niederbayern:

Impulsgeber für die Energiezukunft gesucht

Jeweils 10.000 Euro warten auf engagierte Unterfranken und Niederbayern, die sich in ihrem Umfeld für die Energiezukunft stark machen. Der jährliche Bürgerenergiepreis Niederbayern der Bayernwerk AG geht in die fünfte Runde, der Bürgerenergiepreis Unterfranken in die dritte.

Gewinnen können Privatpersonen, Vereine oder auch Schulen, die mit pfiffigen und außergewöhnlichen Ideen und Maßnahmen einen Impuls für die Energiezukunft geben. Alle unterfränkischen und niederbayerischen Bürgerinnen und Bürger sind nun wieder aufgerufen, sich direkt beim Bayernwerk für den Bürgerenergiepreis zu bewerben.

Aus allen Einsendungen wählt eine Jury jeweils drei Preisträger

aus. Die Bewerbungsunterlagen und weitere Informationen zum Bürgerenergiepreis sind unter www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis zu finden. Die Bewerbungsfrist läuft bis 20. April.

„Wir suchen die Energiehelden in Unterfranken und Niederbayern. Dabei geht es nicht nur um große Bauprojekte. Der Bürgerenergiepreis richtet sich an alle diejenigen, die einen Beitrag für die lokale Energiezukunft leisten

und andere aufmerksam machen“, erklärte Christoph Henzel, Leiter Kommunalmanagement Bayernwerk AG. Eingereicht werden können Projekte, die entweder in Planung sind, im laufenden Jahr begonnen haben oder aufgrund ihrer inhaltlichen Qualität nach wie vor Bestand haben.

Jeder Beitrag zählt

Dr. Paul Beinhofer, Regierungspräsident von Unterfranken, rief zur Teilnahme am Bürgerenergiepreis auf: „Die erfolgreiche Gestaltung der Energiezukunft ist nicht allein Aufgabe der

Politik und der Wirtschaft, sondern die aller Bürgerinnen und Bürger. Für den Erfolg der Energiewende zählt jeder einzelne Beitrag.“ Für eine hohe Teilnehmerzahl setzte der Regierungspräsident - wie in den letzten Jahren unter Beweis gestellt - auf die Ideenvielfalt der unterfränkischen Bewerber. Zu den Siegern des vergangenen Jahres zählten auch die Schülerinnen und Schüler der Schlossberg Grund- und Mittelschule Nüdlingen im Landkreis Bad Kissingen mit dem Projekt „Klima – Energie – Nachhaltigkeit“.

Kreative Mitmacher im Visier

Rainer Haselbeck, Regierungspräsident von Niederbayern, betonte: „Eine zuverlässige, effiziente und ökologische Energieversorgung braucht kreative Mitmacher! Erfindergeist und gute Ideen sind bei uns in Niederbayern zuhause. Deswegen bin ich mir sicher, dass auch heuer wieder viele innovative niederbayerische Projekte eingereicht werden.“ Zu den Siegern des vergangenen Jahres zählten auch Birgit und Hans Bachmaier aus Geiselhöring, Ortsteil Hainsbach, im Landkreis Straubing-Bogen mit dem Projekt zur „Sanierung eines historischen Bauernhauses in Holzblockbauweise“.

Der Bürgerenergiepreis wurde 2013 zusammen mit der Regierung in Niederbayern ins Leben gerufen. In diesem Jahr wird die Auszeichnung sowohl in Unterfranken als auch später folgend in den Regierungsbezirken Niederbayern, Oberbayern, Oberfranken und in der Oberpfalz verliehen. Videos der bisherigen Sieger sind im Bayernwerk-Kanal auf YouTube zu finden.



Christoph Henzel, Leiter Kommunalmanagement Bayernwerk, Rektorin Ritta Helfrich und Dr. Paul Beinhofer, Regierungspräsident von Unterfranken (von links), gaben den offiziellen Startschuss für den Bürgerenergiepreis Unterfranken 2017.

Bayernwerk bringt Konradsreuth zum Leuchten

Bürgermeister Matthias Döhla hat bei einem Preisausschreiben der Bayernwerk AG teilgenommen und freut sich nun für seine Gemeinde Konradsreuth über den Gewinn von fünf modernen LED-Strassenleuchten. Die neuen Lampen werden vom regionalen Energienetzbetreiber in der Bachstraße installiert.

Durch die bessere Beleuchtung soll der Schulweg vieler Schüler dort noch sicherer werden. Zeitgleich zur Montage der ersten Lampen haben sich Ralf Schwarz, Kommunalbetreuer des Bayernwerks und Bürgermeister Döhla zur Preisübergabe getroffen.

„Wir freuen uns als Partner der Gemeinde Konradsreuth, dass sie als Gewinner des Preisausschreibens in einem neuen Licht erstrahlt“, so Kommunalbetreuer Ralf Schwarz. Die Verlosung hatte das Bayernwerk gemeinsam mit dem Leuchtsystem-Hersteller HELLA angeboten. Das Modell „Slim Twin“ wurde als LED-Ersatzleuchte für die häufig in den Kommunen verbreite-

ten Peitschenleuchten entwickelt. Diese neuen Leuchten bieten bei geringen Anschaffungs- und Montagekosten den Komfort der bewährten HELLA LED-Technologie.

Die Leuchten sind in der Lichtfarbe neutralweiß mit einer Leistung von bis zu 42 Watt bei einem Lichtstrom von maximal 3400 Lumen erhältlich. Das Modell ist für sog. Peitschenmasten bis zu einer Lichtpunkthöhe von acht Metern optimiert. Durch die asymmetrische Lichtverteilung können Auslegerleistungen von 15 bis 30 Grad abgedeckt werden. Technisch lässt sich die Leistungsaufnahme um 50 Prozent reduzieren.

Partner bei der Stromversorgung

Hallbergmoos und das Bayernwerk schließen Konzessionsvertrag über weitere 20 Jahre ab

Die sichere Stromversorgung der Gemeinde Hallbergmoos im oberbayerischen Landkreis Freising ist in Zukunft Aufgabe des Bayernwerks. Das Energieunternehmen und die Gemeinde waren bereits früher Partner bei der Stromversorgung. Nach dem Ablauf des vorhergehenden Vertrags schrieb die Gemeinde die Konzession neu aus. In dem anschließenden Wettbewerb setzte sich das Bayernwerk mit dem besten Angebot durch.

Erster Bürgermeister Harald Reents und Ursula Jekelius, zuständige Leiterin für Kommunen und Kooperationen in Oberbayern beim Bayernwerk, unterzeichneten im Beisein von Stefan Kronner, Gemeinderat und Leiter der Arbeitsgruppe Stromkonzession, den neuen Konzessionsvertrag.

Die Stadt räumt mit der Vergabe der Konzession dem regionalen Netzbetreiber Bayern-

werk formal das Recht ein, für die kommenden 20 Jahre das Stromnetz auf ihrem Gebiet zu betreiben sowie Versorgungsanlagen und Leitungen auf gemeindlichen Wegen und Grundstücken für die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger und der örtlichen Wirtschaft zu errichten.

Sowohl die Stadt als auch das Unternehmen zeigten sich mit der langfristigen Verlängerung

überaus zufrieden. Für das Bayernwerk bedeute diese Verlängerung einen großen Vertrauensbeweis, erklärte Ursula Jekelius: „Wir freuen uns, dass wir weiterhin der Wunschnachbar der Stadt für den Betrieb des Stromnetzes sind und sind stolz, dass wir uns im Wettbewerb gegen unsere Konkurrenten durchgesetzt haben.“

Umfassende Versorgungssicherheit

Durch den Zuwachs dezentraler Erzeugungsanlagen auf rund 260.000 im Bayernwerk-Netz und den damit verbundenen Anstieg des eingespeisten Stroms aus Erneuerbarer Energie stehe die Leistungsfähigkeit der regionalen Verteilnetze im Zuge der Energiewende vor zunehmenden Herausforderungen. „Die Grundlage einer umfassenden Versorgungssicherheit vor dem Hintergrund der Energiewende sind eine kontinuierliche Wartung und Instandhaltung, der Einsatz innovativer Technologien, ein moderner Netzbetrieb und die strukturelle Nähe zum Netz“, betonte Ursula Jekelius.

Hallbergmoos liegt im Zuständigkeitsbereich des Bayernwerk-Netzcenters Unterschleißheim. Zum Stromnetz der rund 9.000 Einwohner zählenden Kommune gehören Kabel und Leitungen im Nieder- und Mittelspannungsbereich in einer Länge von rund 140 beziehungsweise 45 Kilometern.

gende Möglichkeiten, mit der Beleuchtung ein ästhetisch gelungenes Erscheinungsbild in der ganzen Stadt entstehen zu lassen“, erklärt Anett Wagner, Produkt-Managerin bei Osram Lighting Solutions.

Osram hat die bisher bestehende Lichtstromnachführung erweitert und bietet mit der patentierten Version CLO 2.0 eine neue Generation des Konstantlichtstroms an. Diese verfügt über neue Berechnungsparameter und zahlt damit unmittelbar auf die Zuverlässigkeit und Lebensdauer der städtischen Beleuchtung ein. Die innovative Lösung berücksichtigt aktuelle und auch zurückliegende Umwelteinflüsse wie beispielsweise Wind und Temperatur.

Auf Basis dieser Einflussgrößen ist eine genauere Lichtstromnachführung möglich. Jederzeit wird das festgelegte Lichtstrompaket zuverlässig erreicht – unabhängig welche Witterungslagen vorliegen. Das maximiert die Energieeffizienz der Beleuchtung, senkt die Verbrauchskosten und erhöht die Lebensdauer.



Unser Bild zeigt Ersten Bürgermeister Harald Reents (l.), Ursula Jekelius, zuständige Leiterin für Kommunen und Kooperationen in Oberbayern beim Bayernwerk und Stefan Kronner, Gemeinderat und Leiter der Arbeitsgruppe Stromkonzession.

DL 50 LED:

Perfekt abgestimmte Lichtgestaltung

Die optimale Lichtgestaltung für innerstädtische Räume und Verkehrswege beruht auf einer hohen Funktionalität für unterschiedliche Anwendungen und einem harmonisch abgestimmten Gesamtbild. Hier öffnet die neue DL 50 LED Produktfamilie von Osram jetzt noch mehr Chancen für die Planung und Realisierung optisch überzeugender Lichtlösungen. Das System bietet hochwertige Leuchten mit einer konsequenten Designlinie.

Das aufeinander abgestimmte System der neuen DL 50 LED mit seiner einheitlichen Gestaltungslinie steht für verlässliche Lichtqualität und ein ansprechendes, städtisches Gesamtbild. Planung und Gestaltung von breiten Straßen bis hin zu Wohngebieten, Plätzen und Parks werden mit dem System deutlich einfacher: Die Produktfamilie umfasst Mastaufsatz- und Mastansatzleuchten ebenso wie Seilleuchten mit verschiedenen Lichtverteilungen und Lichtfarben sowie Steuerungsoptionen.

Neu im Produktportfolio ist ne-

ben der Seilleuchte für breite Straßen jetzt auch eine Seilleuchte für schmale Straßen. Das Design der DL 50 LED ist unverwechselbar: Es präsentiert sich dezent und zugleich charakteristisch in klassisch runder Form. Eine geringe Bauhöhe und die ausgewogenen Proportionen strahlen eine hohe ästhetische Qualität aus. Das kommt besonders bei der Kombination der Leuchten mit dekorativen Auslegern zur Geltung.

„Die Vielfalt der DL 50 LED Leuchtenfamilie bietet hervor-



Wir machen Bayern ...
e-mobil

Damit auch Bayerns Regionen Fahrt aufnehmen können, braucht es eine flächendeckende Ladeinfrastruktur. Für Kommunen sind wir der fachkundige Partner: von der Ladesäule über die Wartung bis zur Abrechnung. Sprechen Sie uns bitte an.

www.bayernwerk.de/elektromobilitaet

bayernwerk

Bayerische Architektenkammer:

Neue Beratungsstelle Energieeffizienz und Nachhaltigkeit

Ende vergangenen Jahres hat die Bayerische Architektenkammer die „Beratungsstelle Energieeffizienz und Nachhaltigkeit“ (BEN) ins Leben gerufen. Aktiv in München und Nürnberg, informiert die Stelle in kostenlosen, neutralen, fachübergreifenden und unabhängigen Erstberatungen die breite Öffentlichkeit über Themen der baulichen Energieeffizienz und Nachhaltigkeit. Ratsuchenden wie Architekten, Bauherren, Gemeinden und Verwaltungen wird eine fachübergreifende, neutrale und unabhängige Erstberatung zu den zentralen Themen der Energieeffizienz und Nachhaltigkeit angeboten.

Ein Schwerpunkt der BEN liegt in der Beratung von Kommunen zu energieeffizienten und nachhaltigen städtebaulichen und quartiersorientierten Konzepten, aber auch in der Sanierung oder dem Neubau von zukunftsfähigen öffentlichen Gebäuden. Der Gebäudebereich ist ein wichtiger Faktor beim Klimaschutz und bei der erfolgreichen Umsetzung der Energiewende. Etwa 30 Prozent der CO₂-Emissionen und sogar 35 Prozent des Endenergieverbrauchs in Deutschland entfallen auf diesen Bereich. Energieeffizienten Neubauten und energetischen Sanierungsmaßnahmen an Bestandsgebäuden kommt daher eine besondere Bedeutung zu. Allerdings muss auch die Wirtschaftlichkeit gewahrt bleiben,

gerade in Zeiten, in denen dringend mehr Investitionen in Wohnungsbau und -bestand benötigt werden. Um hier einen weiteren Beitrag zu leisten, unterstützt die Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Inneren, für Bau und Verkehr die Bayerische Architektenkammer beim Aufbau der Beratungsstelle.

Erstberatung

Die Vertreter der Kommunen können gerne mit ihren Anfragen oder Projektvorhaben an die BEN herantreten. In der Erstberatung können bereits übergeordnete und hilfreiche Aspekte zur Nachhaltigkeit und Energieeffizienz im baulichen Bereich aufgezeigt werden, aber auch Lösungen für projektbezo-

gene Detailfragen werden bereitgestellt.

Typische Fragestellungen und Beratungsleistungen können sein:

- Beantwortung von allgemeinen Fragen zur Energieeffizienz und Nachhaltigkeit unter baukultureller, technischer und ökonomischer Schwerpunktsetzung
- Fachliche Ersteinschätzung des Projektes bezogen auf relevante Anforderungen an Energieeffizienz und Nachhaltigkeit als Grundlage für weitere Planungen. Aufzeigen von Potentialen und Grenzen u.a.: Beratung zu zukunftsfähigen Siedlungs-, Raum- und Wohnkonzepten unter Berücksichtigung von Energieeffizienz, Barrierefreiheit, Sicherheit, Anpassungsfähigkeit und Flächenverbrauch; Erläuterung des typischen Prozessverlaufs bei Neu- oder Sanierungsplanungen auf Grundlage des gesamten Lebenszyklus; Beratung zur Wirtschaftlichkeit von Energieeffizienzmaßnahmen und zu Lebenszykluskosten; Erläuterung von bauphysikalischen und techni-

schon Rahmenbedingungen zur Behaglichkeit, zu technischen Qualitäten, wie beispielsweise Schallschutz, Lüftung, Wärmeschutz, etc.; Beratung zum Einsatz von erneuerbaren Energieträgern; Beratung und Erläuterung zu Vorteilen einer Ökobilanzierung.

Weitere Leistungen

Darüber hinaus werden eine fachübergreifende Beratung zu Fördermöglichkeiten, eine Beratung zur Baukonstruktion und Baustoffauswahl hinsichtlich gesundheitlicher, baubiologischer und energetischer Gesichtspunkte, eine Fachberatung zur Planung und Ausschreibung unter materialökologischen Gesichtspunkten, Beratungen zu Nachhaltigkeits-Zertifizierungen sowie die Vernetzung zu weiteren Akteuren und Ansprechpartnern angeboten.

Dauerhafter Mehrwert

Laut Christine Degenhart, Präsidentin der Bayerischen Architektenkammer, „berücksichtigt nachhaltige Architektur nicht nur heute bekannte Ziele und Anforderungen, sie schaut weiter in die Zukunft: Wertbeständigkeit, Instandhaltung, flexible Nutzung und qualitätvolle Gestaltung sichern Investitionen, schaffen Akzeptanz und dauerhaften Mehrwert.“ Gerade die Sanierung des Gebäudebestands sei eine zentrale Herausforderung der Zukunft.

Beratungstermine sind in München im Haus der Architektur in der Waisenhausstraße in der Regel jeweils am Donnerstag von 15.00 bis 17.00 Uhr, in Nürnberg jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat von 16.00 bis 18.00 Uhr. Die Beratungsstelle ist für jedermann offen, um Anmeldung zu den Terminen wird gebeten. Alle Termine und weitere Informationen sind der Homepage unter www.byak-ben.de zu entnehmen. **DK**

aus inhaltliche Anforderungsentwickelt hat, könnte sich die gesetzgeberische Zurückhaltung im Konfliktfall aber schnell als trügerische Freiheit erweisen.“

Offen bleibt vor allem, ob und wie eine Gemeinde ihren Willen zur Rekommunalisierung neben energiewirtschaftlichen Aspekten bei der Auswahlentscheidung berücksichtigen darf. Laut Gesetzesbegründung soll dies zwar der Fall sein – im allein ausschlaggebenden Gesetzestext hingegen herrscht beredtes Schweigen. Eines, immerhin, ist klar: die von kommunaler Seite gewünschte Möglichkeit zur schlichten „Inhouse“-Vergabe an ein gemeindliches Unternehmen bleibt weiterhin unzulässig.

Vom politischen Wunsch zur Rekommunalisierung bis zu seiner Realisierung bleibt es also auch künftig ein weiter Weg. „Ob die Neuregelungen wirklich die erhoffte Rechtssicherheit für alle Beteiligten zur Folge haben werden, bleibt angesichts dessen abzuwarten“, so Helmes abschließend. Quelle: www.sterr-koelln.com/news-downloads/gut-zu-wissen.

Sterr-Kölln & Partner mbB ist ein interdisziplinäres Beratungsunternehmen, das sich auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz spezialisiert hat. Das Team aus Wirtschaftsprüfern, Unternehmensberatern, Rechtsanwälten und Steuerberatern unterstützt Projektentwickler, Hersteller, Investoren, Banken, Kommunen sowie Stadtwerke dabei, ihre Zukunft nachhaltig zu gestalten. Standorte von Sterr-Kölln & Partner sind Freiburg, Berlin, Paris und Straßburg. **DK**

Niederbayerische Landräte:

Resolution gegen Atommüllendlager

Ihr jüngstes Treffen in Perlesreut (Landkreis Freyung-Grafenau) nahmen die niederbayerischen Landräte zum Anlass, gemeinsame Themen zu erörtern und Zielrichtungen abzustecken. Im Vordergrund stand die Verabschiedung einer Resolution zur Auswahl eines Endlagerstandorts für Atommüll.

Zunächst aber sprachen sich die niederbayerischen Landkreischefs unter Vorsitz des Passauer Landrats Franz Meyer beim Thema G8/G9 dafür aus, mit einer Entscheidung endlich kommunale Planungssicherheit herzustellen. Einhellig plädierten sie für das neunjährige Gymnasium im ländlichen Raum. Mit Blick auf die Flüchtlingsproblematik einigte man sich auf „mehr Ordnung im System“, um Anerkennung, Bleibeperspektiven, Integration oder auch Abschiebung konsequent verfolgen zu können.

Appell an die nationale Verantwortung

Erneut wandten sich die Landräte in Niederbayern klar gegen ein mögliches Atommüllendlager im Saldenburger Granit. In der verabschiedeten Resolution heißt es: „Als niederbayerische Landräte stellen wir uns der



Landrat Franz Meyer, niederbayerischer Bezirksvorsitzender des Bayerischen Landkreistages. **DK**

Verantwortung, dass ein Endlagerstandort für Atommüll gefunden werden muss. Zu dieser Verantwortung gehört es aber auch, dass wir uns mit möglichen Standorten in Niederbayern befassen, auf die damit verbundene Probleme deutlich hinweisen und eine allein sachlich ausgerichtete Standortentscheidung einfordern. Wir sehen uns in der Pflicht, an die nationale Verantwortung zu appellieren. Wir fordern daher, dass geologisch ungeeignete Standorte frühzeitig ausgeschlossen werden. Namentlich gilt dies jedenfalls für den Saldenburger Granit. Mit den bereits seit langem vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnissen zu diesem Standort haben wir uns intensiv auseinandergesetzt.“

Granit ungeeignet

Bereits im Jahr 2007 habe die Bundesanstalt für Geowissenschaften die Eignung von Granit für die Endlagerung radioaktiven Materials verneint. Dafür gebe es sehr gute Gründe, die auch heute noch unverändert gelten. Daher sei es vollkommen verständlich, „wenn in der aktuellen Endlagerdiskussion wissenschaftliche Ergebnisse, die bereits vorliegen, wieder beiseitegeschoben werden“.

„Der Granit im Bayerischen Wald ist zerklüftet, mit Trennflächen und beweglichen Spalten. Er ist deshalb teilweise undicht. Im Vergleich zu Salz und Ton hat er eindeutig die schlechtere Schutzwirkung. Er besitzt nicht einmal die notwendige geologi-

sche Barriere-Wirkung. Dies führt zu Gefahren für Mensch und Umwelt. Derart zerklüffeter Granit darf als Wirtsgestein für ein Endlager überhaupt nicht in Betracht kommen“, begründen die Landräte ihre Absage.

Bestmögliche Sicherheit

„Diese Gesichtspunkte dürfen auch bei der aktuellen Endlagerdiskussion nicht außen vor bleiben“, heißt es weiter. Die Entscheidung dürfe nur für denjenigen Standort fallen, an dem wirklich die bestmögliche Sicherheit für einen Zeitraum von einer Million Jahre gewährleistet ist. Immerhin entspreche die auch dem grundsätzlichen Postulat des Gesetzgebers.

Dies erfordere einen Standort, der ein Wirtsgestein mit vollständig einschusswirksamen Eigenschaften vorweisen kann. Der Bayerische Wald mit seinem Granitvorkommen sei insoweit völlig ungeeignet, da die Gesteine in zerklüftetem Zustand keine oder nur sehr geringe Rückhaltefunktionen für Radionuklide aufweisen.

„Politische Erwägungen dürfen nicht an Stelle einer sachlichen und wissenschaftlich tragfähigen Entscheidung treten. So darf es keine Rolle spielen, dass die unmittelbare Umgebung des Saldenburger Granits dünner besiedelt sein mag als manch anderer Standort. Erst recht darf nicht maßgeblich sein, dass ein großer Teil der Grundstücke in staatlichem Eigentum ist“, betonen die Landkreischefs. Auch der Umstand, wie viel Atomstrom in welchem Bundesland produziert werden, dürfe nicht entscheidungsmaßgeblich sein.

Forderungen an die Bundesregierung

Die niederbayerischen Landräte fordern daher die Bundesregierung auf,

- wirksam dafür Sorge zu tragen, dass die Entscheidung für einen Endlagerstandort ausschließlich aufgrund sachlicher Gesichtspunkte erfolgt und so tatsächlich die größtmögliche Sicherheit erreicht wird,
- bereits vorhandene wissenschaftliche Erkenntnisse zur geologischen Eignung von möglichen Endlagerstandorten dem aktuellen Auswahlverfahren zugrunde zu legen, insbesondere die Studie zur Endlagerung radioaktiver Stoffe in Deutschland der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe aus dem Jahr 2007,
- die schon danach ungeeigneten oder weniger geeigneten Standorte frühzeitig auszuschließen, insbesondere also auch den Saldenburger Granit,
- alle Endlagerkonzepte klar auszuschließen, bei denen der langzeitsichere Einschluss der radioaktiven Abfälle vollständig oder teilweise auf technischen Barrieren beruht, um Aufwand und Dauer der Standortsuche nicht unnötig zu erhöhen, damit Standortzwischenlager nicht zu faktischen Endlagern werden.

Wie Bezirksvorsitzender Franz Meyer unterstrich, „wollen wir deutlich machen, dass Niederbayern eine ausschließlich am Sicherheitsaspekt orientierte Standortsuche fordert. Eine willkürliche Standortentscheidung wird Niederbayern nicht hinnehmen.“ **DK**

Kommunen:

Konzessionsvergabe für Strom- und Gasnetzbetrieb neu geregelt

Neuregelung des Rechtsrahmens der örtlichen Wegenutzungsrechte für Strom und Gas soll Rechtssicherheit erhöhen

Am 3. Februar 2017 ist das „Gesetz zur Änderung der Vorschriften zur Vergabe von Wegenutzungsrechten zur leitungsgebundenen Energieversorgung“ in Kraft getreten. Hinter diesem sperrigen Titel verbergen sich neue rechtliche Rahmenbedingungen, die die Konzessionsvergabe für den Strom- und Gasnetzbetrieb präziser regeln. Für Kommunen und Energieversorgungsunternehmen ist das von erheblicher Bedeutung: In der Vergangenheit landeten viele Auswahlverfahren zur Klärung, wer in einer Gemeinde das Recht bekommt, das örtliche Versorgungsnetz zu betreiben, vor deutschen Gerichten.

„Die Neuregelung soll künftig die Rechtssicherheit erhöhen“, sagt Sebastian Helmes von der Beratungsgesellschaft Sterr-Kölln & Partner. „Allem voran wird nun erstmals gesetzlich die umstrittene Frage geklärt, welcher Netzpreis angemessen ist. Auch das Verfahren zur Ausschreibung der Wegenutzungsrechte ist jetzt ausdrücklich geregelt.“ So manche Frage bleibt jedoch weiterhin unklar.

Nur wer mit einer Kommune einen entsprechenden Vertrag über die Nutzung der Straßen und Wege abgeschlossen hat, darf ein örtliches Strom- oder Gasnetz betreiben. Der geeignetste Bewerber wird in einem diskriminierungsfreien und transparenten Auswahlverfahren ermittelt. Die im Allgemeinen schlicht als „Konzessionsverträge“ bezeichneten Vereinbarungen dürfen nach § 46 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) eine Laufzeit von 20 Jahren nicht übersteigen. So soll der Wettbewerb in diesem Sektor sichergestellt werden.

In ihrer Bedeutung sind diese Vereinbarungen nicht zu unterschätzen. Die damit erlösten Konzessionsabgaben stellen für die Kommunen eine signifikante Einnahmequelle dar. Aus Sicht der Netzbetreiber sind diese Verträge nicht weniger wichtig; schließlich verleihen sie ein exklusives Recht zum – meist lukrativen – Netzbetrieb vor Ort. Da verwundert es nicht, dass sich meist mehr als nur ein Unternehmen um die Konzessionsrechte bemüht. Weil zudem in vielen Kommunen der politische Wille herrscht, die Netze wieder

in die eigenen Hände zu nehmen, Stichwort Rekommunalisierung, sind Konflikte vorprogrammiert.

Recht schaffte bisher keine Sicherheit – das soll anders werden

Nicht einfacher machte es bislang die Rechtslage, die im Vergleich zu anderen Fragen des Energiewirtschaftsrechts nur recht rudimentär ausgestaltet gewesen ist. Die Folge: erhebliche Rechtunsicherheit bei den Beteiligten und eine Vielzahl gerichtlicher Auseinandersetzungen in den letzten Jahren. Bis zum Bundesgerichtshof und Bundesverfassungsgericht prozessierten manche Beteiligte. An dieser Stelle setzt die Gesetzesnovelle an – mit dem Ziel, die Rechtssicherheit zu erhöhen. „Mit ihr will der Gesetzgeber einige der wesentlichen Streitpunkte der letzten Jahre klären“, erklärt Sebastian Helmes. „Allem voran wird nun erstmals gesetzlich die umstrittene Frage geklärt, welcher Netzkaufpreis angemessen ist. Dies soll nach dem Willen des Gesetzgebers der objektivierte Ertragswert sein, wenn nichts anderes vereinbart worden ist.“

Den Schwerpunkt der Neuregelung bilden aber Verfahrensvorschriften, denen – angesichts des Diskriminierungsverbots und der vielen Beteiligten – eine ebenfalls nicht zu unterschätzende Bedeutung zukommt. „So ist das Verfahren zur Ausschreibung der Wegenutzungsrechte erstmals ausdrücklich gesetzlich geregelt“, so der Rechtsexperte von Sterr-Kölln

& Partner. „Es orientiert sich ersichtlich an dem Vergaberecht.“ Neu sind auch Regelungen zur Bekanntmachung, zur Interessenbekundungsfrist, zur Mitteilung der Auswahlkriterien sowie zur Vorabinformation unterlegener Bieter (§ 46 III bis V EnWG).

Ein Auskunftsanspruch der Gemeinde gegen den bisherigen Netzbetreiber ist nun ebenfalls ausdrücklich vorgesehen (§ 46a EnWG). Hinzu kommen Regelungen zu Rügeobliegenheiten unterlegener Bieter und zur Präklusion im Falle ihres Unterlassens (§ 47 EnWG).

In letzter Sekunde sind außerdem noch Regelungen dazu aufgenommen worden, ob die Neuregelungen auf derzeit laufende Verfahren anzuwenden ist (§ 180 XX EnWG). Hier hat die Kommune die Entscheidung in der Hand: sie kann entweder das Verfahren nach dem bisherigen Recht abschließen oder durch eine Rügeaufforderung an die beteiligten Bieter der neuen Rechtslage zur Anwendung verhelfen.

Manches nicht geklärt

Mindestens ebenso wichtig wie die dargestellten Neuregelungen ist allerdings auch, was in der Gesetzesnovelle nicht geregelt worden ist – und das, obwohl es in der Vergangenheit immer wieder Gegenstand gerichtlicher Auseinandersetzungen und politischer Diskussionen gewesen ist. Die Gesetzesnovelle enthält nämlich keine Klarstellung zu der Frage, welche Kriterien eine Gemeinde mit welchem Gewicht zugrunde legen darf.

„Ob dies die richtige Entscheidung ist, wird sich zeigen“, sagt Helmes. „Zwar lassen fehlende gesetzliche Vorgaben den Gemeinden natürlich mehr Spielraum. Weil die Rechtsprechung, allen voran der Bundesgerichtshof, aber durch-

Rüben als ertragsstarke Ergänzung in Biogasanlagen

Fruchtfolge, Akzeptanz in der Bevölkerung und EEG 2017 sprechen für Rübe als Substrat

Mit einem Fachgespräch zum Thema „Rübeneinsatz in Biogasanlagen“ informierte C.A.R.M.E.N. e.V. zusammen mit dem Fachverband Biogas e.V., der Südzucker AG und dem Verband Bayerischer Zuckerrübenanbauer e.V. in Mallersdorf über die Chancen und Herausforderungen beim Einsatz von Rüben in Biogasanlagen. Die Veranstaltung wurde durch die Besichtigung einer Biogasanlage, die Zuckerrüben als Substrat für die Energiegewinnung einsetzt, abgerundet.

Georg Friedl vom Fachverband Biogas e.V. begrüßte die interessierten Teilnehmer. Die Rübe sei für Landwirte und Betreiber von Biogasanlagen deshalb interessant, weil die Pflanze die Fruchtfolge auflockere. Außerdem müsse sich der Betreiber in Hinblick auf das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) 2017 und dem damit eingeführten Maisdeckel um alternative Substrate bemühen. Ziel der Veranstaltung sei es, die Herausforderungen beim Einsatz von Rüben aufzuzeigen, aber auch Lösungsansätze zu präsentieren.

Es gibt keinen Königsweg

Die Ertragsentwicklung von Rüben gehe kontinuierlich aufwärts, so Dr. Rudolf Apfelbeck vom Verband Bayerischer Zuckerrübenanbauer e.V. Die Rübe bestehe zu großen Teilen aus leicht umsetzbaren Stoffen, wodurch sie für die Nutzung in Biogasanlagen sehr gut geeignet sei. Beim Einsatz als Energiepflanze müsse jedoch auch auf die Sorte geachtet werden. So sei die Zuckerrübe in Hinblick auf den Methanertrag der Futterrübe deutlich überlegen. Bei der Ernte sei es wichtig, möglichst viel Rübentrockenmasse zu erhalten. Dies bedeute, dass das Blatt am Scheitelpunkt der Rübe abzuschleppen sei.

„Es gibt nicht den einen Königsweg, wenn es um die Rübenaufbereitung geht“, betonte Sebastian Schaffner von KWS SAAT SE. Bundesweit seien 2016/17 in etwa 40.000 Hektar Rüben in Biogasanlagen eingesetzt worden. Dies entspreche jeder zehnten Rübe. Bei der Gasbildung erreiche die Rübe in nur fünf Tagen 90 Prozent ihres Potenzials. Der Mais benötige im Vergleich 16 Tage dafür. Ist noch Erde an der Frucht, stelle dies für den Fermentationspro-

zess kein Problem dar, da diese mit dem Wasser abfließe. Für Anlagen gebe es verschiedene Variationen von Rübenkonzepten, so Schaffner. Um schwer vergärbare Substrate zu veräußern, zur Leistungssteigerung oder für einen flexiblen Anlagenbetrieb. Die Rübe sei kein Grundsubstrat, könne aber die ertragsstärkste Ergänzung sein.

Die Wirtschaftlichkeit von Rüben in Biogasanlagen untersuchte Falko Stockmann von C.A.R.M.E.N. e.V. anhand verschiedener Beispielrechnungen. Zu Beginn zeigte Stockmann die Chancen und Risiken auf. Für die Rübe spreche eine schnellere Vergärung, die Möglichkeit der Zumischung zu faserigen Substraten und eine kurze Verweilzeit im Fermenter. Herausforderungen stellen die Einbringungstechnik, also die Zerkleinerung und die Biologie im Fermenter dar. Außerdem benötige die Rübe bei der Lagerung viel Platz.

Effizienter Einsatz

Stockmann errechnete anhand einer 500 Kilowatt Biogasanlage, welche Menge Rüben benötigt werden, wie sich der Flächenbedarf verändert und welche Einnahmen-Kostenstruktur dabei entsteht. Tatsache sei, dass die Rübe mehr koste als der Silomais. Der Methanertrag der beiden Pflanzen sei ähnlich, jedoch habe die Rübe einen geringeren Trockensubstrat-Gehalt. Allerdings, betonte Stockmann, seien die Berechnungen abhängig zu machen von der jeweiligen Kostenstruktur. Damit könne die Rübe, unter Berücksichtigung des Maispreises, durchaus als Ersatz effizient eingesetzt werden.

Markus Klein stellte den Teilnehmern die Rahmenbedingungen für den Einsatz von Zuckerrüben in Biogasanlagen über die Südzucker AG vor. Da-

bei werde vor allem auf die Optimierung der Transportwege geachtet. Dies bedeute, dass Rüben im Nahbereich von der Fabrik zur Zuckerverarbeitung genutzt werden. Rüben aus weiter entfernten Bereichen werden in Biogasanlagen, welche näher liegen, eingesetzt. Für Rübenanbauer, welche in Biogasanlagen liefern, bestehen geänderte

Umweltschonend mit Bio-Erdgas unterwegs:

Erdgas-Busflotte ausgezeichnet

Stadtwerke Augsburg erhalten „Internationalen Busplaner Nachhaltigkeitspreis 2017“

Als positives Beispiel für die Verringerung von Feinstaub, Stickoxiden und Kohlendioxid sind die Stadtwerke Augsburg (swa) mit dem „Internationalen Busplaner Nachhaltigkeitspreis 2017“ ausgezeichnet worden. Die Fachzeitschrift Busplaner des Huss-Verlages würdigt damit den Einsatz von Erdgasbussen mit regenerativem Bio-Erdgas (CNG) in Augsburg.

Unsere Fahrgäste können sicher sein, dass sie mit unseren Bussen umweltbewusst unterwegs sind“, freut sich swa-Geschäftsführer Dr. Walter Casazza über die Auszeichnung. So tragen die swa-Fahrzeuge zu dem derzeit hohen Feinstaubwert in der Stadt nichts bei. „Feinstaub ist bei Erdgaskraftstoff kein Thema“, so Casazza.

Seit 2011 wird die gesamte Busflotte der swa mit Bio-Erdgas aus agrarischen Abfällen angetrieben. Damit sind alle 91 Busse der swa CO₂-neutral unterwegs. Gegenüber Diesel entstehen auch rund 95 Prozent weniger Stickoxide und nahezu keine Rußpartikel. „Wir setzen seit langem auf nachhaltiges Wirtschaften in allen Geschäftsfeldern, Energie, Wasser und Verkehr“, so swa-Geschäftsführer Alfred Müllner. „Diese Nachhaltigkeit im Busbereich wollen wir als beispielgebend auszeichnen“, erklärt Julia Lenhardt von der Redaktion Busplaner.

Sonderkategorie

Den Internationalen Busplaner Nachhaltigkeitspreis 2017 erhalten in diesem Jahr 13 Unternehmen aus der Bus- und Touristikbranche für ihre außerordentlichen Leistungen im Bereich Nachhaltigkeit. Der Preis wird 2017 zum dritten Mal verliehen und zum zweiten Mal auch in der Sonderkategorie „Busunternehmen mit nachhaltigem Management“. In dieser Kategorie belegen die Stadtwerke Augsburg im Bereich „Öffentlicher Sektor“ den ersten Platz vor der Hamburger Hochbahn und den Kölner Verkehrsbetrieben.

Modellstadt Augsburg

Seit 1995 sind die swa Vorreiter bei alternativen Antrieben im öffentlichen Nahverkehr. Dementsprechend wurde die Stadtwerke Augsburg Modellstadt für den Einsatz von Erdgas (CNG) als Kraftstoff. Nach und nach wurde die Busflotte auf Erdgasantrieb umgestellt. Seit 2010 werden alle Fahrzeuge mit CNG betrieben. Im vergangenen Jahr wurden 23 neue Mercedes Citaro Erdgasbusse mit einem völlig neu entwickelten Motor in Betrieb genommen. Dieser ist gegenüber bisherigen Erdgasmotoren noch sparsamer und umwelt-schonender.

„Dass Bio-Erdgas als Kraft-

stoff auch eine Antriebsform für die Zukunft ist, zeigen uns die vielen Informationsbesuche anderer Verkehrsunternehmen in Augsburg und zahlreichen Einladungen für Vorträge in ganz Europa“, so Casazza. In der Gesamtbilanz sei Bio-Erdgas in den nächsten Jahrzehnten unschlagbar – auch nicht von elektrobetriebenen Bussen.

Rahmenbedingungen, wie den Wegfall des Kopfabzuges, da die gesamte Frucht in der Biogasanlage genutzt wird. „Wir müssen vielfältig anbauen“, betonte Xaver Zirngibl, Betreiber einer Biogasanlage mit Rübeneinsatz, bei der abschließenden Besichtigung. Die Zuckerrübe sei dafür eine gute Pflanze. Zirngibl nutzte die Rübe 2011 zum ersten Mal als Energiepflanze. Für ihn sprechen vor allem die Auflockerung der Fruchtfolge und auch die Akzeptanz in der Gesellschaft für den Einsatz von Zuckerrüben. Im Rahmen der Besichtigung konnten die Teilnehmer zahlreiche Fragen zur Praxis an Zirngibl richten.

Neuausrichtung gegen Branchentrends stärkt Kerngeschäft

Bayerngas Energy nutzt Marktchancen im Großkundengeschäft und steigert Gasabsatz um rund fünf Prozent

Der Bayerngas-Konzern hatte sich 2016 neu formiert. Die Vertriebs- und Handelstochter wurden zur Bayerngas Energy GmbH fusioniert, das Großkundengeschäft gestärkt und der Konzernüberbau neu strukturiert. Das Unternehmen stellte sich damit durchaus gegen Branchentrends.

Auf der E-world in Essen gab Bayerngas den Gasabsatz für 2016 bekannt. Demnach hat die Bayerngas Energy GmbH im abgelaufenen Geschäftsjahr ihren Gasabsatz um rund fünf Prozent auf ca. 98 Terrawattstunden gesteigert (2015: 93,5 TWh). Das Wachstum kommt nach Aussage des Unternehmens aus dem Kerngeschäft und betrifft alle Kundengruppen: Stadtwerke und Regionalversorger sowie Industriekunden. „Wir sind der Spezialist für den Großkundenvertrieb. Die Neustrukturierung hat uns den Raum gegeben, den wir für die Entwicklung des Geschäfts mit anspruchsvollen Kunden benötigen“, sagt Günter Bauer, Geschäftsführer der Muttergesellschaft Bayerngas GmbH.

Keine Erfindung der Bayerngas ist die Abkehr von der reinen Commodity-Betrachtung des Geschäfts: Energiewirtschaftliche Dienstleistungen, wie sie die Bayerngas anbietet, sind ein Zukunftstrend der Branche. Die Interpretation der Rolle von Dienstleistungen folgt beim Münchner Großkundenspezialisten jedoch seiner klaren Kundenfokussierung.

„Alle unsere Anstrengungen lagen 2016 auf der Stärkung der kundennahen Einheiten, der persönlichen Kundenbetreuung und dem Kundenverständnis“, beschreibt Dr. Thomas Rupprich, Geschäftsführer der Bayerngas Energy GmbH die Neuausrichtung. „Selbst unsere hochwertigen digitalen Dienstleistungen treten dort in den Hintergrund und haben eine reine Unterstützungsfunktion, wo der persönliche Kontakt für ein komplexes und trotzdem temporeiches Umfeld notwendig ist. Somit wird aus unseren Dienstleistungen selbst kein Commodity. Das ist unser Anspruch“, so Rupprich weiter. Die Geschäftszahlen 2016 veröffentlicht das Unternehmen voraussichtlich im zweiten Quartal 2017.

Grüne Welle für Erdgas-Autos:

Steuerermäßigung für Erdgas als Kraftstoff

Sauberer Fahrspaß: Die Steuerermäßigung für Erdgas als Kraftstoff (CNG) wird bis zum Jahr 2026 verlängert. Dies hat das Bundeskabinett beschlossen. Erdgas als sauberer, sicherer und in Form von Bio-Erdgas erneuerbarer Kraftstoff bekommt damit offiziell Rückenwind. Die Bundesregierung folgt damit Empfehlungen aus Wissenschaft und Umweltverbänden. Erdgas schwaben setzt schon lange auf einen umweltschonenden Fuhrpark: Mehr als 80 Prozent der firmeneigenen Fahrzeuge fahren mit Erdgas.

„Die Entscheidung, die Steuerermäßigung für Erdgas zu verlängern, ist umweltpolitisch absolut sinnvoll“, erklärte Timm Kehler, Vorstand der Initiative Zukunft Erdgas. Denn: „Erdgas als Kraftstoff emittiert deutlich weniger CO₂ als Benzin, auch mit Blick auf Stickoxide und Feinstaub ist Erdgas umweltfreundlich. Durch die Steuerermäßigung ist Erdgas nicht nur sauber, sondern auch günstig. Das macht es zu einer echten Alternative zu Benzin und Diesel.“

Bis zu 50 Prozent Spritkosten lassen sich sparen. Durch den höheren Energiegehalt kommt der Fahrer eines Erdgas-Autos mit einer Tankfüllung mindes-

tens anderthalbmal so weit wie der eines Benziners.

Entlastung des Klimas

Ausschlaggebend für die Fortschreibung der Steuerermäßigung war das Potenzial, CNG zu 100 Prozent regenerativ zu erzeugen. Sowohl durch die Nutzung von Bio-Erdgas als auch mit Hilfe der Power-to-Gas-Technologie, die aus überschüssigem Ökostrom Bio-Erdgas erzeugt, kann vollständig CO₂-neutrales Erdgas erzeugt werden. Bereits heute besteht CNG bundesweit im Schnitt zu einem Fünftel aus Bio-Erdgas und trägt so zur Entlastung des Klimas bei.

Der stärkste Energiemix

Erdgas // Bio-Erdgas
Strom // Bio-Strom

Geld sparen, Klima schonen – unser Mix macht's möglich

erdgas schwaben
Wir sind da, wo unsere Kunden sind

www.erdgas-schwaben.de

Bayerische Elektrizitätswerke GmbH:

Kies für die Iller: Start des Projekts ISOBEL

Erprobung neuer Verfahren im Geschiebemanagement
Vorhaben ist Teil der Iller-Strategie 2020

Prominenter Besuch an der Iller. Die Bayerische Umweltministerin Ulrike Scharf gab den Startschuss für ISOBEL – ein Pilotprojekt mit europaweitem Vorbildcharakter. Im Mittelpunkt des Projekts steht ein zielgerichtetes Geschiebemanagement, um geeignete Gewässerstrukturen und neue Lebensräume für Fische und Kleinlebewesen zu schaffen. Die Bayerische Elektrizitätswerke GmbH (BEW) testet dazu gemeinsam mit der Universität Augsburg, dem Aueninstitut Neuburg und dem Fischereiverband Schwaben e.V. in den nächsten drei Jahren an mehreren Abschnitten verschiedene Verfahren, gezielt Kies in den Fluss einzubringen.

Das Projekt ISOBEL (Integrated Solutions for BED Load management) läuft bis Ende 2019 und wird von LIFE, einem Förderprogramm der EU für Umwelt, Naturschutz und Klimapolitik, gefördert. Es ist bayernweit das einzige Projekt im Bereich LIFE-Umwelt, das im Antragsjahr 2015 genehmigt wurde. Die Gesamtkosten für das Vorhaben belaufen sich auf rund 1,8 Millionen Euro. Die EU fördert alle Maßnahmen mit 60 Prozent.

Verbesserte Lebensqualität

Die Bayerische Umweltministerin Ulrike Scharf betonte zum Projektstart: „Wir gehen mit dem LIFE-Projekt ISOBEL neue Wege bei der Renaturierung der Iller. Mit dem neuen Projekt wird die Lebensqualität an der Iller nachhaltig verbessert. Es zeigt auch: Eine klimafreundliche Energiegewinnung aus der Wasserkraft kann im Einklang mit der Ökologie unserer Flüsse erfolgen. Dafür arbeiten Staatsregierung und Wirtschaft Hand in Hand.“

Im Rahmen einer Vereinbarung zwischen dem Bayerischen Umweltministerium und BEW aus dem Jahr 2014 – der

Iller-Strategie 2020 – wurden an der Oberen Iller zwischen Altusried und Lautrach in den vergangenen Jahren bereits zahlreiche ökologische Maßnahmen umgesetzt. So können Fische die Obere Iller zwischen Lautrach und Altusried wieder auf 30 Kilometer durchwandern. Dafür sind an den Staustufen naturnahe Umgehungsbaue entstanden. Sie ermöglichen den Fischen nicht nur das Wandern im Fluss, sondern stellen selbst wertvolle Lebensräume dar.

Um den Fischschutz weiter zu verbessern, wurden außerdem neue engmaschige Rechen an den Turbineneinlässen der Kraftwerke angebracht. Das Geschiebemanagement ist eine weitere Maßnahme der Iller-Strategie, die nun mit dem Projekt ISOBEL umgesetzt wird.

Erfolgskriterien

„ISOBEL ist ein weiteres wegweisendes Projekt, das zeigt, wie wir die nachhaltige Wasserkraft mit neuen Ideen und Konzepten voranbringen“, betont Norbert Schürmann, LEW-Vorstandsmitglied. „Der partnerschaftliche Ansatz und

die gute Zusammenarbeit mit allen Beteiligten sind dabei entscheidende Erfolgskriterien. Das belegen die bisher realisierten erfolgreichen Maßnahmen an der Iller eindrucksvoll.“

Als Geschiebe werden Feststoffe, wie beispielsweise Steine, bezeichnet, die jeder Fluss mit sich führt. Ist der Geschiebetransport etwa durch Staustufen beeinträchtigt, verändern sich Gewässerstrukturen und damit die Lebensräume für Fische und Kleinlebewesen. Fische finden zum Beispiel weniger Möglichkeiten zum Laichen, was sich wiederum auf den Fischbestand auswirkt.

Unterschiedliche Verfahren

Das neue Projekt setzt genau hier an: Durch das gezielte Einbringen von Kies soll der Lebensraum im Fluss verbessert werden. An den vier Illerstaustrufen Altusried, Fluhmühle, Legau und Maria Steinbach erproben die Projektpartner in der ersten Projektphase auf einer Länge von je 200 Meter dazu unterschiedliche Verfahren. So wird zum Beispiel Kies in Kombination mit Buhnen oder großflächig in der Flussmitte eingebracht.

Evaluierte Maßnahmen

An anderen geeigneten Stellen bauen die Projektpartner die Uferbefestigungen gezielt zurück und fördern damit die eigenständige naturnahe Entwicklung der Ufer. Die durchgeführten Maßnahmen werden dabei intensiv evaluiert und auf ihre

Wirkung hin überprüft. Ziel des Pilotprojekts ist es, Handlungsempfehlungen für das Geschiebemanagement zu entwickeln, die vor allem im Donaueinzugsgebiet und in Europa umgesetzt werden können.

Die Verbesserung des ökologischen Potenzials der europäischen Gewässer ist ein zentrales Ziel der EU-Wasserrahmenrichtlinie aus dem Jahr 2000. Darauf aufbauend haben vor zehn Jahren die Bayerische Staatsregierung und die führenden Wasserkraftbetreiber ein Eckpunktepapier für eine nachhaltige Wasserkraftnutzung in Bayern vorgelegt. Seitdem sind zahlreiche Programme und Projekte an bayerischen Flüssen angestoßen und umgesetzt worden, unter anderem die 2014 vereinbarte Iller-Strategie 2020. □



Ministerialdirigent Rudolf Escheu, Bayerisches Wirtschaftsministerium, LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann, Umweltministerin Ulrike Scharf und BEW-Geschäftsführer Prof. Dr. Frank Pöhler (von links) starteten das Projekt ISOBEL an der Staustufe Legau. Bild: LEW / Heidi Sanz

AEE-Publikation zur kommunalen Wärmeplanung:

Die Wärmewende strategisch forcieren

Ohne Wärmewende wird die Energiewende in Deutschland nicht gelingen. Mit der Informationsbroschüre der Agentur für Erneuerbare Energien (AEE) zum Thema „Die kommunale Wärmeplanung“ erhalten Bürgermeister, Gemeinderäte und Klimaschutzmanager nunmehr eine wertvolle Orientierung, wie sie die Wärmewende strategisch voranbringen können.

„Eine integrierte, umfassende Wärmewende für ganze Stadtteile oder für die gesamte Gemeinde ist effizienter und effektiver als die Summe isolierter Einzelmaßnahmen der Hauseigentümer“, erklärt Philipp Vohrer, Geschäftsführer der AEE. Doch die Aufgabe für kommunale Entscheidungsträger, bei der Umstellung auf eine klimaschonende Wärmeversorgung die richtige Wahl der Technologien zu treffen und eine passende Kombination der Maßnahmen zu finden, ist äußerst komplex: Wo sollen Wärmenetze verlegt und wo Einzelheizungen installiert werden? Will die Gemeinde auf Biomasse, Wärmepumpen oder Sonnenenergie – oder eine Kombination aus mehreren Technologien – setzen? Und die Wahl der Wärmetechnologie muss schließlich mit Effizienzmaßnahmen sinnvoll in Einklang gebracht werden. „Der kommunale Wärmeplan ist das geeignete Mittel, diese vielen Puzzleteile der Wärmewende zu einem stimmigen Ganzen zusammenzufügen“, so Vohrer.

Die Publikation beschreibt u.a. mithilfe von Good-Practice-Beispielen aus Deutschland und Dänemark, welche Vorteile sich für Gemeinden ergeben. Die Broschüre aus der AEE-Publikationsreihe Renew's Spezial gibt einen ersten Überblick, wie Kommunen die Planungen umsetzen können.

Beispiel Klimaschutzteilkonzept Wärme der Kommune Lambsheim-Hessheim (Rheinland-Pfalz): Die Gemeinde verfügt über keine günstigen Voraussetzungen für ein Biomasse-Wärmenetz. Sie ist ländlich strukturiert und es mangelt deshalb an industriellen Großverbrauchern als Wärmesenken. Zugleich fehlen aber auch große Waldgebiete und Landwirtschaftsflächen. Die erforderliche Wärmedichte für die für einen Wärmenetzanschluss in Frage kommenden Gebiete wurde zudem sehr hoch angesetzt. Dennoch erwies sich in der Potenzialanalyse ein Wärmenetz, das aus einem Holzhackschnitzelheizwerk gespeist wird, als wirtschaftlich attraktive Lösung.

Beispiel Klimaschutzteilkonzept Wärme des Landkreises Groß-Gerau (Hessen): Der Landkreis mit rund 256.000 Einwohnern hat sich das Ziel gesetzt, den CO₂-Ausstoß bis

despolitisch sind kommunale Wärmepläne interessant, da sich Ziele, Potenziale und Maßnahmen zu überregionalen Plänen zusammenfassen lassen.“

Zwar sei der Umbau der Wärmeversorgung hin zu Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz mit erheblichen Investitionen verbunden, doch rechtfertigten die Vorteile finanziellen und organisatorischen Aufwand, heißt es weiter. Die Nutzung heimischer Energieträger wie Holz, Stroh und anderer nachwachsender Rohstoffe Sorge dafür, dass die Energieausgaben nicht aus der Kommune ab-, sondern in den lokalen Wirtschaftskreislauf zurückfließen. Die Investitionen in neue Anlagen und Netze stärke die lokale Wirtschaft mit neuen Arbeitsplätzen. Erneuerbare Energien hielten die Wärmepreise stabil und machten sie langfristig kalkulierbar, im Gegensatz zu den unberechenbaren fossilen Energiepreisen. Eine zentrale Wärmeversorgung über Wärmenetze senke gegenüber Einzelfeuerungsanlagen die Schadstoffemissionen und erhöhe die Lebensqualität.

Aber nicht nur die Bürger und Kommunen vor Ort profitierten von Wärmenetzen, sondern auch die Energiewende insgesamt. Nur in Wärmenetzen könnten alle Erneuerbare-Wärmetechnologien optimal aufeinander abgestimmt werden. Biomasse-Heiz(kraft)werke ließen sich mit Solarthermie, Wärmepumpen, Geothermie und anderen Technologien wie Power-to-Heat kombinieren.

Noch stehe die kommunale Wärmeplanung in Deutschland erst am Anfang und es gebe noch kaum Beispiele von Kommunen, die eine umfassende Wärmeplanung Schritt für Schritt bis zur erfolgreichen Umsetzung vollzogen haben. Dänemark sei hier schon viele Schritte voraus.

„Kommunale Wärmeplanung ist Pflicht, nicht Kür. Das schlägt sich schließlich in einem deutlich höheren Anteil der Fernwärme am Endenergieverbrauch sowie der Erneuerbaren Energien an der Fernwärmeversorgung nieder. Auch bei der Integration von Solarthermie in Wärmenetze und saisonale Wärmespeicher können sich deutsche Kommunen am Vorbild Dänemark orientieren“, heißt es abschließend.

Die Publikation kann unter www.unendlich-viel-energie.de/shop als kostenloses Druckexemplar bestellt oder heruntergeladen werden. Ein Erklärvideo zeigt die wichtigsten Schritte zum kommunalen Wärmeplan. **DK**

TV BAYERN ★

LIVE

Ganz Bayern in 60 Minuten.



Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns.
Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region








* **Ab jetzt immer samstags** von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter:
www.tvbayernlive.de

KKW Gundremmingen soll grüne Wiese werden

Im Verfahren zum Abbau des Kernkraftwerks Gundremmingen findet ab 28. März 2017 ein Erörterungstermin in Gundremmingen statt. Nach der eingehenden Erörterung der Einwendungen und intensiver behördlicher und gutachterlicher Prüfung des Abbaubehringens wird entschieden, unter welchen Voraussetzungen dem Antrag entsprochen werden kann. Am Genehmigungsverfahren ist auch das Bundesumweltministerium beteiligt. Wird die beantragte Genehmigung erteilt, kann das Kernkraftwerk zügig abgebaut werden.

Das bekräftigte die Bayerische Umweltministerin Ulrike Scharf anlässlich des jetzt festgelegten Erörterungstermins. „Der anstehende Erörterungstermin ist ein wichtiges Element, um im gesamten Verfahren für Transparenz zu sorgen. In Gundremmingen soll wieder eine grüne Wiese entstehen. Der Abbau wird von den Aufsichtsbehörden genauso intensiv und sorgfältig beaufsichtigt wie der laufende Betrieb. Die Sicherheit von Mensch und Umwelt steht an erster Stelle“, so Scharf.

Die aufsichtliche Überwachung der Strahlenschutzmaßnahmen

beim Abbau des Kernkraftwerks übernimmt das Kompetenzzentrum Strahlenschutz des Landesamts für Umwelt. Das Kompetenzzentrum wird die Strahlenschutzmaßnahmen mit engmaschigen Kontrollen vor Ort und im Labor begleiten.

Die aus der Überwachung des Leistungsbetriebs vorhandenen und bewährten Konzepte werden auch beim Abbau eingesetzt. Ein Schwerpunkt liegt in der Überwachung des Freigabeverfahrens: Alle Anlagenteile, die abgebaut werden, müssen entweder freigegeben und freigegeben oder sicher entsorgt werden. □

Thüga Smartservice GmbH

Für Smart Meter Gateway Administration zertifiziert

Die Thüga SmartService GmbH (SmartService) hat durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) die Zertifizierung für die Dienstleistung der Smart Meter Gateway Administration (SMGWA) erhalten. Die Zertifizierung erfolgt nach ISO 27001 auf Basis IT-Grundschutz. Ein SMGWA konfiguriert und betreibt das Gateway, die Kommunikationsvorrichtung des intelligenten Messsystems. In dieser wird definiert, wem das Gateway die Daten zur Verfügung stellt.

Bei der Übergabe des Zertifikates durch Thomas Gast, Fachbereichsleiter D 1, führte dieser aus: „Mit der Zertifizierung des Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) bei der SmartService wird ein weiterer wichtiger Baustein auf dem Weg zum sicheren intelligenten Messsystem gelegt. Die Vorgaben des Messstellenbetriebgesetzes und die dazu mit der Branche erarbeiteten und definierten Anforderungen der TR-03109-6 an einen SMGWA werden im Rahmen der Dienstleistung durch die SmartService für den Markt bereitgestellt. Damit gibt es mehrere unabhängige Dienstleister, die verschiedenen umfangreiche Dienstleistungen für die SMGWA anbieten.“

Grundsätzlich sind Messstellenbetreiber (MSB), die die Aufgabe der SMGWA übernehmen wollen, in der Pflicht ein eigenes Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS) zu etablieren und zertifizieren zu lassen. Diese Pflicht kann entfallen, wenn der MSB die SmartService beauftragt und diese den Betrieb des ISMS übernimmt. Über vertragliche Re-

gelungen wird die Einhaltung von Sicherheitsmaßnahmen gewährleistet, die die SmartService für den jeweiligen Messstellenbetreiber konzipiert und deren Umsetzung stichprobenartig prüft.

Peter Hornfischer, Geschäftsführer der Thüga SmartService, zeigt sich erfreut: „Mit unserer Entscheidung für den IT Grundschutz des BSI haben wir uns vor über zwei Jahren für den richtigen Weg entschieden. Davon profitieren jetzt unsere zahlreichen Kunden. Diese ersparen die zeit- und kostenintensiven Erst- und Folgezertifizierungen eines eigenen ISMS.“ Michael Riechel, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Thüga SmartService und Vorsitzender des Vorstandes der Thüga Aktiengesellschaft, unterstreicht die Bedeutung der Zertifizierung durch das BSI: „Der hohe Standard des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik bescheinigt, dass SmartService die höchsten Anforderungen an die Informationssicherheit erfüllt. Das sind die Kunden der Thüga SmartService auch wiederum ihren Kunden schuldig.“ □



Positive Resonanz bei den Forumsteilnehmern in Warngau. □

Umrüstung auf LED Straßenleuchten:

Gemeinde Warngau nutzt den freien Wettbewerb

Mehr als 25 Teilnehmer, überwiegend aus oberbayerischen Kommunen informierten sich anhand des Warngau-Modells darüber, welche Vorteile eine „Umrüstung streng nach Vergaberecht“ bringen kann. Im Mittelpunkt stand dabei auch die Aufforderung an die Rathäuser zur Schaffung von mehr Wettbewerb gezielt Anbieter aus dem Mittelstand einzubinden.

Dass auch bei einfachen Sanierungsmaßnahmen, trotz eines bestehenden Vertrages über die Straßenbeleuchtung, eine regelmäßige Ausschreibungspflicht für Kommunen besteht, war zentraler Gegenstand des Experten-Meetings in der Gemeinde Warngau. Organisiert wurde das Forum nach der ersten erfolgreichen Veranstaltung im November 2016 erneut durch den Bundesverband Straßenbeleuchtung und Infrastruktur für den öffentlichen Sektor - BVSI. Die eingeladenen Fachleute zeigten praxisnah auf, wie Straßenleuchten im freien Wettbewerb zeitnah, vollständig und vor allem haushaltsneutral umgerüstet werden können. Denn auch ohne eigene Mittel können die Kommunen dazu beitragen, die Energiewende in Bayern Wirklichkeit werden zu lassen.

BVSI Vorstand Andreas Kleiner führte in seinem Referat an, dass viele Kommunen bei der Umrüstung ihrer Straßenbeleuchtung oft durch mangelnde technische, rechtliche, organisatorische oder wirtschaftliche Kenntnisse gebremst werden. Und das obwohl der Umstieg auf LED-Technik die Energieverbräuche, CO₂-Emissionen und Kosten zumeist um 60 Prozent und mehr reduziert. Während auf der kommunalen Seite personelle und zeitliche Ressourcen zur Planung und Umsetzung entsprechender Maßnahmen oft eher knapp sind, kommt es bei den aktuellen Vertragspartnern, meist überregionalen Energieversorger, häufig zur Blockade-Politik. Da die Umstellung auf LED-Technik deren wirtschaftlichen In-

teressen entgegensteht, werden Abhängigkeiten und fehlende Vertragskenntnis oftmals ausgenutzt, besonders hinsichtlich der tatsächlichen Eigentumsverhältnisse der Straßenbeleuchtungsanlagen. Was in vielen Fällen dazu führt, bestehende Straßenbeleuchtungs-Verträge unter Umgehung der existierenden gesetzlichen Ausschreibungsvorschriften leichtfertig einfach zu erweitern.

Am Beispiel der Gemeinde Warngau zeigte WiRE Geschäftsführer Martin Reh als verantwortlicher Projektentwickler auf, wie trotz dieser Hindernisse eine gesamtheitliche Umrüstung auf LED-Technik in einer einzigen Sanierungsmaßnahme dennoch gelingen kann. Trotz eines bestehenden und noch laufenden Straßenbeleuchtungsvertrages einhergehend mit intensivem, langjährigem Widerstand des aktuellen Betreibers, einem überregionalen Energiekonzern. Der Vergaberechtersperte Stephan Boettger erläuterte, wie die nach Vergaberecht eindeutig geforderte, regionale Mittelstandsförderung erfüllt wurde. Dies geschah in einem freien Wettbewerb der Bieter und dank der Beteiligung des deutschen Finanzierungsunternehmens VET ganz ohne den Einsatz eigener Haushaltsmittel.

Als Abrundung konnten sich interessierte Gemeindevertreter bei einer Besichtigung der neu installierten LED Leuchten des Qualitätsherstellers ATON auch ein Bild von der professionellen Umrüstung durch die Fachleute von Hörmann KN in Warngau machen. **Rüdiger Lehmann**

BEG-Qualitätsranking 2016:

Bayerischer Regionalverkehr legt deutlich zu

Saubere Züge, hilfreiche Fahrgastinformationen und eine hohe Serviceorientierung sind wesentliche Kriterien, die mit darüber entscheiden, wie die Fahrgäste das Angebot im bayerischen Regionalverkehr annehmen. Das Qualitätsranking der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG), die den Regional- und S-Bahn-Verkehr in Bayern im Auftrag des Freistaats plant, finanziert und kontrolliert, gibt Auskunft über das Qualitätsniveau auf Bayerns Schienen. Das jetzt veröffentlichte Jahresranking für 2016 - www.beg-qualitaetsranking.de - zeigt: Die Qualität der Verkehrsleistungen steigt.

Die Eisenbahnverkehrsunternehmen erhalten von der BEG einen finanziellen Bonus oder müssen einen Malus zahlen – je nachdem wie sie die Qualitätsanforderungen erfüllen. Dieses Anreizsystem zeigt Wirkung: 24 von den insgesamt 28 Netzen in Bayern, das entspricht über 85 Prozent der Netze, fahren im Bonusbereich (2015: 15 von 27); acht Netze erreichen mehr als 50 Punkte auf einer Skala von -100 bis +100 Punkten (Vorjahr: fünf). 23 von 28 Netzen verbessern ihre Punktzahl. Keines der 28 Netze, bei denen die BEG anhand von standardisierten Verfahren und einheitlichen Kriterien die Qualität kontinuierlich überprüft, ist vom Bonus- in den Malusbereich gerutscht. Nur noch vier Netze sind auf der Punkteskala im negativen Bereich, 2015 waren es noch 12 von 27 Netzen.

Spitzenposition für Agilis-Nord

Spitzenreiter Agilis-Nord hat seine Top-Platzierung von 2015 verteidigt und belegt mit 87,25 Punkten erneut Platz 1 unter den 28 im Ranking erfassten Netzen (2015: 81,91 Punkte, Platz 1). Mit 85,73 Punkten landet die Berchtesgadener Land Bahn nur knapp dahinter auf Platz 2 (2015: 66,74 Punkte, Platz 3), gefolgt vom Netz Kissinger Stern, das mit 78,33 Punkten auf Platz 3 liegt (2015: 72,29 Punkte, Platz 2). Den mit Abstand größten Sprung nach vorne kann das Netz Kahlgrund für sich beanspruchen. Es konnte um 156 Punkte zulegen und verbesserte sich mit 73,63 Punkten vom letzten auf den sechsten Platz (2015: -82,37 Punkte, Platz 27). Hintergrund ist ein Wechsel des Betreibers: Seit Dezember 2015 bedient die DB RegioNetz Verkehrs GmbH (Westfrankenbahn), ein Tochterunternehmen der DB Regio AG die Strecke zwischen Kahl am Main und Schöllkrippen. Der Main-Spessart-Express wurde 2016 erstmals im Ranking erfasst. Das Netz wird seit Dezember 2015 von der DB Regio AG betrieben und landet 2016 mit -10,62 Punkten auf Platz 25.

„Wir wollen, dass den Fahrgäs-

ten in ganz Bayern ein hochwertiges und leistungsstarkes Verkehrsangebot zur Verfügung steht. Deshalb überprüfen wir regelmäßig die Qualität der Verkehrsleistungen“, sagt Thomas Precht, Geschäftsführer der BEG und verantwortlich für den Bereich Qualitätsmanagement. „Dass das Qualitätsniveau im bayerischen Regionalverkehr kontinuierlich weiter steigt, ist sowohl der guten Zusammenarbeit mit den Verkehrsunternehmen zu verdanken als auch dem Anreizsystem der BEG, das Bonus- beziehungsweise Maluszahlen vorsieht. Die Verkehrsunternehmen arbeiten permanent daran, ihr Angebot für die Fahrgäste zu optimieren und bei wesentlichen Kriterien wie Sauberkeit, Komfort und Serviceorientierung immer besser zu werden. Im Ergebnis profitieren die Fahrgäste von mehr Qualität auf Bayerns Schienen.“

Neben dem Netz Kahlgrund führen acht weitere Netze vom Malus- in den Bonusbereich vor, darunter das Netz Regio Oberbayern, das über 44 Punkte gut machte und mit 5,76 Punkten auf Platz 22 landete (2015: -38,55 Punkte, Platz 24). Das Netz Alex-Süd konnte knapp 40 Punkte hinzugewinnen und belegt mit 9,27 Punkten Platz 19 (2015: -30,44 Punkte, Platz 23). Mit einem Plus von gut 35 Punkten erreicht der Donau-Isar-Express Platz 14 im Jahresranking 2016 (2015: -18,06 Punkte, Platz 20). Und selbst im unteren Bereich der Tabelle wurden deutliche Punktgewinne gemacht. Zwar bleibt der München-Nürnberg-Express mit -22,56 Punkten im Malusbereich und landet erneut auf Platz 26, konnte sich aber dennoch um über 45 Punkte gegenüber dem Vorjahr verbessern.

Den größten Punkteverlust gegenüber dem Vorjahr musste der Franken-Thüringen-Express hinnehmen. Mit einem Minus von knapp 21 Punkten landete das Netz mit +1,31 Punkten dennoch knapp im Bonusbereich. Schlusslicht im Jahresranking 2016 ist das Netz Regio Franken, das zwar um knapp fünf Punkte zulegen konnte, aber mit -44,70 Punkten Platz 28 belegt. □

Langmatz

Modernes Leben braucht moderne Technik.

Sichern. Steuern. Beleuchten.

www.langmatz.de

Verkehrspolitische Bilanz des VDV:

Haben und Soll

Gemischt fällt die verkehrspolitische Bilanz des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) wenige Monate vor der Bundestagswahl aus: Auf der Habenseite stehen laut Verband in der bisherigen Legislaturperiode höhere Mittel für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und für die Eisenbahninfrastruktur, im Soll bleiben unverändert schwierige Rahmenbedingungen für den kommunalen Nahverkehr und den Schienengüterverkehr. Unterm Strich ist damit aus Sicht des Branchenverbandes der Einstieg in die Klima- und Verkehrswende noch nicht geschafft.

„Angesichts der Klimaschutzziele, der zunehmenden Mobilität in den Ballungsräumen und Großstädten sowie der Zuwächse beim Gütertransport sind unsere Unternehmen eindeutig auf Wachstumskurs. Doch die gesetzlichen Rahmenbedingungen erschweren oder verhindern ein stärkeres Wachstum. Daran müssen wir dringend gemeinsam mit der Politik arbeiten. Wir brauchen eine ambitionierte Verkehrspolitik für mehr Wachstum und Innovationen im öffentlichen Verkehr in Deutschland“, betonte VDV-Präsident Jürgen Fenske.

Für das deutsche Eisenbahnsystem waren der Abschluss der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung II (LuFV II) sowie die Erhöhung und Verlängerung der Regionalisierungsmittel für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) richtungweisende Entscheidungen in der aktuellen Legislaturperiode. Ebenso positiv bewertet der VDV die erst vor kurzem verlängerten Richtlinien für die Gleisanschlussförderung und für den Kombinierten Verkehr.

Vor allem auf der Kostenseite, aber auch bei regulatorischen Eingriffen der europäischen und nationalen Gesetzgeber sieht sich die Branche deutlich im Nachteil gegenüber LKW und Binnenschiff. Während Güterbahnen zum Beispiel für jeden gefahrenen Kilometer im gesamten Eisenbahnnetz eine „Schienenmaut“ zahlen müssen, wird die LKW-Maut nur auf knapp 7 % des Straßennetzes erhoben. Zudem wurden die Mautsätze

bei der Straße Anfang 2015 noch um fast 8 % gesenkt.

Auch bei weiteren Steuern und Abgabebelastungen trifft es den Schienengüterverkehr laut VDV härter als die anderen Verkehrsträger: Elektrisch betriebene Güterbahnen seien als einzige Gütertransporte in Deutschland vollständig vom Emissionshandel erfasst, die Branche zahle Strom- und Mineralölsteuer, EEG-Umlage und KWK-Aufschlag.

Gemischte Gefühle

Mit äußerst gemischten Gefühlen blicken die ÖPNV-Mitgliedsunternehmen des VDV auf die Ergebnisse der bisherigen Legislaturperiode. Während in vielen Grundsatzbeschlüssen der Bundesregierung - unter anderem zum Klimaschutz, zur Digitalisierung oder in der Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie - die zentrale Rolle eines starken Nahverkehrssystems in Deutschland betont werde, hätten sich die finanziellen Rahmenbedingungen für den kommunalen ÖPNV de facto nicht verbessert. Vor allem für das große Problem des Sanierungsstaus im städtischen Nahverkehr, der inzwischen auf über vier Milliarden Euro angewachsen ist, fehlt es laut VDV an Lösungen.

Die Entflechtungsmittel, die der Bund bislang in Höhe von jährlich rund 1,3 Milliarden Euro für Investitionen in kommunale Infrastruktur an die Länder zahlt, fallen als solche ab dem Jahr 2020 weg. „Die 1,3 Milliar-

den Euro zahlt der Bund zwar auch ab 2020 weiter an die Länder. Aber nicht mehr konkret als Entflechtungsmittel, sondern allgemein über die Zahlungen aus dem Umsatzsteueraufkommen. Damit sind nun die Länder in der Pflicht, diese Mittel auch weiterhin für die dringenden Investitionen in den kommunalen ÖPNV bereit zu stellen. Sollte dies nicht überall gelingen, wird sich das städtische Bus- und Bahnangebot deutschlandweit sehr unterschiedlich entwickeln. Das hohe Niveau wird dann nicht überall zu halten sein“, ist sich Präsident Fenske sicher.

Zusätzliche finanzielle Mittel für den ÖPNV gab es dagegen durch drei Beschlüsse der aktuellen Bundesregierung: Mit einem Sondervermögen in Höhe von 3,5 Milliarden Euro fördert der Bund von 2015 bis 2018 Investitionen in finanzschwachen Kommunen. Der umfangreiche Förderkatalog umfasst dabei unter anderem Investitionen zum Barriereabbau im ÖPNV sowie zur Luftreinhaltung in den Kommunen. Davon profitieren laut VDV auch die kommunalen Verkehrsunternehmen. Für die Förderung von Elektrobussen und für die Digitalisierung des ÖPNV wurden in dieser Legislaturperiode ebenfalls entsprechende Programme aufgelegt.

Fahrgastrekord

Deutlich stiegen im Jahr 2016 die Fahrgastzahlen im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV): Über 10,2 Milliarden Kunden sorgten für einen Fahrgastrekord bei den Mitgliedsunternehmen des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen. Das entspricht einer Steigerung von 1,8 % im Vergleich zum Vorjahr und ist damit der größte Fahrgastzuwachs innerhalb eines Jahres seit 1996. Einzig im Jahr 2006 stiegen die Fahrgastzahlen wegen der Fußball-WM in Deutschland ähnlich stark wie im vergangenen Jahr.

Präsident Fenske zufolge war 2016 „ein Rekordjahr für den deutschen ÖPNV, wenn man auf die Fahrgastzahlen schaut. Ein Plus von rund 180 Millionen Fahrgästen in nur einem Jahr zeigt, dass die Nahverkehrsunternehmen bundesweit attraktive, leistungsfähige und verlässliche Angebote zu angemessenen Preisen bieten. Wir sind das Rückgrat einer effizienten und klimaschonenden Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger in diesem Land, vor allem aber in den Ballungsräumen und Großstädten geht ohne einen leistungsstarken Nahverkehr nichts mehr. Deshalb gehen wir davon aus, dass wir unter den entsprechenden Rahmenbedingungen auch in den kommenden

München:

BBIV plädiert für Zweite S-Bahn-Stammstrecke

„Nur mit der 2. Stammstrecke bekommt München wieder einen zuverlässigen Nahverkehr. Wir brauchen sie dringendst und schnellstmöglich“, betonte Thomas Schmid, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes, als Reaktion auf die zweimalige Sperrung der 1. Stammstrecke in München innerhalb eines halben Tages.

Das Problem sind nicht die Störungen, sie wird es immer geben, so Schmid: „Weil aber die 1. Stammstrecke das Nadelöhr des Münchner Zug- und S-Bahn-Netzes ist, haben Störungen so massive Auswirkungen auf Pendler und Reisende. Abhilfe bringt da nur die 2. Stammstrecke. Dann kann man bei solchen Störfällen ausweichen.“

Immerhin geht es mit dem geplanten Bau der 2. Stammstre-

cken weiter wachsen werden.“

In ländlichen Regionen spitzt sich für viele ÖPNV-Unternehmen die Situation weiter zu. Sinkende Schülerzahlen, demografischer Wandel und eine zunehmende Urbanisierung der Bevölkerung stellen gerade die Busunternehmen in der Fläche vor große Herausforderungen. Der Bus verzeichnete zwar im vergangenen Jahr erstmals seit Langem wieder einen deutlichen Fahrgastzuwachs von 0,7 % und war mit rund 4,5 Milliarden Fahrgästen das mit Abstand meistgenutzte ÖPNV-Angebot: „Das liegt aber nach wie vor am Zuwachs in den Städten und Ballungsräumen. In ländlichen Regionen geht die Nachfrage dagegen vielfach weiter zurück“, so Fenske. Dort müsse die Branche gemeinsam mit der Politik schnell geeignete Formen einer öffentlichen Mobilität finden und anbieten, die den veränderten Lebensverhältnissen und Bedürfnisse der Bevölkerung entspreche.

Sorgenvoller Blick auf GVFG

Mit großer Sorge blickt der VDV auf einen aktuellen Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Grundgesetzes (GVFG) zwar über 2019 hinaus fortgeführt werden. Allerdings will die Bundesregierung die GVFG-Mittel von jährlich 330 Millionen Euro bis mindestens 2025, also acht weitere Jahre, auf demselben Niveau einfrieren.

„Die Fortführung des GVFG begrüßen wir. Aber die geplante Versteinerung der Mittel für weitere acht Jahre ist vollkommen unverständlich. Denn diese Mittel, die bereits seit 1997 nicht erhöht wurden, sind maßgeblich für den Neuaufbau und Ausbau des städtischen Nahverkehrs. Schon heute ist das GVFG-Bundesprogramm zwanzigfach überzeichnet. Wenn die Mittel nun für weitere acht Jahre eingefroren werden, dann werden wichtige Ausbauprojekte im ÖPNV nicht realisiert. Das ist das Gegenteil einer Verkehrswende“, unterstrich Jürgen Fenske. Der Verband hofft nun, dass die Länder im Bundesrat der dafür nötigen Änderung des Artikels 125c des Grundgesetzes nicht zustimmen werden.

Insgesamt sieht sich die Branche gut gerüstet für die Herausforderungen im Verkehrssektor. Allerdings müssten sich die Rahmenbedingungen für den Öffentlichen Verkehr hierzulande noch weiter verbessern, um eine Verkehrswende wirklich zu schaffen: „Der öffentliche Personen- und Güterverkehr haben ein großes und noch nicht ausgeschöpftes Marktpotenzial. Dieses im Sinne einer Verkehrswende besser zu nutzen, muss einer der zentralen verkehrspolitischen Ziele in der neuen Legislaturperiode des Deutschen Bundestages sein“, erklärte Präsident Fenske. **DK**

Informationsveranstaltung in Murnau:

Zukunft „Mobilität“

Die Art, wie wir in Zukunft mobil sein werden, wird sich grundlegend verändern. Welche technischen Innovationen und gesellschaftlichen Trends führen uns zu neuen Möglichkeiten der Fortbewegung? Und vor welchen neuen Herausforderungen steht die Verkehrsplanung? Tobias Kipp (Teamleiter „Kommunale Mobilität“, team red Deutschland GmbH) und Rainer Lampl (Geschäftsführer, green-solutions GmbH & Co. KG) diskutierten dies mit Interessierten im Kultur- und Tagungszentrum Murnau.

Tobias Kipp informierte über die Zukunftstrends in der innovativen Verkehr-/Mobilitätsplanung. Dabei ging er zunächst auf das Mobilitätsverhalten der verschiedenen Verkehrsteilnehmer ein: Gemäß der Studie „Mobilität in Deutschland“ (2008) legt der durchschnittliche Verkehrsteilnehmer am Tag 3,5 Wege zurück und ist dabei 1 Stunde unterwegs. Im Vergleich zu früher ist jedoch die hierbei zurückgelegte Kilometerleistung steigend. Und im Vergleich zu vorhergehenden Erhebungen nimmt der Umweltverbund (ÖPNV, Fahrrad und Fußgänger) eine größere Bedeutung beim Hauptverkehrsaufkommen (Anzahl der Wege) ein. Dabei spiegelte sich auch das Verkehrsverhalten der jüngeren Generation wieder, die weniger Wert auf Auto und Autofahren lege.

Gefragt sind neue Konzepte

Darüber hinaus gab er zu bedenken, dass der Infrastrukturausbau für Kfz auch mehr Verkehr induziere. Doch zugleich gibt es aufgrund des demographischen Wandels künftig weniger Zahler und Nutzer dieses Infrastrukturausbau. Und zudem wachsen die Städte stetig weiter, während die ländlichen Räume schrumpfen. Deshalb seien neue Mobilitätskonzepte gefragt: Car- und Bike-Sharing Systeme, Mobilitätsdienstleistungen (Mitfahrgelegenheit, Apps, etc.) und Mobilitätsmanagement zur Effizienzsteigerung in Betrieben oder Kommunen.

Auch die Integration von alternativen Antriebstechnologien wie Elektromobilität, Wasserstoffantriebe, synthetisches Erdgas und

von Fortschrittstechnologien, wie das automatisierte Fahren, werde bei der Erstellung zukünftiger Konzepte immer wichtiger, so Kipp.

Hinsichtlich des Radwegekonzeppts, das der Landkreis Garmisch-Partenkirchen derzeit erarbeiten lässt, gilt es vornehmlich zwei Zielgruppen zu berücksichtigen: Touristen und Freizeitsportler sowie Einheimische und Pendler. Letztere benötigen in Murnau attraktive Radwege, um beispielsweise rasch und sicher zum Bahnhof zu gelangen. Dazu gehören auch eine ausreichende Beleuchtung und geräumte Wege im Winter, betonte Rainer Lampl.

Die betroffenen Gemeinden im Landkreis sind sich dabei einig, dass der Trend hin zu E-Bikes in die Planung des Radwegekonzeppts berücksichtigt werden muss - vor allem um die Sicherheit der Fahrradfahrer zu gewährleisten. Beispielsweise könne hier mittels einer entsprechenden Beschilderung und Hinweisen auf Gefahrenbereiche Unfällen vorgebeugt werden.

So sehe die Wegenetzplanung des Landkreises Garmisch-Partenkirchen insbesondere eine Asphaltierung der Verbindungswege zwischen den Ortschaften sowie eine einheitliche und durchgehende Beschilderung vor, so Lampl. Im Rahmen des neuen Radwegekonzeppts sollen bisher fehlende Verbindungsradwege am Ettaler Berg zwischen Ettal und Oberau sowie zwischen Schwaiganger und Murnau ergänzt werden. Und für den Radschnellweg zwischen Murnau und Garmisch-Partenkirchen sei die Förderung bereits bewilligt, bestätigte der Geschäftsführer von green-solutions. **□**

20 Jahre Bayern-Ticket

Am 3. März 1997 wurde die beliebte Fahrkarte auf Initiative des Freistaats Bayern für 35 D-Mark eingeführt, als erstes länderbezogenes Nahverkehrsticket in Deutschland. Seitdem konnte das Bayern-Ticket seine Erfolgsgeschichte fortschreiben: Rund 130 Millionen Kunden haben seither mit dem Bayern-Ticket den Freistaat bereist, insgesamt wurden rund 60 Millionen Tickets verkauft. Die Kunden des Bayern-Tickets haben rund 425.000 mal die Erde umrundet und dabei 17 Milliarden Kilometer zurückgelegt.

„Damit hat sich das Bayern-Ticket seit seiner Einführung zum erfolgreichsten Länderticket entwickelt“, freut sich Johann Niggel, Sprecher der Geschäftsführung der Bayerischen Eisenbahngesellschaft, die den Regional- und S-Bahn-Verkehr im Freistaat plant, finanziert und kontrolliert. „Mit dem Bayern-Ticket konnten die Züge zu den Nebenverkehrszeiten besser ausgelastet und der Freizeitverkehr gezielt auf Bus und Bahn gelenkt werden“, stellt Niggel fest. „Grund für den Erfolg des Bayern-Tickets sind im Wesentlichen sein Markenzeichen ‚5 Leute – 1 Tag – ganz Bayern‘ sowie die gezielte Bewerbung durch BEG und DB als das Ticket für den Freizeitverkehr in Bayern. Zudem haben Freistaat und DB kontinuierlich an einer Verbesserung der Angebotsbedingungen gearbeitet.“

„Das Bayern-Ticket ist seit seiner Einführung ein Erfolgsmotiv. In den vergangenen 20 Jahren ist jeder Einwohner Bayerns über 10 mal mit dem Bayern-Ticket gefahren. Wir haben es geschafft, ein umfassendes Mobilitätsticket für ganz Bayern zu etablieren, um so auf das Reiseverhalten unserer Kunden zu reagieren“, so Patrick Pönisch, Regionalleiter Marketing bei DB

Regio Bayern. Mit dem Bayern-Ticket können bis zu fünf Personen einen ganzen Tag beliebig viele Fahrten in Bayern unternehmen.

Erfolgsgeschichte

Zu Beginn seiner Erfolgsgeschichte beschränkte sich das Bayern-Ticket auf zwei Erwachsene und maximal vier Kinder bis elf Jahre in den Nahverkehrszügen der Deutschen Bahn. Ein Jahr später wurde der Geltungsbereich auf die S- und U-Bahnen in München sowie die Verkehrsverbünde in Nürnberg, Augsburg und Würzburg erweitert. Ende 1999 konnten schließlich fünf Erwachsene das Bayern-Ticket für 40 D-Mark nutzen. Bis Mitte Dezember 2003 war das Ticket ausschließlich werktags gültig, dann auch an den Wochenenden.

2003 kam das Bayern-Ticket Single sowie für Nachtschwärmer 2005 das Bayern-Ticket Nacht dazu. Zusätzlich wurde der Geltungsbereich auf fast alle Linienbusse in Bayern erweitert. Neben dem 2010 eingeführten Online-Verkauf trägt zur Erfolgsgeschichte auch bei, dass Fahrten über die Grenzen Bayerns hinaus - zum Beispiel bis nach Salzburg (Österreich) oder Sonneberg (Thüringen) - möglich sind. **□**



MVV und Landräte:

Ehrung der Busfahrer des Jahres 2016 im MVV-Regionalbusverkehr

Ohne die Busfahrerinnen und Busfahrer fährt nichts im MVV-Regionalbusverkehr. Sie sind nicht nur Busfahrer, sondern zugleich Auskunft, Fahrkartenverkäufer und Fahrgastbetreuer in einem - und oft auch Prellbock für alles, was Pendler aufregt. Damit sind sie das Gesicht des MVV für den Fahrgast vor Ort. Grund genug für den MVV, ihre wichtige Leistung zu würdigen und in den Fokus der Fahrgäste zu bringen.

Zum zweiten Mal nach 2014 haben MVV und Süddeutsche Zeitung daher die Fahrgäste zur Wahl des Busfahrers des Jahres 2016 aufgerufen. Als Dankeschön fürs Mitmachen wurden im Rahmen einer Feierstunde den ausgelosten Fahrgästen ihre Preise überreicht und die Busfahrer ausgezeichnet. Landräte und weitere Vertreter der acht Verbundlandkreise nahmen die Preisverleihung vor.

Aus über 1.000 eingegangenen Vorschlägen wurden zum Busfahrer des Jahres 2016 gewählt: Helene Just, Regionalverkehr Oberbayern GmbH, Niederlassung Wolfratshausen (Landkreis Bad Tölz/Wolfratshausen), Brazzo Hodzic, Enders Reisen (Landkreis Fürstenfeldbruck), Stefan Jädicke, Autobusreisen Steiner KG (Landkreis Dachau), Johann Kanter, Larcher Touristik GmbH (Landkreis Ebersberg), Sergi Rado, Regionalverkehr Oberbayern GmbH (Landkreis München), Dirk Weber, Scharf OHG Omnibus & Reisebüro (Landkreis Erding). Bereits zum zweiten Mal gewählt wurden Ademi Skender, Regionalverkehr Oberbayern GmbH, Niederlassung Erding (Landkreis Freising) sowie Franz Baumgartner, Omnibusunternehmen Martin Geldhauser GmbH & Co. KG (Landkreis Starnberg). **Bild: Hartmut Pöstges, SZ**

Heatweed Technologies AB und Max Holder GmbH übernehmen WAVE Weed Control

Heatweed Technologies AB ist der größte Importeur von WAVE-Produkten in Skandinavien und hat dort in den letzten Jahren maßgeblich zur Einführung der Heißwasserunkrautbekämpfung beigetragen. Die Max Holder GmbH – renommierter Hersteller von multifunktionalen Systemfahrzeugen – und Heatweed haben gemeinsam die Heatweed Technologies GmbH gegründet. Diese übernahm zum 1. März 2017 das WAVE-Portfolio und ist somit größter Anbieter von Unkrautbekämpfungslösungen für den professionellen Einsatz in Europa.

Das niederländische Unternehmen WAVE Weed Control ging 2003 aus Van de Haar Landscaping hervor. Das anfangs nur für die eigenen Inhaber sowie die lokalen Stadtverwaltungen tätige Unternehmen weitete seinen Einflussbereich nach und nach in Richtung Belgien und Deutschland aus. 2013 nahm WAVE das Unternehmen Heatweed Technologies AB als seinen ersten Importeur an Bord und verzeichnete seitdem ein starkes Wachstum.

Maßstäbe setzen

„Unsere Vision ist es, bei der chemiefreien Unkrautbekämpfung Maßstäbe zu setzen, was uns eine führende Rolle verschafft. Daraus erwächst unseren Kunden gegenüber die Verpflichtung, Produkte und Serviceleistungen von höchster Qualität zu bieten und dabei auch künftig nach fortwährender Innovation zu streben. Mit Blick auf dieses Ziel war es eine logische Schlussfolgerung, uns mit Holder zusammenzuschließen und gemeinsam das WAVE-Geschäft zu übernehmen“, erläutert Johan Rud, technischer Direktor und Mitinhaber von Heatweed Technologies AB.

„Unsere Kunden werden die Änderungen vor allem in den verbesserten Serviceleistungen spüren. Aber auch als Marktführer geben wir uns nicht mit einem Status Quo zufrieden“, bekräftigt Cecilie Ruud, Interims-Geschäftsführerin der Heatweed Technologies GmbH. „Wir sind ein forschungsorientiertes Unternehmen, das seine Verpflichtung seinen Kunden gegenüber ernst nimmt. Wir werden uns in diesem Sinne auch weiterhin der Aufgabe widmen, die Weiterentwicklung unserer Technologien und Me-

thoden stetig voranzutreiben. Der operative Hauptsitz von Heatweed Technologies GmbH wird am bisherigen WAVE Standort im niederländischen Veenendaal sein. Dadurch sichern wir einen reibungslosen Transfer von Wissen und von allen bestehenden Geschäftsprozessen ab“, führt sie weiter aus.

Das Highlight im Heatweed-Produktportfolio ist die weltweit patentierte Sensorserie. Dieses System wird auf multifunktionale Systemfahrzeuge aufgebaut und arbeitet lediglich mit heißem Wasser, das unter Einsatz einer Sensortechnologie gezielt auf das Unkraut gesprüht wird. Die Sensorserie ist derzeit für Kunden und die Umwelt in über 17 europäischen Ländern in Einsatz, deren Zahl stetig anwächst.

Hohe Wirtschaftlichkeit

„Die Nutzung unserer beiden Sensorserien ermöglicht der Stadtverwaltung Kosteneinsparungen - so konnte der Wasserverbrauch um 80 % sowie der Dieserverbrauch um 83 % gesenkt werden und wir können pro Tag eine Fläche von 30.000 m² behandeln. Wir haben unseren Sensor auf ein Systemfahrzeug von Holder aufgebaut, sodass wir auf Gehwegen fahren können und der Verkehrsfluss somit nicht gestört wird. Die Sensorserie ist sogar kostengünstiger als chemische Mittel und schlägt alle anderen chemiefreien Verfahren, die wir in Betracht gezogen haben. Am meisten überzeugt die hohe Wirtschaftlichkeit bei gleichzeitiger Schonung der Umwelt“, verdeutlicht Kurt Idland, Geschäftsführer bei NIS in Stavanger (Norwegen), einem für die Grünpflege zuständigen Bereich der Stadtverwaltung. □



Highlight im Heatweed-Produktportfolio ist die weltweit patentierte Sensorserie. Der Sensor wurde auf ein Systemfahrzeug von Holder aufgebaut. □

Lindner Traktoren:

LDrive im Winter-Härtetest

Aufgrund des strengen Winters und den beachtlichen Schneemengen konnte der stufenlose Unitrac 112 LDrive bereits hunderte Einsatzstunden im Tiroler Unterland absolvieren. Gemeinsam mit dem wendigen Lintrac 90, der ebenfalls stufenlos fährt, bilden die beiden den perfekten Räum- und Streutrupp, wie das brandneue Einsatzvideo https://www.youtube.com/watch?v=ntJS_CTVAQI&utm_source=Kombi%3A+Lindner+%2B+Kommunalforum&utm_campaign=d1b5b7753d-LIN_LDrive_im_Haertetest_02_2017&utm_medium=email&utm_term=0_634a7af78d-d1b5b7753d-209824197 aufzeigt.

Lust bekommen, den Unitrac 112 LDrive testzufahren? Im Rahmen des Kommunalforums Alpenraum am 16. März in Kundl ist hierzu Gelegenheit. Um Anmeldung wird gebeten. □



Der Mercedes-Benz Eonic NGT im Einsatz bei AWS Abfallwirtschaft Stuttgart. Technische Daten: Mercedes-Benz Eonic NGT, Euro VI Erdgasmotor M 936 G mit 7,7 l Hubraum, 222 kW (302 PS), zulässiges Gesamtgewicht von 26 t, Radstand 3900 mm.

AWS Abfallwirtschaft Stuttgart setzt auf Erdgasantrieb

Stuttgart – Sieben Mercedes-Benz Eonic NGT (Natural Gas Technology) mit umweltfreundlichem Erdgasantrieb und umfangreicher Sicherheitsausstattung übernehmen künftig die Abfallsammel- und Müllentsorgungsaufgaben im Stadtgebiet der baden-württembergischen Landeshauptstadt Stuttgart. Vor kurzem erfolgte die offizielle Inbetriebnahme der Fahrzeuge in der AWS-Betriebsstelle Burgholzstraße in Stuttgart-Münster.

Peter Bauer, Leiter des Produktmanagements Eonic im Geschäftsbereich Mercedes-Benz Special Trucks, übergab die sieben Eonic NGT an Dr. Thomas Heß, Geschäftsführer des städtischen Eigenbetriebs AWS Abfallwirtschaft Stuttgart, und Dirk Thürnau, Technischer Bürgermeister der Stadt Stuttgart. Die neuen Erdgasfahrzeuge haben sich bereits positiv in dem seit sechs Wochen laufenden Testbetrieb in Stuttgart bewährt.

„Die Beschaffung der neuesten Generation des Mercedes-Benz Eonic NGT hat für Mercedes-Benz Trucks eine ganz besondere Bedeutung. Die regionale Verbundenheit zu Stuttgart spielt dabei ebenso eine Rolle wie die lange und intensive Beziehung des AWS zu Mercedes-Benz Produkten“, so Dr. Ralf Forcher, Leiter Marketing, Sales und Services Mercedes-Benz Special Trucks.

Die Landeshauptstadt hat bereits seit der Markteinführung des Eonic im Jahr 1998 kontinuierlich Eonic Fahrzeuge beschafft und mit ihnen konventionelle Entsorgungsfahrzeuge ersetzt. Jetzt hält erstmals auch der Eonic NGT Einzug in den Stuttgarter Entsorgungspark des AWS.

Der AWS Stuttgart war von Anfang an als Entwicklungspartner bei Eonic und Eonic NGT involviert. Der städtische Eigenbetrieb hat wertvolle Hinweise zu den spezifischen Einsatzanforderungen für das Entsorgungsfahrzeug der Zukunft geliefert. Eonic Produktmanager Peter Bauer bestätigt, dass mit dieser zukunftsorientierten Investition ein wichtiger Beitrag für eine positive Umweltbilanz geleistet werde. Der ausschlaggebende Grund liegt in der innovativen Antriebstechnik mit sparsamem Kraftstoffverbrauch in Kombination mit sehr geringen CO₂- und Geräuschemissionen.

„Der AWS hat in Stuttgart dem Feinstaub den Kampf angesagt“, so AWS-Geschäftsführer Dr. Thomas Heß. „Wir freuen uns sehr über die hervorragende Zusammenarbeit mit Mercedes-Benz Special Trucks im Kampf gegen die Abgasproblematik und zugleich die Erhöhung der Sicherheit in unserer extrem emissionsbelasteten Innenstadt.“

Die neuen vollluftgedephten Abfallsammelfahrzeuge Eonic NGT des AWS Stuttgart sind mit einem Radstand von 3900 mm äußerst wendig. Dies ist ein immens wichtiger Vorteil im dichten Stadtverkehr der Stuttgarter Innenstadt. Sie haben ein zulässiges Gesamtgewicht von 26 t, das identisch mit der Dieselsvariante des Eonic ist.

Die Eonic Fahrzeuge mit Erd-

gasmotor zeichnen sich durch sehr geringe Stickoxid-, Partikel- und Geräuschemissionen aus. Die in Stuttgart gemessenen Geräuschemissionen des Eonic bei Vorbeifahrt liegen mit 78 dBA hörbar unter denen eines Euro VI Dieselmotors, bei dem 80 dBA gemessen wurden. Der Tankinhalt beläuft sich auf 600 l Erdgas und ermöglicht hohe Reichweiten im täglichen Abfallsammeleinsatz. □

Mercedes-Benz Nutzfahrzeuge:

Ausgezeichneter guter Ruf

Fünf erste Plätze beim Image Award 2017 der Verkehrsrundschau für die Daimler-Nutzfahrzeugmarken

München – Die Daimler-Nutzfahrzeugmarken konnten beim Image Award 2017 in den fünf Kategorien Lkw, Transporter, Telematik, Miete/Leasing und Tankkarten erneut die ersten Plätze belegen. Vor kurzem verlieh das Speditions-, Transport- und Logistikmagazin Verkehrsrundschau in München die begehrten Preise.

Die Marke Mercedes-Benz wurde zum vierten Mal in Folge mit den Image Awards für Lkw und Transporter ausgezeichnet. Ebenfalls Spitze bei den 500 befragten Logistikentscheidern deutscher Industrie- und Handelsunternehmen sind die Dienstleistungen von Daimler: der Image Award 2017 geht auch an die Servicemarken FleetBoard, CharterWay und MercedesServiceCard.

Effizienz und Sicherheit

Mit den Auszeichnungen werden die Aktivitäten des Unternehmens honoriert, die besten Nutzfahrzeuge und Services hinsichtlich Effizienz, Sicherheit und Vernetzung anzubieten. Das Lkw-Flaggschiff, der Mercedes-Benz Actros, erreicht beispielsweise mit dem neuesten Effizienz-Paket bis zu sechs Prozent Kraftstoffersparnis. In Punkto Sicherheit

ist die Marke mit dem Stern der erste Anbieter, der den Abbiege-Assistenten und den neuen Notbremsassistenten mit Fußgänger-Erkennung (Active Brake Assist 4) im Angebot hat.

Vom Stadtlieferwagen Citan über das professionelle Multitalent Vito bis zum vielseitigen Klassiker Sprinter besitzt Mercedes-Benz Vans eine ganze Palette von Transportern, die sich je nach Bedarf individuell konfigurieren lassen und für ihre hohe Qualität und Wirtschaftlichkeit bekannt sind. Darüber hinaus unterstützt Daimler FleetBoard mit seinen telematikgestützten Internetdiensten die Betreiber von Nutzfahrzeugflotten dabei, ihre Fahrzeuge wirtschaftlich zu steuern.

In der Praxis bedeutet dies Kraftstoffeinsparungen von bis zu 15 Prozent und eine optimierte Fahrzeug- und Tourenauslastung. □



365 Tage voller Tatendrang.

Maximale Auslastung im Ganzjahreseinsatz mit dem Unimog Geräteträger. Kommunale Aufgaben sind niemals erledigt: Unzählige kleine und große Jobs möchten zuverlässig und schnell erledigt werden – allen voran Mähen, Mulchen und Gehölzpflege, Winterdienst, Kehren und Reinigen sowie Laden und Transportieren. Hier

bringt der Unimog seine Vielseitigkeit ins Spiel. Denn der Geräteträger kann dank seiner standardisierten hydraulischen, mechanischen und elektrischen Schnittstellen eine Vielzahl von Geräten antreiben. Profitieren Sie unter www.mercedes-benz.de/unimog



Nicht verpassen!

Getourt wird von April bis Juni 2017. Termine in Ihrer Nähe:

04.05.2017 | Beuthauser | Biathlonstadion, Oberhof

23.05.2017 | Wilhelm Mayer | Brühlhalle, Elchingen

30.05.2017 | Henne Heimstetten | Océ, Poing (bei München)

Mehr Infos unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-tour-2017

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Bezirk mit Abstand größter Kulturförderer in Unterfranken

Würzburg. (mm) Trotz der schwierigen Lage auf den Finanzmärkten und der anhaltenden Niedrigzinsphase kann die Unterfränkische Kulturstiftung auch in diesem Jahr ihre so genannten Zweckausgaben erneut steigern – nach einem Plus von 3,1 Prozent im Vorjahr um 1,8 Prozent in 2017. Damit stehen den Kulturschaffenden rund 8,25 Millionen Euro zur Verfügung. Insgesamt sieht der Haushalt der Unterfränkischen Kulturstiftung, den der Bezirkstag von Unterfranken einstimmig beschlossen hat, ein Volumen von mehr als 9,32 Millionen Euro vor. Damit ist der Bezirk auch in diesem Jahr der mit Abstand größte Kulturförderer in der Region.

Der Stiftungshaushalt fördere Bewährtes, reagiere auf Aktuelles und sichere die Kulturförderung der Zukunft, erklärte Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel zu Beginn der Haushaltsdebatte. Zu den Schwerpunkten der bezirklichen Kulturförderung zählte er den Museumsbereich: rund 884.500 Euro fließen beispielsweise in den Zweckverband Fränkisches Freilandmuseum Fladungen, 1,73 Millionen Euro gehen an die Museen Schloss Aschach.

Denkmäler, Musik und Theater

Zu den größten Posten im unterfränkischen Kulturhaushalt zählt mit 1,12 Millionen Euro ferner die Denkmalpflege, bei der es nicht zuletzt darum geht, jungen Familien zu helfen, „um dadurch die historischen Ortskerne zu revitalisieren“. Mit rund 769.000 Euro wird die Musikpflege gefördert und über knapp 727.000 Euro

können sich die unterfränkischen Theater freuen.

Sichtlich zufrieden wies Bezirks-Kämmerer Rainer Klingert auf die Verzinsung der Kapitalerträge hin. Spontane Zustimmung erteilte Klingert und Finanzreferatsleiter Andreas Polst für „den durchschnittlichen Ertrag von 3,64 Prozent“, der keinen Vergleich zu scheuen brauche, wie Klingert feststellte. Die unmittelbar nach der Finanzkrise gewählte Anlagestrategie, nämlich auf einlagengesicherten, festverzinslichen Wertpapieren mit längeren Laufzeiten zu setzen, habe sich als richtig erwiesen. Gleichwohl sei die Lage auf den Finanzmärkten nach wie vor von großen Unsicherheiten gekennzeichnet.

Finanzieller Kraftakt: Graf-Luxburg-Museum

Zu den größten finanziellen Herausforderungen dieses Jahres rechnete Klingert die Neukonzeption des Graf-Luxburg-Mu-

seums in Schloss Aschach. Dieser „finanzielle Kraftakt“ könne nur bewältigt werden, weil entsprechende Fördermittel zu erwarten seien, weil nach der Verstaatlichung des Mainfränkischen Museums die Zweckverbandsumlage wegfallen und weil rückläufige Vermögenserträge durch eine erhöhte Rücklagenentnahme ausgeglichen werden könnten.

Motsch lobt erfolgreiche Anlagenstrategie

Für ihr erfolgreiches Finanzmanagement erteilte Kämmerer Klingert und Finanzreferat-Leiter Polst, die beide federführend die Anlage des Stiftungskapitals verantworten, Lob von allen Seiten. So betonte Dr. Peter Motsch im Namen der CSU-Fraktion die „sehr kluge und erfolgreiche Anlagestrategie der Kämmerer“. Im Rückblick auf das vergangene Jahr wies er auf die Auflösung des Zweckverbandes für das Mainfränkische Museum hin, womit die Verbandsumlage von 657.100 Euro weggefallen sei. „Die Übernahme des Mainfränkischen Museums in die Trägerschaft des Freistaats hat viele Gewinner“, sagte Motsch. Dazu zählte er unter anderem „unsere eigene Kulturarbeit“.

Auch SPD-Fraktionsvorsitzende Marion Schäfer-Blake zeigte sich „froh und stolz“ über die Finanzlage der Kulturstiftung. „Eine solche Verzinsung gibt es sonst gar nicht“, sagte sie. Darüber sei ihre Fraktion zu Recht dankbar. Sorge machte ihr allerdings die Aussicht, dass die Rücklagen im Haushaltsjahr 2022 eventuell aufgezehrt sein könnten, falls die Niedrigzinsphase bis dahin anhalte. Vorläufig ist geplant, die rückläufigen Vermögenserträge über höhere Rücklagenentnahmen zu kompensieren.

Die Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler, Tamara Bischof,

beurteilte die Lage deutlich optimistischer. In der aktuellen Entwicklung sah sie „die Behauptung unserer verehrten CSU-Kollegen, die Kulturstiftungsmittel würden für die künftigen Jahre nicht mehr in dieser Höhe zur Verfügung stehen, ad absurdum geführt“. Man solle den Bürgern keine Angst machen, sagte sie. Den Kulturstiftungs-Haushalt bezeichnete sie als „solide aufgestellt“. Erstaunlicherweise seien sogar höhere Zweckausgaben möglich als im Jahr 2016.

In den „Jubelgesang auf die Stiftung“ wollte Barbara Imhof (Bündnis 90/Die Grünen) nicht einstimmen. Ihre Fraktion blinke „mit Sorge auf die Zukunft“. Ein „Weiter so“ werde nach ihrer Auffassung nicht mehr lange möglich sein, denn die Situation der Stiftung verschlechtere sich mit jedem Jahr. Mit Blick auf weiter zurückgehende Ertragslagen forderte sie „eine Perspektiv-Debatte zur Zukunft unserer Stiftung“. Diese Debatte müsse jetzt beginnen, forderte Imhof, „denn wir stehen möglicherweise vor einschneidenden Veränderungen“.

Angelika Strobel (Die Linke) fand das derzeitige allgemeine Zinsniveau bedauerlich, freute sich aber darüber, dass in der Kulturstiftung die „Mittel zum Glück noch ausreichend“ vorhanden seien. Dadurch seien „beachtliche Leistungen für die Menschen in Unterfranken“ finanzierbar, lobte sie. Mit Blick auf die Museen Schloss Aschach forderte sie entschiedeneres Werbemaßnahmen.

Für Neuausrichtung der Kulturpolitik

Für eine Neuausrichtung der Kulturpolitik plädierte auch Adelheid Zimmermann (FDP), auch wenn die finanzielle Lage „positiv wie immer“ sei. Die Kultur-Szene in Unterfranken sei „frisch und lebendig“. Der Wandel sollte aber noch besser berücksichtigt werden. Projekte mit Behinderten, mit Senioren oder mit Flüchtlingen seien entsprechend zu fördern. □

Landkreis Günzburg:

Verleihung des ersten Integrationspreises

Der Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Martin Neumeyer und Landrat Hubert Hafner haben den ersten Integrationspreis des Landkreises Günzburg verliehen. Aus den eingereichten Vorschlägen und Bewerbungen hat eine Jury fünf Projekte und Personen ausgewählt. Das Preisgeld von insgesamt 1.500 Euro stellt der Landkreis zur Verfügung. Würdigung fand vor allem das ehrenamtliche Engagement bei der Betreuung von Asylbewerbern.

Die Preisträger sind „Meet & Eat“ von SubKult, Krumbach, das P-Seminar „Asyl“ des Maria-Ward-Gymnasiums Günzburg, Marc Hettich mit der Videoreportage „Differenzieren – von Damaskus nach Krumbach“ sowie Hans Kohler aus Thannhausen und Rita Jubit aus Günzburg.

Die Preisträger im Porträt

Essen verbindet und bietet eine gute Möglichkeit der Kontaktaufnahme. Die Krumbacher Gruppe „Subkult“ griff diese Tatsache auf. Es bestand das Bedürfnis, Asylsuchende mehr ins Alltagsleben zu holen und Begegnungen zu ermöglichen. So lassen sich am besten Vorurteile und Berührungsängste abbauen. Angedacht war ein einfacher Kneipenabend oder eine Art Flüchtlingscafé. Birgit Fleischmann kam die zündende Idee, das Ganze mit Kulinarik zu verbinden. In Krumbach lebende Flüchtlinge oder Migranten sollten ihre Kultur über Spezialitäten ihrer Heimat vorstellen. Subkult setzte den Gedanken im Sommer 2016 in die Tat um und so entstand das Projekt „Meet & Eat“.

Für das Schulprojekt P-Seminar „Asyl“ des Maria-Ward-Gymnasiums Günzburg haben sich acht Schülerinnen mit ihrer Lehrkraft, Studiendirektorin Karin Mengele, dem aktuellen Thema „Asyl“ gewidmet. Viel hat dieses P-Seminar kurz vor dem Abitur in einem Jahr auf die Beine gestellt. Zum Erfolg beigetragen hat auch die tatkräftige Unterstützung durch Evi Bäumel, stellvertretend für die Initiative „Günzburg hilft“.

Die Schülerinnen sind mit dem Thema gewachsen. Sie haben sich ein Jahr lang jede Woche, zusammen mit Ehrenamtlichen der Initiative die Nachmittagsbetreuung für Asylbewerberkinder übernommen. Unter anderem haben die Schülerinnen eine Spendenaktion gestartet und Kleidung, Spielsachen und Bücher für die Kinder gesammelt.

Marc Hettich hat mit seinem Abschlussprojekt „Differenzieren – von Damaskus nach Krumbach“ im Rahmen einer journalistischen Weiterbildung gleich doppelt „gepunktet“. Zum einen erhielt er für seine Videoreportage „Syrische Flüchtlinge in Krumbach“ die fabelhafte Note 1,6, zum anderen hat ihn die Jury für den Integrationspreis ausgewählt. Mit seiner Videoreportage wollte er eine sachliche Debatte anstoßen, Menschen aus der direkten Umgebung zeigen und dadurch mit Vorurteilen aufräumen. Hans Kohler sieht es nach eigenen Worten als seine Aufgabe an, Menschen in Not zu helfen. Er ist ein Mensch, der sich mit außerordentlichem Einsatz für Asylbewerber im Landkreis einsetzt und zum Ausbau eines landesweiten Netzwerks beiträgt.

Als die Asylsuchenden das Thannhäuser Flüchtlingsheim bezogen haben, habe es ihm weh getan, zu sehen, wie bedürftig die Menschen sind. Er bemerkte, dass alle theoretischen Diskussionen über die Flüchtlingsproblematik sinnlos waren. Viel wichtiger war es ihm, direkt vor Ort anzupacken, schnelle und unkomplizierte Hilfe anzubieten: Asylbewerber ins Krankenhaus oder zu Behörden fahren, Übersetzer organisieren und vor allem sich der täglichen

Sorgen und Nöten der Menschen anzunehmen.

Bei Rita Jubit handelt es sich um eine Günzburgerin, die sich mit viel Herzblut für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund einsetzt. Sie ist eine zentrale Projektentwicklerin, Ideengeberin, Beraterin von Arbeitskreisen und Flüchtlingsinitiativen und eine unermüdete, tatkräftige Helferin für die Flüchtlingsarbeit.

Sie unterstützt bei der persönlichen Begleitung und Unterstützung von Asylbewerbern bei Behördengängen. Rita Jubit hilft beim Ausfüllen von komplizierten Formularen oder Anträgen und weist den Weg durch den Behördensdschungel. Zudem steht Sie den Asylsuchenden bei vielen Situationen zur Seite. **haj**

GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Jörg Kunstmann (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen

Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 51 vom 01.01.2017

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MwSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MwSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MwSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 9307-22

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Kreis- und Stadtparkasse Dillingen

IBAN: DE38 7225 1520 0010 0215 66

BIC: BYLADEMIDLG

VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu eG

IBAN: DE96 7346 0046 0000 1443 20

BIC: GENODEF1KFB

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH; Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

1.000 Jahre Neunburg vorm Wald

Das Großprojekt „Neunburg 2017“ ist angelaufen: Für die 1.000-Jahr-Feier der Stadt Neunburg vorm Wald im Oberpfälzer Seenland wurde ein umfangreiches Veranstaltungspaket geschnürt. Eine Festwoche Ende Juli soll den Höhepunkt der Feierlichkeiten darstellen. Die Organisatoren hoffen, dass sich mit dem Fest ein neues Neunburg-Gefühl entwickelt.

Eine Silvesterparty am 31. Dezember mit Live-Musik, Feuer- und Lasershow eröffnete das Jubiläumsjahr. Mit dem Jahrestag der ersten urkundlichen Erwähnung Neunburgs fällt das Festwochenende vom 28. bis 30. April in der Schwarzachtalhalle zusammen. Die Festrede soll Ministerpräsident Horst Seehofer halten, für den Schirmherrschaft zum Jubiläum angetragen wurde.

Jubiläumsnacht

In betont lockerer Atmosphäre soll die „Neunburger Jubiläumsnacht“ über die Bühne gehen, eine Big Band aus Tschechien soll den Abend gestalten. Die Stadtgeschichte steht tags darauf im Blickpunkt. Gästeführer bieten historische Exkursionen für alle Generationen an, für den Festvortrag „1.000 Jahre Neunburg“ soll ein bedeutender Historiker verpflichtet werden.

Farbenprächtiges Kaleidoskop

Mit einem Stadtfest und einem großen historischen Jubiläumsfestzug wird im Juli die Festwoche eingeläutet. Der Jubiläumfestzug soll ein farbenprächtiges Kaleidoskop aus Historie und Entwicklung in Marsch setzen.

Als Vorschläge für Veranstaltungen stehen bisher Open-Air-Kino im Burghof, Italienische Nacht im Erlebnisbad, Nacht im Museum, Einkaufsnacht mit Modenschau, Volksmusikabend und Vorträge auf der Liste. Auch die Schulen sollen mit eingebunden werden. Einen „Festtag der klassischen Musik“ möchte der Kunstverein mit einem „Jahrtausendkonzert“ im Oktober bereiten.

Darin eingebunden werden sollen Musik-Workshops für Schüler von Gymnasien aus der mittleren Oberpfalz.

Sonderbriefmarke

Für Begeisterung in der Stadt sorgt die Tatsache, dass das Bundesfinanzministerium zu Ehren der Stadt eine Sonderbriefmarke herausgibt: „Ich hätte mir nicht träumen lassen, dass wir das wirklich schaffen“, freut sich Bürgermeister Martin Birner.

Dabei hatte die Stadt im Schwarzachtal einen postalischen Trumpf im Ärmel: Schon 1615 errichtete die Kaiserliche Reichspost eine Route von Nürnberg nach Prag, die auch über Neunburg vorm Wald führte. Schließlich verbindet die Stadt den bayerisch-fränkischen Raum mit Böhmen. Auch heute noch ist die tschechische Grenze nur 25 Kilometer entfernt.

Neue Stadtchronik

Ein weiterer Grund zur Freude für den Luftkurort ist die pünktlich zum Stadtjubiläum entstandene Stadtchronik. Diese bietet einen bisher noch nicht dagewesenen Schatz an Informationen und Illustrationen. Unter Federführung von Theo Männer und Karl-Heinz Probst haben insgesamt 31 Autoren und Mitarbeiter an diesem einmaligen Werk mitgewirkt und ganz wesentlich zu dessen Gelingen beigetragen.

Auf über 460 Innenseiten wird in 20 Hauptkapiteln mit über 500 zum Teil erstmalig veröffentlichten Abbildungen das Thema Neunburg vorm Wald von allen Seiten beleuchtet. Mit dem Stadtbuch wird eine heimatkundliche Lücke geschlossen. **DK**

Herrsching am Ammersee:

münchen.tv präsentiert Imagefilm

Die Heimat im Blick: Mit der Kraft bewegter Bilder kleidet münchen.tv, das Fernsehen für München und Oberbayern, die Schönheit der im Fünf-Seen-Land gelegenen Gemeinde Herrsching am Ammersee in ein gelungenes filmisches Porträt. Der Imagefilm „Du bist der Hafen meiner Seele“ vermittelt ein ebenso glaubwürdiges wie liebevolles und anregendes Bild der Perle am Ammersee.

Zahlreiche Vereine und Unterstützer ließen diesen Imagefilm lebendig werden. Ohnehin lebt die Gemeinde im Landkreis Starnberg von seiner Vielfalt: Nicht nur Poeten und Künstler fühlen sich heimisch, auch das Handwerk spielt eine herausragende Rolle. Nicht zuletzt aus der Verbindung von Traditionsbewusstsein und Technologieaffinität speist sich die Attraktivität Herrschings.

Die Gemeinde bietet auch eine Vielzahl von Möglichkeiten, freie Zeit angenehm und unvergesslich zu verbringen. Laut Bürgermeister Christian Schiller verfügt Herrsching über die längste durchgehend begehbare Uferpromenade an einem der schönsten Binnengewässer Deutschlands, umfangreiche Ausflugsmöglichkeiten und nicht zu vergessen die Nähe zur Landeshauptstadt München, die mit der S-Bahn bequem zu erreichen ist.

Vielfalt der Natur, eine bunte Vereinswelt, kreative Menschen: All das zeichnet die oberbayerische Gemeinde aus. Mit dem Know-how des Broadcasters wurde diese reichlich vierminütige Produktion von münchen.tv überzeugend in Szene gesetzt und von der „Seehof Musi“ um Peter Reichert glänzend musikalisch begleitet.

„Viele unserer Partner betreiben erstmals TV-Werbung und sind positiv überrascht: Unser workflow mit vielen Abnahmestufen nimmt den Kunden „an die Hand“ und unsere Beratung basiert auf jahrzehntelanger Erfahrung in Produktion und Konzept von Imagefilmen, Fernsehwerbung und Business-TV“, betonen die Verantwortlichen der Abteilung service & production. Gerne werden Imagefilm-Aufträge von Gemeinden und Unternehmen aus dem Sendebereich entgegenommen. „Die Schönheit unserer Region darf gerne im Internet weite Beachtung finden. Sprechen Sie uns an, wir erstellen Ihnen Ihr individuelles Angebot!“ **DK**



Von links: Peter Däubler (Wirtschaftsförderer Lkrs. OAL), HWK-Präsident Hans-Peter Rauch, Landrätin OAL Maria Rita Zinnecker, HWK-Hauptgeschäftsführer Ulrich Wagner, Richard Kaufmann und Kreishandwerksmeister Robert Klauer. Foto: Landkreis Ostallgäu

Politischer Meinungsaustausch mit Landrätin Zinnecker:

Zusammenarbeit bei Bildungsthemen

HWK-Präsident Rauch und Hauptgeschäftsführer Wagner in Marktoberdorf

Die Zusammenarbeit bei Bildungsthemen stand im Mittelpunkt des politischen Meinungsaustausches zwischen den Spitzen der Handwerkskammer für Schwaben (HWK), Präsident Hans-Peter Rauch und Hauptgeschäftsführer Ulrich Wagner, mit der Landrätin des Landkreises Ostallgäu, Maria Rita Zinnecker. „Wir möchten uns in Zukunft noch stärker abstimmen, wenn es um Berufsorientierung an den Schulen geht“, sagte Rauch und betonte, dass die Werbung um Nachwuchskräfte für das Handwerk ganz oben auf der Agenda stehe und für die Unternehmen von existenzieller Wichtigkeit sei. Zinnecker stellte die Bedeutung des Handwerks und des Mittelstandes für ihren Landkreis heraus.

„Eine aktuelle Studie zur Zukunft des Wirtschaftsstandortes zeigt ganz klar, dass Handwerk und Mittelstand für das Ostallgäu unverzichtbar sind“, so die Landrätin. Neben Experten aus dem Landratsamt nahmen auch der Kreishandwerksmeister der KH Kaufbeuren, Robert Klauer, und Handwerksunternehmer Richard Kaufmann teil. Für die Zukunft sind weitere Treffen dieser Art vorgesehen.

Starkes Netzwerk

Der Landkreis Ostallgäu ist seit 2014 eine zertifizierte Bildungsregion und unterhält ein starkes Netzwerk. 2016 wurden eigene Stellen zur Koordination der Berufsorientierung sowie des Bil-

darungsangebots für Neuzugewanderte geschaffen. Um die Belange der Arbeitgeber kümmert sich die Wirtschaftsförderung des Landkreises – etwa durch die Vermittlung von Gewerbeflächen, die Beratung zu Förderprogrammen oder die Unterstützung bei Existenzgründungen. An dieses Angebot sollen nun die Aktivitäten der HWK Schwaben noch intensiver angedockt werden. So bot Hauptgeschäftsführer Ulrich Wagner der Landrätin an, in allen Schularten eigene Informationsveranstaltungen zur Berufsorientierung für Lehrkräfte durchzuführen. „Lehrerinnen und Lehrer sind bei der Berufsfindung von zentraler Bedeutung und wichtige Multiplikatoren. Wir machen immer wieder die Erfahrung, dass Inhalte und

Großer Beratungsbedarf

Bezogen auf die Situation von Flüchtlingen machte HWK-Präsident Rauch deutlich, dass deren Integration am besten durch Arbeit bzw. Ausbildung gelingen kann. „Häufig besteht ein großer Beratungsbedarf bei den Firmen, die Flüchtlinge beschäftigen. Wir als Kammer können das mit unserem Expertenteam auch leisten. Daher müssen wir ganz pragmatisch zusammenarbeiten.“ Ebenso könne die HWK Schwaben als erfahrener Anbieter von Weiterbildung passgenaue Qualifizierungskurse anbieten.“ (treu)

Metropolregion Nürnberg:

Bildungsangebote für Neuzugewanderte

Kommunale Koordinatoren optimieren ihr vernetztes Angebot

Rund 40 Bildungskordinatorinnen und -koordinatoren kümmern sich in nordbayerischen Kommunen darum, Transparenz über Bildungsangebote für Neuzugewanderte herzustellen, beteiligte Akteure der Bildungs- und Integrationsarbeit zu vernetzen und so die Angebotsstruktur vor Ort zu systematisieren.

Nun trafen sie sich zu einem gemeinsamen Austausch in Fürth, wo mit Förderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung für zwei Jahre ebenfalls Koordinationsstellen eingerichtet wurden. „Unser Team arbeitet bereits seit Juli letzten Jahres“, berichtete Markus Braun, Bürgermeister der Stadt Fürth und Leiter des Referats für Schule, Bildung und Sport. „Uns war sofort klar, dass wir uns um eine Förderung bemühen wollen. Die Integration von Geflüchteten verstehen wir als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nur vor Ort gelingen kann – dort, wo die Menschen leben, arbeiten und lernen.“ Organisiert wurde die Veranstaltung von der Transferagentur Bayern für kommunales Bildungsmanagement, dessen Regionalbüro Nord bei der Geschäftsstelle der Metropolregion Nürnberg angesiedelt ist.

Förderprogramm des Bildungsministeriums

Seit Mitte 2016 unterstützt das Bundesbildungsministerium Städte und Landkreise mit dem Förderprogramm „Kommunale Koordination der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“. Gefördert werden pro Kommune bis zu drei Personalstellen, abhängig von der Größe der Kommune.

Insgesamt bewarben sich deutschlandweit rund 320 Kommunen, 77 davon aus Bayern, um diese Förderung.

Die Transferagentur unterstützt die Koordinatorinnen und Koordinatoren. Die Geschäftsführerin der Metropolregion Nürnberg, Dr. Christa Ständecker: „Die Transferagentur unterstützt die Kommunen beim Auf- und Ausbau eines datenbasierten Bildungsmanagements. Von unserer Erfahrung im Bildungsmanagement sollen auch die kommunalen Koordinatorinnen und Koordinatoren profitieren. Weitere Veranstaltungen werden folgen.“

Es ist die Aufgabe der kommunalen Koordinatorinnen und Koordinatoren, alle Bildungsangebote transparent zu machen und auf die Bedürfnisse der Menschen vor Ort abzustimmen. Damit Integration durch Bildung gelingen kann, muss ein einfacher Zugang zu Bildungsangeboten für alle möglich sein. Die Koordinatorinnen und Koordinatoren überprüfen deshalb, ob die Bildungsangebote in ihren Kommunen von jedem leicht zu finden sind. Damit leisten sie einen Beitrag für mehr Chancengerechtigkeit im Bildungssystem, von dem letztendlich nicht nur Geflüchtete profitieren können.



Erwin Dotzel seit zehn Jahren im Amt

An die Wahl von Erwin Dotzel zum Bezirkstagspräsidenten vor genau zehn Jahren hat Bezirksratsvizepräsidentin Eva Maria Linsenbreder erinnert. Zu Beginn der jüngsten Bezirkstags-Sitzung sagte sie, der Präsident habe Wort gehalten, als er nach seiner Wahl allen eine gute Zusammenarbeit versprochen habe. Linsenbreder dankte ihm für seine Leistungen und seinen Einsatz im Namen aller Bezirkstags-Mitglieder, aber auch im Namen der unterfränkischen Bürgerinnen und Bürger, wie sie betonte. Für die Zukunft wünschte sie ihm weiterhin viel Freude an der Arbeit.

Sichtlich erfreut bedankte sich Dotzel. Sein größter Wunsch sei, „dass wir weiterhin so erfolgreich zusammenarbeiten“, sagte er. Der Bezirkstag von Unterfranken hatte Dotzel 2007 als Nachfolger des im Dezember 2006 überraschend verstorbenen Albrecht Graf von Ingelheim zum Bezirkstagspräsidenten gewählt. Dotzel, der damals zudem Bürgermeister von Würth am Main war, gehört dem Bezirkstag seit 1990 für den Stimmkreis Miltenberg an. Zu Beginn seiner Amtszeit beschwor er die Geschlossenheit: „Gemeinsam sind wir stark“, sagte er. Sein Ziel sei es, „gemeinsam viel zu bewegen“. Foto: Mauritz

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Vom Eise befreit sind Strom und Bäche, durch des Frühlings holden, belebenden Blick. Im Tale grünet Hoffnungsglück. Der alte Winter, in seiner Schwäche, zog sich in rauhe Berge zurück.“ Mein Chef, der Bürgermeister, ist tief in die Schatzkiste des Bildungsbürgertums eingestiegen, um poetisch das Wiederbeleben der Natur zu besingen.

Konkret geht es eigentlich darum, für die Einladung zum Frühlingsfest im Ratskeller ein passendes Intro zu finden. Die letzten Jahre haben wir es immer mit Eduard Mörike „Frühling lässt sein blaues Band wieder flattern durch die Lüfte“ gehalten, aber dieses Jahr will der Chef mit Goethe vorlegen, weil es ja tatsächlich mal wieder ein richtiger Winter war, der jetzt zu Ende geht.

Es war doch herrlich nach all den halbgaren Winterchen der vergangenen Jahre, die weder



schmutzung in ihren Städten auf die harte Tour und auch bei uns müssen wir in Sachen Feinstaubbelastung noch manche Hausaufgabe machen, wollen wir in Zukunft gesünder leben und die natürlichen Lebensgrundlagen stärker respektieren. Aber immer die Leier mit dem Klimawandel – die nervt.

Ein Blick in die Geschichtsbücher zeigt, dass das Klima sich immer wieder mal änderte oder auch verückt spielte. So verdankt die Menschheit dem Ausbruch des indonesischen Vulkans Tambora den Gruselroman Frankenstein. Dessen Autorin Mary Shelley schrieb ihn aus lauter Langeweile, denn die Staubwolke nach dem Ausbruch hatte rund um den Globus die Sonne ausgesperrt und das berühmte Jahr ohne Sommer verursacht, so dass man kaum vors Haus treten konnte.

„Alle reden vom Wetter, aber keiner tut etwas dagegen“

fürs Auge noch fürs Gemüt etwas anderes als Grau in Grau zu bieten hatten, mal richtig Schnee und Kälte satt zu haben. Die Kinder konnten auf den Rodelbergen ihrem Vergnügen nachgehen, ohne sofort auf Steine oder Gras zu stoßen, die Seen waren zugefroren und boten den Eisstockschiitern und Schlittschuhläufern ein Sportparadies, der Bauhof konnte in den Flussauen eine schöne Langlaufloipe spüren, die nicht schon am ersten Tag um elf Uhr vormittags überflutet vom Schmelzwasser war: Einfach perfekt.

Für ein paar erholsame Wochen ohne Wetterkapriolen wurden wir auch vor Warnungen vor dem Klimawandel verschont, bis es die geballten Experten nicht mehr aushielten, dass wir jahreszeitlich normale Wetterverhältnisse haben und uns die Sache mit den schmelzenden Gletschern und der Schubumkehr des Golfstroms zu erklären versuchen – ich selbst habe die Modellannahme bis heute nicht letztendlich verstanden.

Also bitte nicht falsch verstehen. Ich bin nicht Donald Trump, der meint, Umwelt- und Klimaschutz seien nur lästiger Hokusokus, denn schließlich sei eh alles nur Wetter. Nein, die Chinesen lernen es ja mit der extremen Luftver-

Als Grönland um das Jahr 1000 entdeckt wurde, herrschte die mittelalterliche Warmzeit, Vegetation gedieh auf der arktischen Insel und skandinavische Siedler fanden dort ihre Lebensgrundlage. 400 Jahre später war dieses Klimaoptimum von einer kleinen Eiszeit abgelöst und die europäischen Grönländer starben aus. In Zentraleuropa gab es Kälte, die Ernte verschimmelte auf dem Halm vor lauter Regen, Hunger und Krankheiten bestimmten das Leben. Weil man es nicht besser wusste, machte man Hexen für die Misere verantwortlich und verbrannte sie. Aber auch die Wissenschaften entstanden, die Mittel fanden, das Leben zu meistern und sich so prächtig entwickelt haben, dass sie uns heute erklären, warum es schlecht ist, wenn es auf Grönland wieder wärmer wird und die Insel erneut ergrünt.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist auch etwas ratlos, warum immer und überall die Keule des Klimawandels hervorgezogen wird, wenn es doch nur darum geht, sich vernünftig zu verhalten und die Umwelt zu schonen. Halten wir es heute darum mit dem bayerischen Anarcho-Philosophen Karl Valentin, der schon vor ungefähr 80 Jahren erkannt hat: „Alle reden vom Wetter, aber keiner tut etwas dagegen.“



V.l.: Alexandra Müller aus der Koordinierungsstelle im Landratsamt, Bürgermeister Christoph Böck, Andrea Kaltenbach, Leiterin des Familienstützpunktes Unterschleißheim, Landrat Christoph Göbel und Barbara Rannabauer, 1. Vorsitzende der Nachbarschaftshilfe Unterschleißheim e.V.

Neuer Familienstützpunkt in Unterschleißheim

Alles fing ganz harmlos an. Die als Fledermäuse, Piraten oder Clowns verkleideten Kinder und Betreuerinnen des Kinderparks der Unterschleißheimer Nachbarschaftshilfe begrüßten die Festgäste mit fröhlichen Liedern. Doch dann griff eine der Damen unter den leicht perplexen Blicken der Kinder zur Schere und machte die Kravatte von Erstem Bürgermeister Christoph Böck ein gutes Stück kürzer. Am „unsinnigen Donnerstag“ muss man halt mit allem rechnen...

Landrat Christoph Göbel ließ es sich nicht nehmen, auch den dritten Familienstützpunkt im Landkreis München persönlich zu eröffnen. Sieben sollen es insgesamt werden. Der neue Familienstützpunkt soll in erster Linie Kontakt- und Anlaufstelle für Familien sein und sie dabei unterstützen, sich im Dschungel der Angebote und Möglichkeiten der Familienbildung zu orientieren und passgenaue Angebote zu finden. Tipps zur Erleichterung des Alltags mit Kind, Angebote zur Stärkung der Familienbindung,

aber auch Beratung in Krisen und Begleitung sollen Familien aus Unterschleißheim sowie Oberschleißheim, Unterföhring, Ismaning und Garching erhalten. „Wir stellen immer wieder fest, dass Familien besonderen Gesprächs-, Kontakt- und Beratungsbedarf haben“, so der Landrat in seiner Ansprache. „Wir brauchen Orte, wo man einfach mal hingehen kann und ganz unkompliziert, Unterstützung oder einfach nur Gesellschaft findet – wie in einer guten Nachbarschaft.“ Die Nachbarschaftshilfe als Träger der neu-

en Einrichtung hat sich daher besonders als Kooperationspartner angeboten. Zudem verfügt das bestehende Familienzentrum der Nachbarschaftshilfe Unterschleißheim durch bereits bestehende Angebote wie Mutter-Kind-Gruppen, dem Kinderpark oder auch der Mittagsbetreuung bereits über einen guten Zugang zu Familien sowie zu anderen Einrichtungen.

Die erste Vorsitzende der Nachbarschaftshilfe Unterschleißheim, Barbara Rannabauer, betonte die Verschiedenartigkeit heutiger Familien. Ebenso vielfältig wie die Familien selbst seien auch ihre Interessen und Problemlagen. Die Nachbarschaftshilfe Unterschleißheim verfügt mit ihren vielfältigen Angeboten über jahrelange Erfahrung in der Familienarbeit. Die neue Leiterin des Stützpunktes, Andrea Kaltenbach will eine Lotsenfunktion für die Familien einnehmen und die Kontakte zu allen Gemeinden im Einzugsbereich des Stützpunktes ausbauen.

Weitere Stützpunkte folgen

Nachdem der Landkreis 2014 die Teilnahme am Förderprogramm „Strukturelle Weiterentwicklung kommunaler Familienbildung“ beschlossen hatte, wurde die Koordinierungsstelle „Familienbildung und Familienstützpunkte“ des Landratsamtes ins Leben gerufen, die sich um den Aufbau von Arbeits- und Kooperationsstrukturen kümmert. Ziel der Stelle ist die Erarbeitung eines Familienbildungskonzepts für den gesamten Landkreis sowie die Etablierung und Begleitung der Familienstützpunkte in den Landkreisstädten und -gemeinden. Zwei weitere Familienstützpunkte folgen demnach in Taufkirchen und Feldkirchen.

Metropolregion Nürnberg ist Fairtrade-Region

Die Europäische Metropolregion Nürnberg wurde in der NürnbergMesse im Umfeld der BioFach als „Fairtrade-Region“ ausgezeichnet. Den Titel hat TransFair e.V. in Anwesenheit von rund 80 Landrätinnen und Landräten, Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Repräsentanten von Schulen, Weltladen-Mitarbeitende sowie Engagierten aus der Wirtschaft verliehen.

TransFair e.V., eine unabhängige Organisation aus kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, zeichnet seit 2009 Kommunen für ihr Engagement zum fairen Handel aus. Grundlage bilden fünf Kriterien. Diese beinhalten u.a. das Angebot von Fair-Trade-Produkten und Aktionen rund um den fairen Handel in Einzelhandel und Gastronomie sowie in öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Vereinen und Kirchen. Mit 524 Einzelhandelsbetrieben, 221 gastronomischen Betrieben und 166 öffentlichen Einrichtungen ist dies in der Metropolregion Nürnberg mehr als erfüllt.

In der Metropolregion sind insgesamt 32 Städte, Landkreise und Gemeinden bereits mit dem Titel Fairtrade-Town ausgezeichnet bzw. aktuell in der Bewerbungsphase. Dabei sind Großstädte wie Nürnberg, Erlangen, Fürth aber auch Mittel-Städte wie Amberg, Ansbach und Neumarkt bis zu Gemeinden wie Herrieden, Veitsbronn und Ebermannstadt. Hinzu kommen 27 „Fairtrade Schools“ und zwei „Fairtrade Universities“.

Dieses breite Engagement belegt, dass es sich um ein starkes und wachsendes Bündnis aus Politik, Bevölkerung, Wirtschaft sowie Bildung und Wissenschaft handelt.

Nachgewiesen werden muss auch, dass das Engagement der Region nachhaltig ist und keine Eintagsfliege. 2016 hat der Rat

der Metropolregion mit 57 Oberbürgermeistern, Bürgermeistern und Landräten die Bewerbung befürwortet. Außerdem wurde ein Initiativkreis gegründet unter Leitung von Frank Braun, Eine Welt Netzwerk Bayern und Ruth Dörner, Stadträtin in Neumarkt.

So stellt die Verleihung des Titels Fairtrade-Metropolregion für den Ratsvorsitzenden Landrat Armin Kroder nur einen Meilenstein dar. „Die Auszeichnung ist für uns vor allem Ansporn, den Gedanken des Fairen Handels weiter auszubauen, um so die Metropolregion Nürnberg zum Vorreiter und Impulsgeber auf diesem Gebiet zu machen“, so der Landrat.

Vorbildfunktion

Dies erkennt Dieter Overath, Vorstandsvorsitzender des TransFair e.V. lobend an: „Die Faire Metropolregion übernimmt hier eine Vorbildfunktion, für mehr globale Gerechtigkeit sind starke Partnerschaften wichtig.“

Die Verleihung ist für die 1. Sprecherin des Initiativkreises Faire Metropolregion, Ruth Dörner, auch ein politisches Signal. „Der Fairtrade-Gedanke hat soziale, ökologische und wirtschaftliche Aspekte. Neue Absatzmärkte für fair gehandelte Produkte bei uns zu schaffen, bedeutet für die Menschen in den Regionen des Südens vor allem eine Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen.“



Im Vordergrund rechts Bad Kissingers Landrat Thomas Bold und Florian Neumann, Leiter des Regionalbüros Nord der Transferagentur Bayern sowie dahinter das Team des Bildungsbüros Martina Greubel, Andrea Herzer, Stefan Seufert und Anke Barthel (von links).

Bildungsregion Bad Kissingen baut auf Unterstützung

Landrat Thomas Bold unterzeichnet Kooperationsvereinbarung mit Transferagentur Bayern

Der Landkreis Bad Kissingen engagiert sich in Sachen Bildung. Der erste Bildungsregions-Landkreis im Bezirk Unterfranken knüpft an die Vorarbeit von über 140 Akteuren aus allen Bildungsbereichen an und macht sich zur Aufgabe, die kommunalen Bildungsstrukturen weiterzuentwickeln. Dabei wird Bad Kissingen von der Transferagentur Bayern unterstützt.

Wer sorgt sich darum, dass ein neu zugewandter Bürger nach dem Abschluss eines Integrationskurses nahtlos ein stimmiges Bildungsangebot findet? Im Landkreis Bad Kissingen werden derzeit eine Vielzahl an Lösungen etabliert: Das Bildungsportal liefert Informationen im Internet. Eine neu geschaffene Stelle erfasst vorhandene Bildungsangebote, erkennt Angebotslücken und erarbeitet gemeinsam mit den Bildungsverantwortlichen Lösungen für individuelle Herausforderungen.

Regelmäßiger Austausch

„Wir wollen die Bildungschancen aller Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Bad Kissingen verbessern“, erklärt Landrat Thomas Bold. „Aus diesem Grund haben wir ein Bildungsbüro eingerichtet, das dieses zentrale Ziel stets im Blick behält.“ An der

Umsetzung erster Ideen wird im Landratsamt schon gearbeitet: „Bald treten alle relevanten Bildungsakteure in einen regelmäßigen Austausch über die wichtigen Themen bei uns im Landkreis“, so Bold.

BMBF-Förderung

Möglich wird die Organisation solcher Treffen und Bildungskonferenzen durch die Förderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Bad Kissingen nimmt an den beiden Förderprogrammen „Bildung integriert“ und „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ teil. Insgesamt zwei Personalstellen im Sachgebiet Bildung, Schulen, Kultur, Liegenschaften werden zunächst über zwei bzw. drei Jahren vom Bund und vom Europäischen Sozialfond gefördert.

Deutscher Engagementpreis für Münchner Schule

Die SchlaU-Schule aus München ist in Berlin neben weiteren Preisträgern aus Hamburg, Berlin und Bremen mit dem Deutschen Engagementpreis 2016 ausgezeichnet worden. Gewürdigt wurde in der mit 5.000 Euro dotierten Kategorie „Chancen schaffen“ das vorbildliche Engagement der SchlaU-Schule, die junge Geflüchtete in München analog zum Kernfächerkanon der bayerischen Mittelschule unterrichtet und zum Schulabschluss führt.

Viele junge Flüchtlinge sehen sich nach der Ankunft in Deutschland mit Zukunftsängsten und Perspektivlosigkeit konfrontiert. Der Trägerkreis Junge Flüchtlinge e.V. aus München gibt Orientierung und setzt sich dafür ein, sie in vorhandene öffentliche Bildungsangebote zu vermitteln.

Nachhaltiger Unterricht

Zu den Projekten des Vereins gehört die SchlaU-(Schulanaloger Unterricht)-Schule, die den Jugendlichen einen nachhaltigen schulanalogen Unterricht bietet, um ihnen ihr Menschenrecht auf Bildung und dadurch

Zusätzliche Hilfe bietet die Metropolregion Nürnberg durch das Team der Transferagentur Bayern, Regionalbüro Nord, ebenfalls BMBF-gefördert. Sie unterstützt den Landkreis dabei, Bildung möglichst schnell und effizient zu steuern.

Aus Daten folgen Taten

„Wir vermitteln Wissen von erfahrenen Kommunen und achten dabei stets auf die besondere Situation im Landkreis Bad Kissingen“, verspricht Florian Neumann, der das Regionalbüro Nord der Transferagentur leitet. Bei Veranstaltungen und Terminen in den Räumen der Metropolregion in Nürnberg haben sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Transferagentur und der Kommune schon gut kennengelernt. „Hier bewegt sich etwas“, lobte Neumann.

In den kommenden Wochen wird das Landratsamt von Bad Kissingen das Team des Bildungsbüros vorstellen. Weitere Projekte stehen an: die Organisation von Bildungskonferenzen und die Einrichtung einer Bildungsberichterstattung. Denn aus Daten sollen Taten folgen.

die aktive Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

In der SchlaU-Schule werden 320 junge Flüchtlinge in Anlehnung an den Fächerkanon der bayerischen Mittelschulen in bis zu 20 Klassen unterrichtet. Die Lehrpläne und Schulfächer orientieren sich an Regelschulen, jedoch wird vieles flexibler gestaltet. Neben dem Schulunterricht werden die Jugendlichen sozialpädagogisch begleitet und individuell gefördert, so dass der Übergang in das deutsche Regelschul- und Ausbildungssystem schnell gelingt.

Der Erfolg kann sich sehen lassen: Fast 100 Prozent bestehen die Abschlussprüfung, rund 90 Prozent werden danach erfolgreich in Ausbildung oder weiterführende Schulen vermittelt. **DK**

Bürgermeisterwahlen in Küps und Roth

In Küps (Landkreis Kronach) ist der bisherige zweite Bürgermeister Bernd Rebban von der CSU zum neuen Rathauschef gewählt worden. Auf ihn entfielen 62,3 Prozent der abgegebenen Stimmen. Sein Gegenkandidat Thomas Friedlein von der SPD kam auf 37,7 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 60,9 Prozent.

Im mittelfränkischen Roth wurde Rathauschef Ralph Edelhäuser (CSU) für eine weitere Amtszeit bestätigt. Mit 56 Prozent der Stimmen behielt er gegenüber seinem SPD-Herausforderer Andreas Buckreus, der 44 Prozent erreichte, die Oberhand. Die Wahlbeteiligung lag bei 51,3 Prozent. **DK**

Vorschau auf GZ 6

In unserer Ausgabe Nr. 6, die am 23. März 2017 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunalfinanzen
- Kommunale Baupolitik
- Wasser · Abwasser · Gewässerschutz
- Kommunal-Marketing
- Arbeitsschutzmaßnahmen · Unfallverhütung
- Sicherheitstechnik · Kontroll- und Überwachungsanlagen
- Brand- und Katastrophenschutz

LIEFERANTEN - **GZ** - NACHWEIS

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG **Fahnen Koch**
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Postfach 1654
96406 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgärten 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Energiedienstleistung



Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANZE VON HASSEL
Telefon 081 71.93 07-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Fahnenmaste + Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
• Fahnen
• Maste
• Roll-Ups
• Bekleidung
• und vieles mehr
www.fahnen-koessinger.de
Telefon: 09451 / 9313-0

Wissen was für bayerische Kommunen wichtig ist:

Ihr ABO der **BAYERISCHE GemeindeZEITUNG**
www.gemeindezeitung.de

Fahnenmaste + Fahnen

HELA-MAST GmbH
P. HENKEL
Fahnenmaste, Fahnen, Lichtmaste, Leuchten, Flutlichtanlagen, Fahrradständer, Abfallsammler
HELA-MAST GmbH · Postfach 10 11 55 · 57202 Kreuztal
Telefon: 02732/7687-0 · Telefax: 02732/7687-10
E-Mail: info@hela-mast.de · Internet: www.hela-mast.de

Fahnenmaste + Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG **Fahnen Koch**
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Postfach 1654
96406 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

Gewerbebau

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de · info@laumer.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme



Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de